

Das Parlament

Berlin, Montag 09. Januar 2017

www.das-parlament.de

67. Jahrgang | Nr. 2-3 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Botschafterin der Kirche

Margot Käßmann Am anderen Ende der Welt, auf Neuseelands Chatham-Inseln, begrüßte die frühere EKD-Ratsvorsitzende und langjährige Landesbischofin den Jahreswechsel zum Reformationsjubiläum des Jahres 2017. In dem sich Luthers Thesenanschlag zum 500. Mal jährt, wird der Höhepunkt der jahrelangen Tätigkeit von Margot Käßmann als Botschafterin der Evangelischen Kirche in Deutschland für das Jubiläum, das sie im April 2012 startete. Mit den vielen Reisen durch die Welt und Vorträgen zu Martin Luther steht die 58-jährige streitbare Theologin seither noch einmal ganz im Rampenlicht – nach ihrem tiefen Absturz 2010, als sie nach einer Trunkenfahrt alle Ämter abgegeben hatte. Wenn Käßmanns Vertrag mit der EKD Anfang Juni 2018 endet, wird sie 60 und dann will sie in den dienstlichen Ruhestand gehen.



kru

ZAHL DER WOCHE

2,26

Milliarden Menschen bekennen sich heute zum Christentum. Damit ist es auf der Welt die größte Religionsgemeinschaft, vor dem Islam mit 1,57 Milliarden Gläubigen und dem Hinduismus mit 900 Millionen Anhängern. 2070 wird es nach demografischen Hochrechnungen mehr Muslime als Christen geben.

ZITAT DER WOCHE

»Eine Breitenbewegung mit unzähligen Akteuren«

Thomas Rachel (CDU), Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und Parlamentarischer Staatssekretär im Bildungsministerium, zur Reformation

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview Der Katholik Peter Weiß (CDU) über Glauben und Parteien **Seite 2**

Würdigung Das Wirken und die Lehren des Reformators Martin Luther **Seite 3**

Symbole Der neu entflammte Streit um religiöse Zeichen im Alltag **Seite 7**

Dialog Der Austausch zwischen Christen, Juden und Muslimen heutzutage **Seite 11**

Evangelikale In Amerika und in Afrika sprießt die bibeltreue Bewegung **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Marke Luther

JUBILÄUM Würdigung bei gleichzeitiger Distanzierung prägen den Umgang mit dem Reformator

An Martin Luther führt kein Weg vorbei. Knapp zehn Monate sind nun noch übrig von den zehn Jahren, die sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) für die Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum des Jahres 2017 genehmigt hat. Stichtag ist der 31. Oktober 2017. Dann jährt sich zum 500. Mal der Tag, an dem der Augustinermönch und Theologieprofessor Martin Luther 95 kirchenkritische Thesen an das Portal der Wittenberger Schlosskirche geheftet haben soll. Als historisches Geschehnis nicht abschließend gesichert, ist Luthers „Thesenanschlag“ schon in der Wahrnehmung seiner Zeitgenossen zur Initialzündung einer gesamteuropäischen Reformbewegung mit der Entstehung einer neuen, eigenen Kirchenfamilie neben und gegenüber der römisch-katholischen Kirche geworden. Dass dieses epochalen Ereignisses nicht ohne Bezug auf die Daseinsbedingungen Luthers gedacht werden kann, ist deshalb eine Selbstverständlichkeit. Und trotzdem schwingt ein Moment der Betretenheit, des Unbehagens, ja vielleicht sogar des Widerwillens mit, wenn mit Blick auf das Reformationsjubiläum von der Allgegenwart des Reformators Luther die Rede ist. Zwar würde kein Kirchenverantwortlicher behaupten, dass ihm Luther peinlich sei. Aber peinlich genau achten sie darauf, dass die landläufig verwendeten Begriffe „Lutherdekade“ oder „Lutherjubiläum“ im förmlichen kirchlichen Sprachgebrauch keinen Niederschlag finden. Denn schließlich gab es auch die anderen großen Reformatoren neben Luther, und es gab die anderen Zentren jenseits von Lutherstadt Wittenberg, wo teils parallel, teils konkurrierend zu Luther an der kirchlichen Erneuerung gearbeitet wurde (siehe Seite 3). Die „Botschafterin“ des Reformationsjubiläums, Ex-Bischofin Margot Käßmann, wird nicht müde, einem „unevangelischen Personenkult“ um Luther zu wehren und immer auch die dunklen Seiten in Luthers Biografie und Verkündigung zur Sprache zu bringen.

So lohnt es sich inzwischen kaum noch, Wetten darauf abzuschließen, ob in den allfälligen Würdigungen Luthers nicht jeweils auch ein Wort der Distanzierung enthalten sei – von seinem Frauenbild, von seinem Verhältnis zur weltlichen Macht und Herrschaft, insbesondere aber von seinen teils hasserfüllten Tiraden gegen die Juden. Die Rede von diesen „Schattenseiten“ Luthers und manchen für heutige Ohren „unerträglichen“ Aussagen ist gewissermaßen zum Disclaimer geworden, ohne den der affirmative Umgang mit Luther nicht zu haben ist. Ganz darauf verzichten kann und will aber selbstredend keiner, der auch nur entfernt mit der Organisation ungezählter großer und kleiner Veranstaltungen befasst ist. Luther ist – buchstäblich und im übertragenen Sinn – das Gesicht des Reformationsjubiläums, ihre Dachmarke, angefangen vom offiziellen Logo über eine ganze Reihe von Namensgebungen (wie den „Lutherstätten“ vor allem in Mitteldeutschland, aber auch in Bayern, dem „Lutherweg“ oder dem nach Luther benannten ICE der Deutschen Bahn) bis hin zum Playmobil-Luther „mit Schreibfeder und Bibel“.

Luther sells – das wissen nicht nur die kirchlichen Werbefachleute und Event-Manager, sondern auch ihre Kollegen auf staatlicher Seite. Bund, Länder und Kommunen suchen ihren Anteil und ihren Platz beim Reformationsjubiläum. Spürbarster Ausdruck: Der 31. Oktober 2017 wird in ganz Deutschland als arbeitsfreier Feiertag begangen. Schon im Februar 2011 hatte die damalige schwarz-gelbe Koalition einen Kabinettschluss gefasst, wonach die Bundesregierung „in gesamtstaatlicher Verantwortung“ das Reformationsjubiläum als hervorragendes Ereignis betrachtet und würdigt – um



Martin Luther ist im Jahr des Reformationsjubiläums allgegenwärtig – auch in Schneekugeln.

© picture-alliance/ZB

seiner historischen, politischen und kulturellen Auswirkungen willen. Auf die Frage, was das konkret bedeutet, fallen Stichworte wie die „sprachschöpferische Leistung“ Luthers oder der protestantische „Bildungsschub“, aber auch der Hinweis auf die Kategorie der „Freiheit eines Christenmenschen“, in deren Umsetzung die Gewissensentscheidung des Einzelnen und die individuelle Verantwortung zu Prinzipien der Lebensgestaltung wurden. Luther habe damit „eine Entwicklung eingeleitet, die langfristig dazu geführt hat, dass unsere Gesellschaft so geworden ist, wie sie ist“, ist im politischen Berlin zu hören. Und: Luther sei zum „Wegbereiter der Demokratie in einem sehr weiten Sinne“ geworden.

Luther ist buchstäblich und im übertragenen Sinn das Gesicht des Jubiläums.

Eines soll in allem Engagement der öffentlichen Hand immer erkennbar bleiben: „Die Kirche ist die Kirche; der Staat ist der Staat.“ Das gebietet sowohl die verfassungsmäßige Trennung beider Sphären als auch die Vermeidung eiprärer Konkurrenzsituation oder gar eines Überbietungswettbewerbs. Darum verbieten sich theologische oder kirchenpolitische Bewertungen der Reformation und ihrer Errungenschaften. Zudem sind die politischen und ideologischen Vereinnahmungen Luthers wie auch der Reformation eine Art Negativ-Folie für aktuelles Agieren: Luther als Nationalheld im 19. Jahrhundert oder als Präfiguration des Führer-Typus in der Zeit des Nationalsozialismus; die reformatorische Bewegung als frühkommunistischer Impetus mit seiner historisch folgerichtigen Erfüllung im

„Arbeiter- und Bauernstaat“ der ehemaligen DDR – solche zeitbedingten Engführungen und Verirrungen sollen im aktuellen Gedenken tunlichst vermieden werden. Andererseits soll und muss die Beschäftigung mit der Reformation gerade auch heute die Frage beantworten: Wofür das Ganze? Dies umso mehr, als der wuchtige Aplomb, mit dem der Reformation im laufenden Jahr gedacht werden soll, in einem unbestreitbaren Missverhältnis steht zur fortschreitenden Erosion des kirchlichen Lebens. „Glaubst du noch?“, titelte die „Bild am Sonntag“ demonstrativ zum Auftakt des Jubiläumjahres im vorigen Oktober und hielt die Abwärtsentwicklung anhand einiger Kerndaten fest: Der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung liegt inzwischen bei nur noch 56 Prozent. Mehr als die Hälfte aller Deutschen (54 Prozent im Westen, 84 Prozent im Osten) sehen ihr Land kaum oder gar nicht von christlichen Werten geprägt. Was „Reformation“ bedeutet, weiß nur noch jeder Dritte anzugeben.

Der Anteil der Kirchenmitglieder liegt inzwischen bei nur noch 56 Prozent.

Bedauern und Beharren Die Standardreaktion von Bischöfen und Kirchen-Oberen, denen solche Zahlen mehr als geläufig sind, ist eine Mischung aus Bedauern und Beharren: Die Statistiken mit ihren Negativ-Trends und ihrer Fixierung aufs Quantitative könnten zum Fetisch werden, der den Blick verstellt für den Wert des Glaubens im Leben des einzelnen Christen, aber auch im sozialen Miteinander. In der gesamtgesellschaftlichen und innerkirchli-

chen Großwetterlage der 1990er und 2000er Jahre war das Thema „Freiheit“ das bestimmende protestantische Hochdruckgebiet. Der frühere EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber versuchte, die evangelische Kirche als „Kirche der Freiheit“ zu positionieren – mit einem unverkennbaren Seitenhieb auf die ungleich größere, mächtigere römisch-katholische Kirche und ihre bisweilen präpotente Selbstinszenierung. Hubers zeitweilige Nachfolgerin, die heutige Reformationsbotschafterin Käßmann, nimmt sein Motiv auf und variiert es mit Blick auf die bedrückende Herausforderung des (religiös motivierten) Extremismus: „Du darfst frei denken“ – diese Grundbotschaft der Reformation sei „auch in der Religion sehr wichtig, also ein freier Glaube, der Fragen stellen darf, denken darf. Das ist eine Ansage gegen jeden Fundamentalismus, der sagt, du darfst gar nicht selber denken, du musst das Vorgegebene glauben“, so Margot Käßmann im Deutschlandfunk.

Doch zum einen ist dem Freiheits-Pathos der Resonanzboden abhandengekommen, weil Freiheit oft genug als Freibrief für ungehemmten Egoismus verstanden wurde und wird – im „freien“ Fluss der Kapital- und Warenströme, im „freien“ Spiel politischer und gesellschaftlicher Akteure. Zum anderen degeneriert Luthers Intuition von der unersetzlichen Würde der Person und ihrer Gewissensentscheidung („Hier stehe ich, ich kann nicht anders“) in den Kommunikations-Unkulturen des Internets zu sehends zu einem unerbittlichen, gnadenlosen Kampf um Selbstbehauptung und Selbstbestätigung.

Wie finde ich mein Seelenheil? Wie kriege ich einen gnädigen Gott? Diese Fragen trieben Luther in einer durch und durch christianisierten Gesellschaft um. 500 Jahre danach muss es im säkularen Kontext (auch) um etwas anderes gehen: Wie kann eine Gesellschaft das Gemeinsame wieder als etwas Heilsames entdecken? Wie können wir einander gnädig sein? *Joachim Frank*

Der Autor ist Chefkorrespondent der DuMont-Mediengruppe.



Innenansicht der berühmten Schlosskirche in Lutherstadt Wittenberg

© dpa

EDITORIAL

Festjahr als Plattform

VON JÖRG BIALLAS

Das noch junge Jahr 2017 hat seine Schatten lange vorausgeworfen. Mit großem Vorlauf widmeten sich Staat und Kirche der Planung des Gedenkens der Reformation, die vor 500 Jahren die römisch-katholische Tradition in Frage gestellt hatte. Martin Luther löste 1517 mit seinen Thesen gegen den päpstlichen Ablasshandel die Spaltung des westlichen Christentums in verschiedene Konfessionen und damit die Geburtsstunde der evangelischen Kirche aus. Dieses Datum ist weit mehr als ein kirchenhistorisch bedeutsames Moment. Es war in vielerlei Hinsicht prägend für die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung des Abendlandes. Auch deshalb hat der Bundestag das Reformationsjubiläum zum „Ereignis von Weltrang“ erklärt. Eine Einordnung, die bei aller akademischen Debatte, wie revolutionär, wie neuzeitfähig die Reformation seinerzeit tatsächlich war, gewiss nicht übertrieben ist. Heutzutage können viele Menschen mit Religion, gleich welcher Prägung, nichts mehr anfangen. Das hat mehrere Gründe: In Familien und Schulen wird die Glaubenslehre oftmals nicht mehr so vermittelt, dass sie neugierig auf eigene Auseinandersetzung macht. Der Pragmatismus einer von vermeintlich einfachen Erklärungsmustern überschwemmten Welt gilt als ausreichend, die Probleme des Daseins zu lösen. Das eigene Handeln nach moralischen Prinzipien wie etwa der Nächstenliebe zu hinterfragen, ist da eher hinderlich. Und schließlich: Religion wird zunehmend einseitig assoziiert mit Fanatismus, in dessen Namen Kriege geführt und Terroranschläge verübt werden. Die evangelische wie katholische Kirche spüren das deutlich. Seit Jahrzehnten sinken ihre Mitgliederzahlen kontinuierlich; nur die Hälfte der Deutschen zählt überhaupt noch zu einer der beiden großen christlichen Konfessionen. Deshalb ist es richtig, dass das Reformationsjahr der Kirche als Plattform zur Selbstdarstellung dient. Übrigens nicht nur für den evangelischen Glauben, sondern auch für den katholischen. Und damit für das Zusammenspiel beider, die Ökumene. Denn Toleranz kann Religionen, kann Menschen verbinden. Es hat gedauert, bis sich diese Erkenntnis in der christlichen Kirche durchgesetzt hat. Wäre das Jubiläum nicht ein schöner Anlass, diese Erfahrung weiterzutragen und etwa dafür zu plädieren, dem Islam weniger aufgeregt zu begegnen?

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

STAAT UND KIRCHE STRIKT TRENNEN?

Ein Anachronismus

PRO



Markus Decker, DuMont-Hauptstadredaktion

Die beklagenswerte Entkirchlichung Deutschlands lässt sich in diesen Zeiten immer wieder aufs Neue beobachten. Die Veröffentlichung der 95 Thesen Martin Luthers beispielsweise, die sich 2017 zum 500. Mal jährt, firmiert nicht mehr als Reformationstag, sondern als Halloween. Dabei legen die Thesen den Grundstein des Protestantismus. Als der Stadtrat im tiefkatholischen Münster, wo es bekanntlich regnet oder die Glocken läuten, kürzlich Geld für den Katholikentag bewilligen sollte, da sagte er Nein. Die Beziehungen zu den Muslimen gestalten sich überdies auch deshalb so schwierig, weil den Deutschen das Gefühl für Religiöses abhandelt. Wem Jesus Christus fremd ist, dem ist es Mohammed erst recht.

Das Einziehen von Kirchensteuern durch staatliche Finanzämter wird daher ebenso zum Anachronismus wie die automatische Repräsentanz kirchlicher Vertreter in Rundfunkräten, der Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder die Absicherung kirchlicher als gesetzlicher Feiertage. Die Privilegien der Kirchen schaden ihnen ohnehin mehr, als dass sie ihnen nutzen. Denn sie werden als unerdient wahrgenommen. Die Privilegien der Bürger wiederum wie der arbeitsfreie Ostermontag werden gar nicht mehr im religiösen Kontext begriffen, sondern als Besitzstand.

Der frühere Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Bockenförde prägte den weisen Satz: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Das bezog sich auch auf jene Werte, die dem Christentum innewohnen und die es reproduziert. Der zunehmend religiöse Verfall dieser Republik spricht aber längst eine andere Sprache. Man wird ihn von Staats wegen nicht aufhalten können.

Überzeugende Praxis

CONTRA



Reinhard Bingener, Frankfurter Allgemeine Zeitung

An der Debatte über das Verhältnis von Staat und Kirche fällt auf, dass sie derzeit viel zurückhaltender geführt wird als noch vor wenigen Jahren. Die Leistungen zehntausender kirchlicher Ehrenamtlicher in der Flüchtlingskrise sowie das Aufbrechen ungeklärter Identitätsfragen in der deutschen Gesellschaft haben viele Kritiker einstweilen verstummen lassen. Angesichts des fortschreitenden Mitgliederverlusts der Kirchen dürfte es sich jedoch lediglich um eine Atempause handeln. Die jüngsten Ereignisse sollten aber zu mehr Augenmaß führen, etwa bei der Beurteilung der Religionsgemeinschaften: Die großen Kirchen haben sich in Krisensituationen – nach dem Zweiten Weltkrieg, im Zuge der friedlichen Revolution und nun in der Flüchtlingskrise – bewährt. Zudem entsprechen alte Feindbilder von den Kirchen als repressiven Institutionen nicht mehr der Wirklichkeit. Die Kirchen sind längst zu unverzichtbaren Ankerpunkten zivilgesellschaftlichen Engagements geworden.

Auch im internationalen Vergleich überzeugt das deutsche Religionsverfassungsrecht. Im Unterschied zu staatskirchlichen Systemen wahrt es die weltanschauliche Neutralität des Staates und erlaubt eine gleichberechtigte Einbindung anderer Religionen. Darin liegt auch der Vorzug gegenüber einem strikten Laizismus wie in Frankreich, zu dessen gesellschaftlichen Folgekosten auch der wild wuchernde islamistische Fundamentalismus in den Vorstädten gehört. Religion ist eben auch in modernen Gesellschaften zu wichtig, um sie sich selbst zu überlassen. Auch das spricht für eine partnerschaftlich ausgestaltete Trennung zwischen Staat und Kirche, wie sie in Deutschland praktiziert wird.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 14. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Weiß, Bismarck wird das Wort zugeschrieben, mit der Bergpredigt lasse sich keine Politik machen.

Mit der Bibel in der Hand lässt sich nicht unmittelbare Gesetzgebungsarbeit machen. Aber ein Wegweiser für politisches Handeln – auch für mein eigenes – ist die Bergpredigt sehr wohl.

Die CDU verweist gerne auf das christliche Menschenbild als Richtschnur ihrer Politik. Was heißt das konkret?

Für jemanden, der wie ich auch aus einer christlichen Grundhaltung heraus versucht, Politik zu gestalten, ist die christliche Soziallehre eine Leitschnur. Grundlegend ist, was am Anfang des Grundgesetzes steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Für einen Christen ist die Würde des Menschen unmittelbar abgeleitet aus dessen Gottesebenbildlichkeit, die ihn unverfügbarmacht für andere Menschen. Das Zweite: Die Übersetzung der biblischen Botschaft durch die christliche Soziallehre leitet dazu an, den Menschen nicht einseitig für eine rein individualistische Sicht oder eine rein kollektivistische zu vereinnahmen, sondern die Ansprüche des Individuums und die Ansprüche menschlicher Solidarität und Gemeinschaft in einen Ausgleich zu bringen. Die christliche Botschaft verpflichtet, mich zuerst den Armen und Benachteiligten zuzuwenden und zu fragen, wie ich Menschen wieder in die Gesellschaft integriere, die an ihren Rand geschoben sind. Gerade in der Arbeitsmarktpolitik spielt es eine entscheidende Rolle, mit welcher Sichtweise ich an Menschen herantrete.

Die christliche Soziallehre als Kontrapunkt auch zu neoliberalen Ansätzen?

Die Union lebt in ihrer Programmatik von unterschiedlichen Quellen, aber vorrangig ist ihre Verankerung im christlichen Menschenbild und damit auch in der christlichen Soziallehre. Die Aufgabe christlich-sozialer Politiker und der Arbeitnehmergruppe meiner Fraktion ...

...deren Vorsitzender Sie sind...

...ist es, diese starke Tradition lebendig zu halten und für unser politisches Handeln fruchtbar zu machen: dass wir die Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität achten, dass wir zum Beispiel solidarische Sozialversicherungen unterstützen, dass wir die Idee der sozialen Partnerschaft vertreten – das gehört mit zu dieser christlich-sozialen Tradition.

Sie sind in vielen kirchlichen Gremien, etwa dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Sind politisches Engagement und Einsatz in der Kirche für Sie zwei Seiten einer Medaille?

Für mich gehen Engagement in der Kirche und in einer Partei zusammen, weil gleiche Themen in den kirchlichen wie den politischen Funktionen behandeln werden. Aber es sind getrennte Aufgabenfelder. Bevor ich in den Bundestag gewählt wurde, habe ich etliche Jahre beim Caritas-Verband gearbeitet, und diese Erfahrungen in der kirchlichen Wohlfahrtspflege und Sozialarbeit bringe ich natürlich in mein politisches Handeln mit ein – wie ja jeder Abgeordnete seine eigenen Erfahrungen ins Parlament einbringt. Umgekehrt kann aus der politischen Erfahrung einiges in die Arbeit etwa der Caritas oder der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit einfließen. Bei aller Trennung von Staat und Kirche geht es ja um die gleichen Menschen, für die die Politik und die Kirche da sind.

Die Positionen ihrer Partei und der Kirche sind nicht immer deckungsgleich, manchmal auch gegensätzlich. Ist das schwierig für Sie?

Das kann manchmal zu Schwierigkeiten auf der einen wie der anderen Seite führen,

»Zuerst die Armen«

PETER WEISS Der CDU-Sozial-Experte und engagierte Katholik über das Verhältnis von Glauben und Politik, Kirche und Partei



© ducsu.de/Claudia Thoma

aber das ist auszuhalten. Schon die katholische Zentrumpartei, die im Kaiserreich entstand, stand vor der Schwierigkeit, dass sie ab und zu aus der praktischen Politik heraus in Konflikt kam mit Auffassungen, die die Bischöfe vertraten. Für mich ist da die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“, ein grundlegendes Dokument des Zweiten Vatikanischen Konzils, eine wichtige Richtschnur. Danach haben die Bischöfe als Oberhirten der katholischen Kirche deren Lehre zu vertreten und zu interpretieren, aber für die praktische Politik sind die Laien mit ihren Kompetenzen zuständig. Wenn Bischöfe und Laien diese

Grenzziehung achten, ist auch ein Konflikt auszuhalten.

Hat ihr Glaube Sie schon in Konflikte mit Parteipositionen gebracht?

Wir haben im Parlament immer wieder Entscheidungen von großer ethischer Relevanz zu treffen, bei denen wir nicht nach Fraktionen abstimmen – bioethische Fragen, Stammzellforschung, Patientenverfügung zum Beispiel. Da habe ich mich aus persönlicher Überzeugung den Anträgen angeschlossen, die dezidiert auch von kirchlicher Seite befürwortet wurden. Damit gehörte ich nicht immer zur Mehrheit

in meiner Fraktion und erst recht nicht im Parlament. Gerade in der Sozialpolitik oder in der Flüchtlingspolitik gibt es Konflikte mit Vertretern wirtschaftsliberaler Positionen oder mit Leuten, die aus Sicherheitsgründen eine restriktivere Politik wollen. Aber man ist ja nicht Mitglied einer Partei, weil man ihr Programm zu 100 Prozent unterschreiben kann, sondern weil man in vielem übereinstimmt und trotzdem in einigen Themen aber anderer Auffassung ist. Da ist es selbstverständlich, dass man auch immer wieder Konflikte hat. Im Übrigen ist Politik das Bohren dicker Bretter, und manchmal braucht es lange, bis man für seine Auffassungen auch Mehrheiten gefunden hat.

Hilft Ihr Glaube in solchen Phasen?

Es mag sich etwas salopp anhören, aber ich bin der festen Überzeugung: Ohne ein gesundes Gottvertrauen kann man nicht den politischen Betrieb durchstanen.

Sie agieren als christlicher Politiker in einer Gesellschaft, die oft von religiöser Gleichgültigkeit geprägt wird.

Wir brauchen eine offene gesellschaftliche Debatte darüber, welche kulturellen Werte unser Land tragen. Da hilft es nicht weiter, allgemein von der abendländlich-christlich-jüdischen Tradition zu reden, sondern man muss auch etwas aktiv dafür tun. Wir sind ein Land der Religionsfreiheit: Hier darf sich jeder der Religionsgemeinschaft seiner Wahl anschließen oder auch gar keiner. Aber das sollte uns nicht abhalten, sehr bewusst unsere Traditionen lebendig zu halten. Ein Beispiel: Wenn etwa Kindergärten den Martinsumzug in „Lichterfest“ umbenennen, weil sie meinen, man könne Kindern und Eltern, die keiner Kirche angehören, nicht mit dem Beispiel des Heiligen Martin konfrontieren, ist das ein großer Fehler.

Können die Feierlichkeiten zum 500. Reformationsjubiläum Impulse geben?

Der Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten hat die Geschichte und Politik Deutschlands über Jahrhunderte geprägt. Aus der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, nach der Barbarei und dem Verlust moralischer Werte in der NS-Diktatur haben Christen beider Konfessionen die Konsequenz gezogen, nicht mehr das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Die ökumenische Bewegung hat einen starken Auftrieb erhalten. Heute erleben wir, dass in anderen Teilen der Welt konfessionelle Konflikte politisch missbraucht werden und zu brutalen Auseinandersetzungen führen. Da sollten wir die Überwindung konfessioneller Gegensätze im eigenen Land als großen Schatz für die Zukunft pflegen. Und mit diesem Beispiel im Dialog mit den anderen Religionen dafür werben, Konflikte zu überwinden. Der 30-jährige Krieg – ein Krieg des politischen Missbrauchs der Religion – hat einst Deutschland zerstört. Das Reformationsjubiläum ist Anlass, dieser gemeinsamen Geschichte zu gedenken und gleichzeitig den Weg zur Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit heute aufzuzeigen. Das könnte doch auch Ermutigung für alle sein, die heutigen Konflikte in dieser Welt zu bekämpfen und den Frieden zu suchen.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg. ||

Peter Weiß (60, CDU) gehört dem Bundestag seit 1998 an und ist Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe seiner Fraktion.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Brückenbauerin: Kerstin Griese

Wenn die SPD-Abgeordnete Kerstin Griese über das Reformationsjubiläum spricht, ist ihre Begeisterung spürbar. „Das Jubiläumsmotto ‚Reformation heißt, die Welt hinterfragen‘ regt zum Nachdenken darüber an, was Freiheit, Bildung und Teilhabe heute bedeuten“, sagt sie. Als Historikerin interessiert sie sich vor allem für die gesellschaftlichen Umwälzungen, die die Reformation angestoßen hat. „Protestantische Freiheit zieht sich heute in unser Verständnis von individueller Gewissensfreiheit“, erklärt sie. Zudem könne Luthers Bibelübersetzung als bildungsreformerscher Akt gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, enthalte er doch bereits den Gedanken „Bildung für alle“. Gut gefällt Griese auch, dass viele Veranstaltungen an den historischen Stätten der Reformation stattfinden. „Geschichte am historischen Ort zu erleben, finde ich ungeheuer spannend“. Dennoch: 2017 stehe das „Reformationsgedenken“ im Vordergrund. Dazu gehöre auch die kritische Auseinandersetzung mit „Luthers schlimmstem Antisemitismus“. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) habe sich in den vergangenen zwei Jahren mit dieser dunklen Seite Luthers befasst, erzählt die EKD-Synodale.

Das Engagement in der evangelischen Kirche ist eine Konstante in Grieses Leben. Bereits als 13-Jährige engagiert sich die Pastorotochter in der evangelischen Jugendarbeit in Düsseldorf. Was im Kleinen beginnt, prägt Griese nachhaltig. „Sich gesellschaftlich für Schwächere und soziale Gerechtigkeit einzusetzen“ – diese Erfahrung habe sie beeinflusst, politisch aktiv zu

werden. Als besonders eindrucksvoll beschreibt sie Reisen mit der Jugendgruppe, allen voran ein Besuch der KZ-Gedenkstätte Auschwitz. Die Frage der historischen Verantwortung lässt sie seitdem nicht mehr los. Sie studiert Geschichte und Politikwissenschaft in Düsseldorf und arbeitet dort 13 Jahre in der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus. Diskussionen in der protestantischen Jugendgruppe motivieren sie auch, 1986 in die SPD einzutreten. „Willy Brandt ist einfach



»Die Politik muss Möglichkeiten dafür schaffen, dass Menschen verschiedener Religionen voneinander lernen.«

das leuchtende Vorbild, was die Aussöhnung mit Osteuropa angeht“, sagt Griese. Die Studentin beginnt sich in der Juso-Hochschulgruppe zu engagieren, wird in den Juso-Bundesvorstand gewählt. 2000 zieht sie als Nachrückerin in den Bundestag ein. Den Wahlkreis Mettmann II gewinnt sie in den folgenden Wahlen direkt, bevor sie 2009 ihr Mandat verliert. Seit 2010 ist Griese für den Wahlkreis Niederberg und Ratingen im Bundestag vertreten, für 2017 ist sie erneut Direktkandidatin.

Evangelische Kirche und SPD – „beide sind für mich ein Zuhause“, sagt Griese, die auch dem Rat der EKD angehört und zudem Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften ist. Dieses Amt beschreibt sie als „Brücke“, weil sie der Politik vermittele, was in den Kirchen gerade debattiert werde, und umgekehrt. In beiden Welten verankert und gut vernetzt, gelinge es ihr, Debatten anzustoßen: Etwa im Bereich des Arbeitsrechts in der evangelischen Kirche, wo die Sozialdemokratin für Reformen und das Streikrecht eintritt. Auch mit dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dessen Vorsitz sie seit 2014 innehat, gebe es Schnittstellen.

Im Dialog steht Griese mit den christlichen Kirchen ebenso wie mit dem Zentralrat der Juden und muslimischen Organisationen. Beim interreligiösen Austausch sei die Politik besonders gefordert und müsse Möglichkeiten dafür schaffen, dass Menschen voneinander und übereinander lernen können, betont sie. Die Angst vor anderen Religionen sei immer da am größten, wo es keine Begegnungsmöglichkeiten gebe. „Religiöse Bildung ist heute wichtiger denn je“, betont Griese. Aber die stellvertretende Vorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe weiß, wie schwierig es sein kann, Begegnungen zu schaffen. Sie ist Mitbegründerin des Willy Brandt Center in Jerusalem, das sich seit 20 Jahren für den deutsch-israelischen-palästinensischen Dialog einsetzt. „Brücken bauen und Menschen zueinander bringen ist mein Lebensthema“, sagt die 50-Jährige. Ihre Freizeit verbringt Griese am liebsten mit ihren Patenkindern, beim Schwimmen oder im Kino. Eva Bräth ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
6. Januar 2017

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtsverwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien@intime-media-services.de

Anschriß der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Martin Luther (links) und sein Weggefährte Philipp Melancthon auf einem Gemälde von Lucas Cranach d. Ä. Melancthon wirkte in Deutschland auch als wichtiger Bildungsreformer.

© picture-alliance/Artcolor

Eine Jahrtausendfigur

REFORMER Martin Luther war ein kirchlicher Revolutionär, aber kein Heiliger

Der Protestantismus ist nicht nur Reformation, sondern auch Revolution gewesen, proklamierte der Kirchenhistoriker Adolf von Harnack (1851-1930) in dem üblichen nationalen Pathos. Martin Luthers (1483-1546) Rolle als Nationalheld ist Geschichte, doch der Reformator bleibt Symbolfigur einer umfassenden Neugestaltung von Kirche, Staat, Gesellschaft und Kultur, die bis heute weltweit fortwirkt. Die Reformation ebnete zudem den Weg zur Bildung für alle sozialen Klassen und für die Idee der modernen Menschenwürde. Die reformatorische Forderung nach Glaubens- und Gewissensfreiheit ist für Historiker zudem auch eine der Quellen der modernen Menschenrechtserklärungen. Die Prunksucht eines Papstes war maßgeblicher Auslöser der Reformation. Papst Leo X. schrieb 1515 einen Ablass aus, um unter anderem den Bau der Peterskirche in Rom zu finanzieren. Mit dem Verkauf sogenannter Ablassbriefe bot die Kirche eine Verkürzung von Sündenstrafen im Fegefeuer gegen Geld an. Der fromme Mönch Luther verurteilte dies als unbiblisch – wie andere vor ihm auch. Wie kann ein Mensch sein Verhältnis zu Gott ins Reine bringen? Luther zufolge jedenfalls nicht durch fromme Leistungen wie Gebete, Wallfahrten oder Spenden. Nach Luthers – wiederentdecker – zentraler Lehre von der Rechtfertigung des Menschen schenkt Gott das Seelenheil „allein durch den Glauben“. Seine „reformatorische Ent-

deckung“ sah Luther als Befreiung von Angst einflößenden religiösen Gesetzen, die kaum ein Mensch erfüllen kann: „Da kam ich mir vor, als sei ich ganz und gar neu geboren und durch die offenen Tore ins Paradies selber eingegangen.“ Luther konnte nicht ahnen, dass seine 1517 verbreiteten 95 Thesen über die Missstände der Kirche in die Gründung einer neuen Kirche – der evangelischen – münden würde. Mit seiner Gabe, sein Anliegen klar verständlich zu machen, gewann Luther rasch Anhänger. Die neue Geistesfreiheit wurde im deutschen Volk mit Begeisterung aufgenommen – nicht nur aus religiösen Gründen, sondern auch aus politischen. Viele erhofften sich mehr Freiheiten im Alltag. Doch im Sommer 1518 wurde der römische Ketzerprozess gegen den deutschen Mönch eröffnet. Nachdem er die päpstliche Bannandrohungsbulle öffentlich verbrannte, war der Bruch mit der Kirche endgültig vollzogen – der Rest ist Weltgeschichte. Luthers Leben begann am 10. November 1483 in Eisleben (heute Sachsen-Anhalt). Er kam mit einem Silberlöfel im Mund zur Welt, schreibt sein Biograf Joachim Köhler. An seiner Wiege standen Wirtschaft und Welthandel Pate, denn Luthers Vater war Untermehrer im Bergbau und gehörte zur Oberschicht. Nach schwerem Konflikt mit dem Vater, der seinen hochbegabten Sohn lieber als Juristen sah, trat Luther in den Orden der Erfurter Augustiner-Eremiten ein. Nach seiner Promotion zum Doktor der Theologie wurde er 1512 zum Professor für Bibelauslegung in Wittenberg ernannt. Sein

Lebensweg führte ihn unter anderem nach Magdeburg, Eisenach, Erfurt, Wittenberg, Rom, Heidelberg, Leipzig, Worms und Marburg, bis er am 18. Februar 1546 mit 62 Jahren in seinem Geburtsort Eisleben – auf der Durchreise – starb. „Von allen bedeutenden Leistungen Luthers ist vielleicht seine Bibelübersetzung diejenige, die am längsten fortwirkt“, meinte die Oxford-Historikerin Lyndal Roper. Der Historiker Heinz Schilling bilanzierte: „Durch die Kraft seiner Sprache und die schöpferische Phantasie seiner Bilder und Argumentation, aber auch durch seinen Arbeitseinsatz und seine Präsenz auf der Kanzel war Luther wie kein anderer geeignet, zum ‚Star‘ des ersten Medienzeitalters aufzusteigen und, unterstützt durch ein ganzes Heer von Druckern, Malern, Graphikern, seine Lehre in Deutschland und darüber hinaus zu verbreiten.“ (Martin Luther: Rebell in einer Zeit des Umbruchs).

Verstörende Zitate Doch es gibt auch die dunklen, abgründigen Seiten des Reformators. Viele Luther-Zitate wirken heute verstörend, vor allem seine antijudaistischen Ausfälle und seine Hetzschriften gegen die aufständischen Bauern oder vermeintliche Hexen. „Luther lebte am Beginn der Neuzeit, und er war in seinem weltlichen Denken

noch ganz im Spätmittelalter verwurzelt“, heißt es im Nachwort zu „Martin Luther – Tischreden“ von Christian Lehnert. So sei Luthers Hass auf Bauern und sozialen Unruhen „ein Ausdruck schlichter, realistischer Angst“. Vor allem Luthers Antijudaismus bleibt ein schweres Erbe für den Protestantismus. Schließlich wurde der Reformator nach dem Zweiten Weltkrieg für den Holocaust mitverantwortlich gemacht. Man solle die Synagogen niederbrennen, heißt es etwa in seiner Spätschrift „Von den Juden und ihren Lügen“. Luther habe Probleme damit gehabt, die Freiheit in Glaubensfragen, die er für sich selbst eingefordert hat, „anderen zuzugestehen“, räumte die Reformationsbotschafterin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, unlängst ein. Sie werde oft gefragt, „wenn Luther so ein Judenfeind war, wie können wir ihn dann so hoch respektieren und uns sogar nach ihm nennen?“ Aber zum einen habe Luther nie gewollt, dass sich eine Kirche nach ihm benenne. Zum anderen habe er neben „vielen Glanzseiten“ eben auch viele Schattenseiten gehabt. Zum 500. Reformationsjubiläum distanzierete sich die Synode der EKD von den judenfeindlichen Aussagen Luthers und anderer

Reformatoren. Man könne „an dieser Schuldgeschichte nicht vorbeigehen“, hieß es. Schilling gab jedoch in einem Interview mit dem Deutschlandfunk zu bedenken, dass die Abgrenzung von den Juden zu Luthers theologischem Ansatz gehörte. Der pietistische Theologe Christoph Morgner erklärte, in einer liberalen Demokratie und Wohlfahrtsgesellschaft falle es leicht, Luther als totalitär und antijudaistisch abzukanzeln. Man dürfe aber heutige Denkmuster nicht als Lineal anlegen. Der Philosophieprofessor Christoph Türcke betonte: „Die Bauern, die Juden, die Hexen: jedes Mal hat Luther zu Untaten aufgerufen.“ Der Reformator, schreibt Türcke in seiner kritischen Luther-Biografie, sei als Übersetzer ein Genie gewesen, gehöre aber auch in die „Reihe der prominenten Machtmenschen der Neuzeit“. Willi Winkler kommt in seiner Luther-Biografie zu dem Schluss, diese sei heute „ein Fremder“, jedoch eine „Jahrtausendfigur“ und fester „Teil der deutschen Geschichte“. Und Roper schreibt, die Reformation werde oft als Vorbote der Moderne gepriesen. Luther selbst sei aber nicht „modern“ gewesen. Doch das Leben vieler Frauen und Männer in der Geschichte habe durch Luthers Ideen eine neue Wendung genommen: „Luthers Genie bestand darin, dass er sie alle mit seiner Lehre erreichte und dass jeder etwas anderes aus seinen Worten ziehen konnte.“

Stephan Cezanne
Der Autor ist Korrespondent der Nachrichtenagentur epd.

Luthers Ideen wirken in Kirche, Kultur und Staat bis heute fort.

CHRONIK DER REFORMATION

1517: Der 33 Jahre alte Mönch und Religionsgelehrte Martin Luther (1483-1546) veröffentlicht in Wittenberg 95 auf Lateinisch abgefasste Thesen mit kritischen Hinweisen zum Ablasshandel der von Rom gesteuerten Katholischen Kirche. Angeblich hat Luther sein Pamphlet am Hauptportal der Schlosskirche angeschlagen.

1518: Rom bringt einen Ketzerprozess gegen Luther in Gang. Bei der Verhandlung in Augsburg wird der Mönch von Kardinal Thomas Cajetan (1469-1534) vernommen, ist aber nicht bereit, seine Kritik zurückzunehmen.

1520: Luther veröffentlicht seine drei reformatorischen Hauptschriften: „An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung“, „De captivitate Babilonica ecclesiae“ und „Von der Freiheit eines Christenmenschen“.

1520/21: Papst Leo X. droht Luther mit Exkommunikation und verlangt weiterhin mit Nachdruck von ihm, die Thesen zu widerrufen, was er ablehnt. Kaiser Karl V. erlässt daraufhin das Wormser Edikt und verhängt die Reichsacht gegen Luther. Der Reformator findet Schutz beim sächsischen Kurfürsten Friedrich III. auf der Wartburg.

1522: Luther legt auf Anraten und mit Hilfe seines Freundes Philipp Melancthon (1497-1560) eine deutsche Übersetzung des Neuen Testaments vor und trägt damit zur Verbreitung der Heiligen Schrift und zur Vereinheitlichung einer allgemein verständlichen deutschen Sprache bei. 1534 folgt eine Gesamtausgabe der Bibel (Altes und Neues Testament) auf Deutsch. Luther nutzt bei der Übersetzung lateinische, griechische und hebräische Quellen.

1525: In den 20er Jahren erfährt die Reformationsbewegung großen Zulauf. Die Bauern verlangen zugleich mehr Rechte und eine finanzielle Entlastung. Die in verschiedenen Regionen aufkommenden Bauernkriege fordern unter den Aufständischen schätzungsweise 70.000 Tote.

1546: Luther stirbt im Alter von 62 Jahren in Eisleben, seiner Geburtsstadt.

1555: Auf dem Reichstag in Augsburg wird die Existenz zweier Konfessionen anerkannt: Die Katholische und die Augsburgische Konfession. Der Augsburger Religionsfrieden bringt dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation eine lange Friedensperiode, während in anderen Teilen Europas religiöse Kämpfe stattfinden.

1545-1563: Kaiser Karl V. erhofft sich vom Konzil von Trient die Wiederherstellung der Einheit der Christen. Doch die teilnehmenden Päpste verfolgen andere Pläne. Im Ergebnis wird Luthers reformatorische Lehre verworfen und die Selbstbehauptung der Katholischen Kirche geplant. Das Konzil ist der Start für die sogenannte „Gegenreformation“.

1568: Nachdem Philipp II. von Spanien die Niederlande überträgt bekommt, beginnt die spanische Inquisition. Wilhelm von Oranien zieht mit einem Heer gegen Spanien, und es beginnt der 80 Jahre dauernde Kampf, der erst mit einem Sonderfrieden 1648 beendet wird.

1648: Mit dem Westfälischen Frieden wird auch der Augsburger Religionsfrieden bestätigt. Die katholische und die evangelisch-lutherische Konfession werden rechtlich gleichgestellt.

pk/pja

Böhmischer Gelehrter

JAN HUS Der Prager Reformator rügte den Kirchenprotz

Als Kirchenkritiker und Reformator hat Jan Hus (1372-1415) schon hundert Jahre vor Luther die allmächtige Katholische Kirche und ihre Rituale öffentlichkeitswirksam infrage gestellt. Der Gelehrte, der an der Universität Prag Vorlesungen in Religion hielt und später kurzzeitig auch Rektor der Universität wurde, setzte sich für eine verständliche Sprache und für Sprachbildung ein. Wie später Luther wollte auch der Mann aus Böhmen, dass die einfachen Leute in der Lage wären, die Bibel zu lesen und daraus Schlüsse zu ziehen. Dazu vereinfachte er unter anderem die Rechtschreibung in

seinem Land. Hus hörte durch den befreundeten Hieronymus von Prag (um 1379-1416) von der Lehre des englischen Reformators John Wyclif (vor 1330-1384) und identifizierte sich stark mit dessen Kritik am materiellen Besitz der Kirche, an der verbreiteten Korruption und dem Ablasshandel. 1400 wurde Hus zum Priester geweiht und predigte oft in der Bethlehemskapelle, einer für Prager Verhältnisse schlichten Kirche. Jan Hus fand zahlreiche Gefolgsleute, allerdings hauptsächlich in seinem Heimatland.

Nach offiziellen Beschwerden über seine Predigten wurde Hus 1410 verbannt, was in Prag zu Unruhen führte. Schließlich musste Hus flüchten und kam in einem Schloss befreundeter Adelliger unter. 1413 verfasste Hus die Schrift „De Ecclesia“ (Über die Kirche), in der er Hierarchien infrage stellte und Christus als einziges Oberhaupt der Kirche bezeichnete. 1414 musste sich Hus wegen des Vorwurfs der Ketzerei vor dem Konstanzer Konzil rechtfertigen und lehnte es ab, seine Ansichten zu widerrufen. Daraufhin wurde er auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Nach seinem Tod gewann die Hussiten-Bewegung starken Einfluss, es kam zu den Hussitenkriegen. In Prag erinnert ein Denkmal an Jan Hus.

pk



Der Prager Kirchenreformer Jan Hus

© picture-alliance/Prisma Archivio

Reformer aus Zürich

HULDRYCH ZWINGLI Begründer der Reformierten Kirche

Der Züricher Reformator Huldrych Zwingli (1484-1531) war ein entschiedener Kämpfer gegen Missstände in der Kirche. Der Priester sprach sich für eine strikte Orientierung an der Bibel aus und lehnte kirchliche Vorschriften und Traditionen ab. Während seines Studiums traf der Theologe, der mit seiner Lehre die Volkskirche in der Schweiz aufbaute, den Humanisten Erasmus von Rotterdam (1466-1536) in Basel und setzte sich sodann wie dieser für die Läuterung der Kirche ein. Um zu demonstrieren, dass keine menschliche Institution freien Christen Vorschriften machen dürfe,

brach Zwingli 1522 mit der katholischen Tradition, in der Fastenzeit kein Fleisch zu essen und nahm am berühmten „Wurstesen“ teil. Für diese Provokationen musste Zwingli, der ein ausgeprägtes politisches Gespür besaß, vor dem Zürcher Rat erscheinen. Doch statt einer Bestrafung gaben die Ratsherren dem Theologen Recht. Seine Forderungen, den Schwerpunkt auf die Predigt zu legen, den Zölibat und das Fastengebot abzuschaffen und die Verehrung von Heiligen zu verbieten, wurden angenommen. Außerdem lehnte der Reformator die Messe, die letzte Ölung und die Firmung ab. Damit führte Zwingli, zeitgleich mit Martin Luther in Deutschland, die Reformation in Zürich ein. Aus Zwinglis Lehren entstand eine Bibelübersetzung, die bis heute als „Zürcher Bibel“ bekannt ist. Die Reformatoren Luther und Zwingli trafen sich 1529 bei den Marburger Religionsgesprächen, konnten sich aber nicht auf eine theologische Auslegung des Abendmahls einigen. Damit war die Trennung zwischen Lutheranern und der von Zwingli begründeten Reformierten Kirche eingeleitet. Zwingli blieb seinen Überzeugungen treu und starb während der Kappeler Kriege zwischen reformierten und altgläubigen Kantonen im Oktober 1531.

Pia Jaeger



Der Schweizer Theologe Huldrych Zwingli

© picture-alliance/alg-images

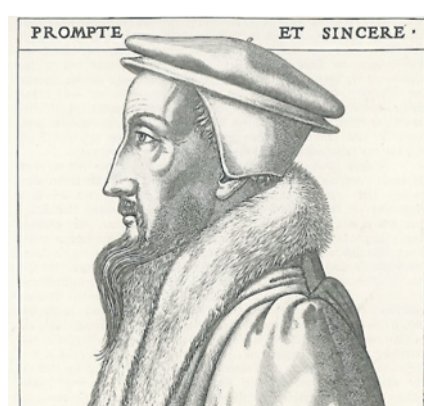
Sittenstrenger Jurist

JOHANNES CALVIN Er forderte die rigorose Kirchenzucht

Der Theologe, Jurist und Staatstheoretiker Johannes Calvin (1509-1564) gehörte zu einflussreichsten wie auch umstrittensten Reformatoren Europas. Sein Bemühen galt einem idealen Zusammenwirken von Staat und Kirche auf der Basis eines frommen und sittenstrengen Lebens. Calvin verfasste 1530 seine erste theologische Arbeit und geriet 1533 als Mitverfasser einer Rede in Bedrängnis, in der kirchliche Reformen gefordert wurden. Als es 1534 in Paris zu Unruhen kam und Anhänger der Reformation verfolgt wurden, floh Calvin nach Straßburg und Basel, wo er Hebräisch studierte

und für die von seinem Vetter Robert Olivétan (um 1505-1538) vorgelegte Übersetzung der Bibel ins Französische ein Vorwort verfasste. Sein Lehrbuch „Institutio Christianae Religionis“ (Unterricht in christlicher Religion) beinhaltete reformatorische Regeln. 1536 wurde er auf der Durchreise in Genf von dem Prediger Guillaume Farel (1489-1565) aufgefordert, in der Stadt für die Reformation zu wirken, was er auch tat. Nach Streit über die neue Form der Gottesdienste mussten Farel und Calvin Genf verlassen. Calvin ging nach Basel, dann nach Straßburg, wo er auf Initiative des Pfarrers und Reformers Martin Bucer (1491-1551) an der Nikloikirche predigte. 1541 kam Calvin nach Genf zurück, nachdem seine Gegner gestürzt worden waren und setzte eine Kirchenordnung durch mit Sittengericht und Überwachung der Bürger. 1559 gründete er dort eine Akademie, die zum Zentrum des Calvinismus wurde. Der lungenkranke Calvin starb 1564 in Genf.

pk



Der französische Denker Johannes Calvin

© picture-alliance/Mary Evans Picture Library



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

CHRISTLICHE VIelfALT

BRASILIEN Mehr als 130 Millionen Einwohner Brasiliens gehören der katholischen Kirche an, das sind rund 65 Prozent der Bevölkerung. Nach wie vor hat kein anderes Land der Welt mehr Angehörige des römisch-katholischen Glaubens. Allerdings schrumpft diese Zahl seit einem halben Jahrhundert: 1960 lag der Anteil der Katholiken noch bei mehr als 90 Prozent. Vor allem evangelikale Freikirchen und insbesondere die Pfingstbewegung konnten und können in Brasilien an Boden gewinnen (siehe Beitrag zu den Evangelikalen auf Seite 12). Das US-Meinungsforschungszentrum „Pew Research Center“ schätzt, dass rund 15 Prozent der Brasilianer (also mehr als 30 Millionen) Anhänger der Pfingstbewegung sind.



USA Der Zahl nach leben in den Vereinigten Staaten nach wie vor die meisten Christen weltweit. Rund 230 Millionen US-Amerikaner, etwa 70 Prozent der Gesamtbevölkerung, geben an, christlichen Glaubens zu sein. Bis heute wirkt dabei die Dominanz puritanischer Glaubensflüchtlinge aus Europa bei der Besiedlung Neuenglands nach: Fast jeder zweite US-Amerikaner ist Anhänger einer protestantischen Gemeinschaft, und jeder fünfte ist römisch-katholisch, daneben existieren noch christliche Minderheiten, am bekanntesten die Mormonen mit 1,6 Prozent. Der Anteil der Christen ist allerdings auch in „Gods own country“ rückläufig, er lag laut „Pew Research Center“ noch 2007 bei 78 Prozent.



GROSSBRITANNIEN Die Church of England ist der Mitgliederzahl nach die größte anglikanische Kirche der Welt. An ihrer Spitze steht bis heute der britische Monarch mit dem Titel „Supreme Governor of the Church of England“. Datieren lässt sich die Loslösung von Rom auf das Jahr 1531, als die englischen Bischöfe erklärten, die Autorität des Papstes im Königreich England nicht länger anzuerkennen (allerdings blieb in der Liturgie vieles römisch-katholisch). Heute geben rund 60 Prozent der rund 64,5 Millionen Briten an, Christen zu sein. Der überwiegende Teil sieht sich als Anhänger der anglikanischen Kirchen, rund fünf Millionen Briten sind Katholiken.



ARMENIEN Bereits im frühen 4. Jahrhundert soll der Überlieferung nach die armenisch-apostolische Kirche zur Staatsreligion erhoben worden sein. Das Land im Kaukasus kann wie das nordafrikanische Äthiopien mit seiner ebenfalls orientalischem-orthodoxen Kirche und wie der Kaukasus-Nachbar Georgien mit seiner georgisch-orthodoxen Apostelkirche als eine der ältesten christlich geprägten Nationen der Welt gelten. Heute bekennen sich mehr als 90 Prozent der insgesamt rund drei Millionen Einwohner Armeniens zur armenisch-apostolischen Kirche. Sie ist nicht zu verwechseln mit der armenisch-katholischen Kirche, die als sogenannte unierte Kirche zu Rom gehört.



PHILIPPINEN Papst Johannes Paul II. war zwei Mal auf Besuch im Inselstaat, Papst Franziskus einmal: Die Philippinen sind das größte christlich geprägte Land in Südostasien und das bevölkerungsmäßig größte katholische Land in Asien überhaupt – in Sachen Christianisierung hat die einstige Kolonialmacht Spanien eindeutige Spuren hinterlassen. Mehr als 80 Prozent der Philippiner geben an, römisch-katholischen Glaubens zu sein, das sind rund 85 Millionen Gläubige. Knapp drei Prozent sind evangelische Christen, fünf Prozent sind Muslime.



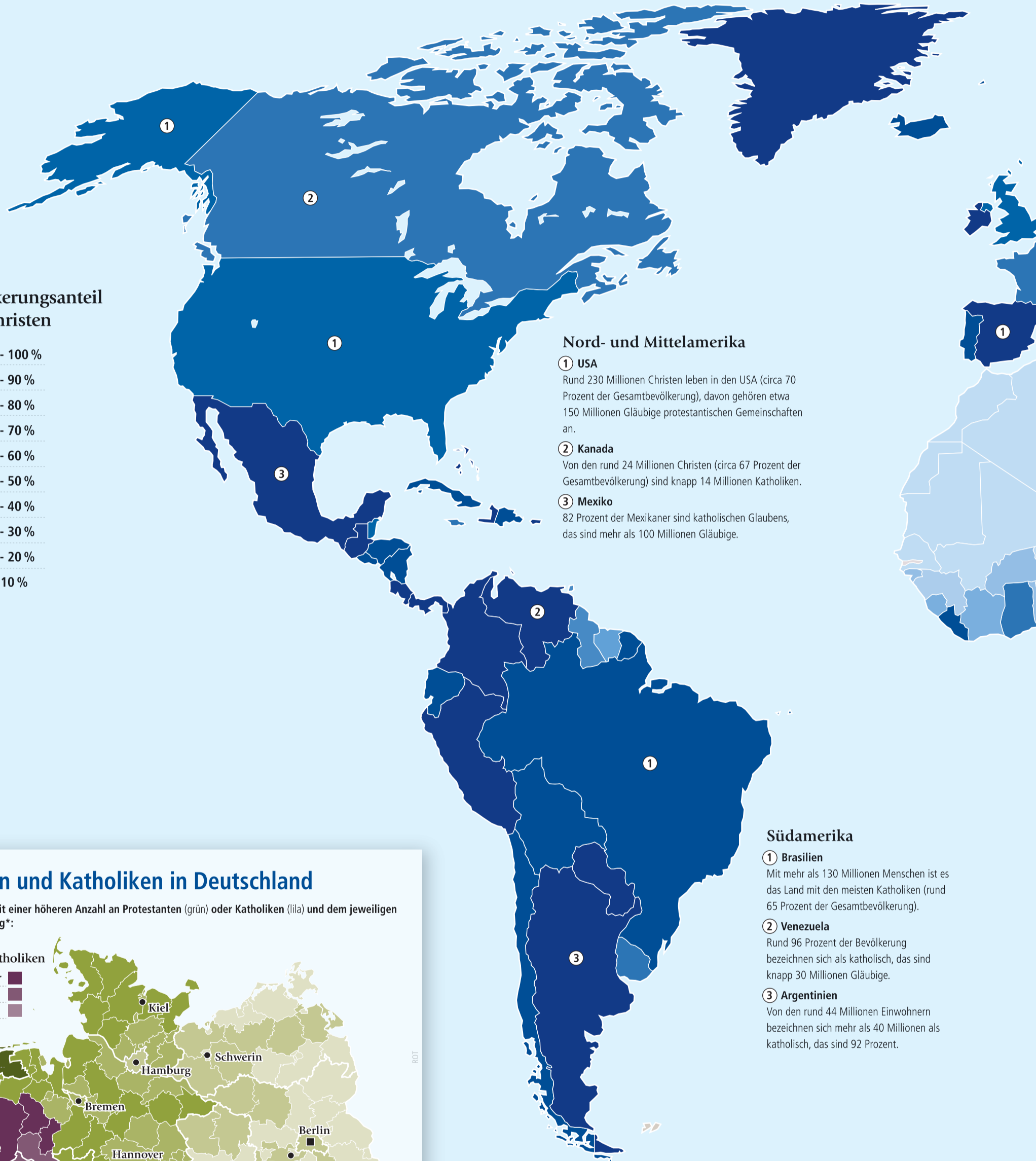
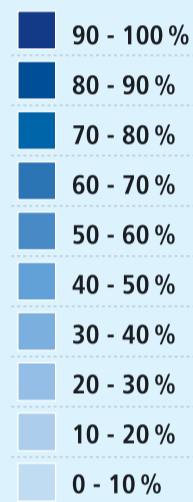
NAMIBIA Mehr als 90 Prozent der Einwohner sind Christen, anders aber als im häufig katholisch geprägten Subsahara-Afrika stellen in Namibia Protestanten die größte Gruppe. Rund 80 Prozent der Christen in Namibia sind Lutheraner, Anglikaner, Mitglieder der Niederländisch-reformierten Kirche, Baptisten oder Adventisten, 20 Prozent sind Katholiken – hier macht sich der Einfluss europäischer Siedler im 19. Jahrhundert bemerkbar und schließlich die Kolialisierung durch das Deutsche Reich. Große Bedeutung haben in Namibia bis heute traditionelle Religionen wie etwa die der Volksgruppe der San. Gegen sie ging die deutsche Kolonialtruppe Anfang des 20. Jahrhunderts ähnlich brutal vor wie bei den Vernichtungsfeldzügen gegen die Herero und Nama.



Christentum weltweit

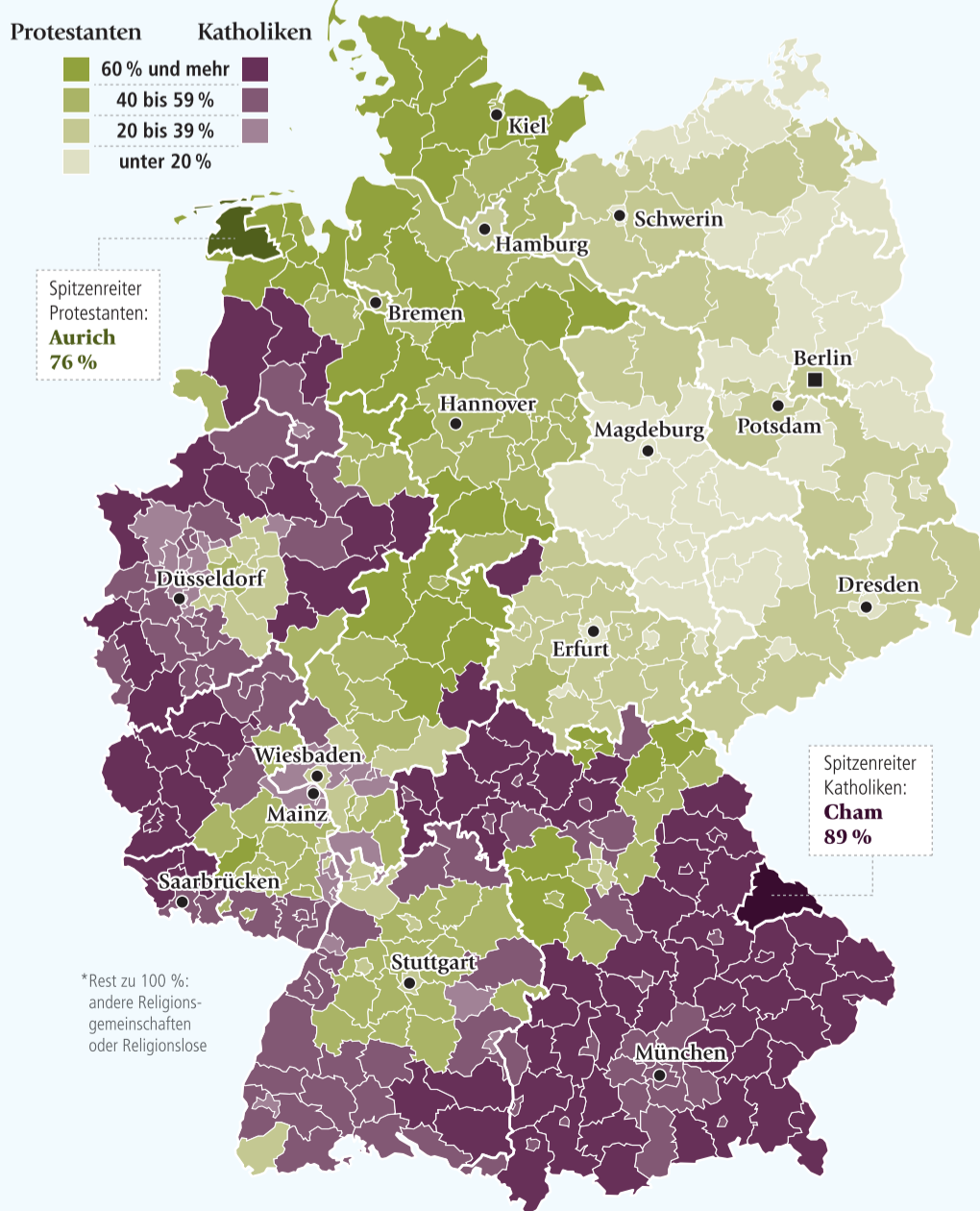
Staaten mit jeweiligem Bevölkerungsanteil von Christen

Bevölkerungsanteil von Christen



Protestanten und Katholiken in Deutschland

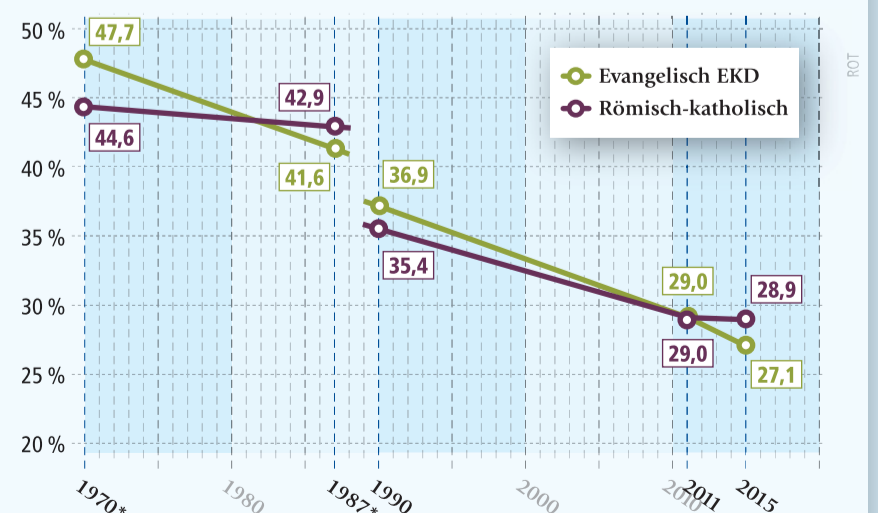
Städte und Landkreise mit einer höheren Anzahl an Protestanten (grün) oder Katholiken (lila) und dem jeweiligen Anteil an der Bevölkerung*:



Quelle: Stat. Bundesamt (Zensus 2011) Stand: 9. Mai 2011 Grafikkarte: Globus 6124 (editiert)

Konfessionszugehörigkeit in Deutschland

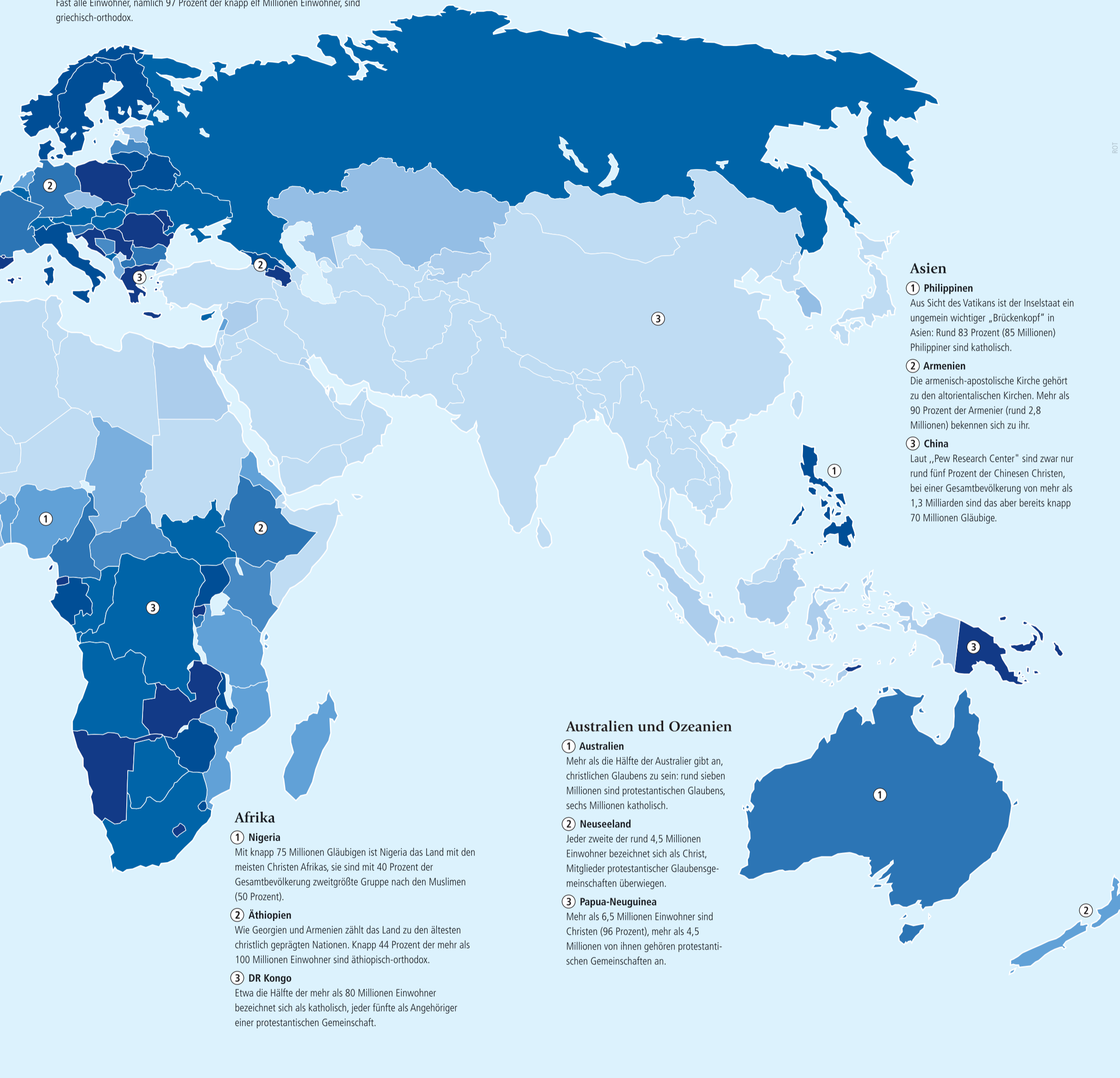
Entwicklung zwischen 1970 und heute (in Prozent, *1970 und 1987 nur Bundesrepublik)



Quelle: Forschungsgruppe Weltanschauung in Deutschland (fowi), dpa, Statistisches Bundesamt, EKD und DBK Grafik: Stephan Roters

Europa

- ① **Spanien**
Das Land gehört - wie etwa auch Polen - zu den religiös homogenen Nationen: Mehr als 90 Prozent der rund 48 Millionen Spanier geben an, katholischen Glaubens zu sein.
- ② **Deutschland**
48 Millionen Einwohner sind Christen, das entspricht einem Anteil von knapp 60 Prozent. Der römisch-katholischen Kirche gehören 23,8 Millionen, der Evangelischen Kirche in Deutschland 22,3 Millionen Menschen an.
- ③ **Griechenland**
Fast alle Einwohner, nämlich 97 Prozent der knapp elf Millionen Einwohner, sind griechisch-orthodox.



Asien

- ① **Philippinen**
Aus Sicht des Vatikans ist der Inselstaat ein ungemein wichtiger „Brückenkopf“ in Asien: Rund 83 Prozent (85 Millionen) Philippiner sind katholisch.
- ② **Armenien**
Die armenisch-apostolische Kirche gehört zu den altorientalischen Kirchen. Mehr als 90 Prozent der Armenier (rund 2,8 Millionen) bekennen sich zu ihr.
- ③ **China**
Laut „Pew Research Center“ sind zwar nur rund fünf Prozent der Chinesen Christen, bei einer Gesamtbevölkerung von mehr als 1,3 Milliarden sind das aber bereits knapp 70 Millionen Gläubige.

Australien und Ozeanien

- ① **Australien**
Mehr als die Hälfte der Australier gibt an, christlichen Glaubens zu sein: rund sieben Millionen sind protestantischen Glaubens, sechs Millionen katholisch.
- ② **Neuseeland**
Jeder zweite der rund 4,5 Millionen Einwohner bezeichnet sich als Christ, Mitglieder protestantischer Glaubensgemeinschaften überwiegen.
- ③ **Papua-Neuguinea**
Mehr als 6,5 Millionen Einwohner sind Christen (96 Prozent), mehr als 4,5 Millionen von ihnen gehören protestantischen Gemeinschaften an.

Afrika

- ① **Nigeria**
Mit knapp 75 Millionen Gläubigen ist Nigeria das Land mit den meisten Christen Afrikas, sie sind mit 40 Prozent der Gesamtbevölkerung zweitgrößte Gruppe nach den Muslimen (50 Prozent).
- ② **Äthiopien**
Wie Georgien und Armenien zählt das Land zu den ältesten christlich geprägten Nationen. Knapp 44 Prozent der mehr als 100 Millionen Einwohner sind äthiopisch-orthodox.
- ③ **DR Kongo**
Etwa die Hälfte der mehr als 80 Millionen Einwohner bezeichnet sich als katholisch, jeder fünfte als Angehöriger einer protestantischen Gemeinschaft.

CHRISTLICHE VIELFALT

NIEDERLANDE Das Königreich gilt einerseits als eines jener Länder in Europa mit wenig ausgeprägter religiöser Bindung der Gesellschaft. Nur rund jeder zweite Einwohner gibt an, überhaupt einer Konfession anzugehören. Andererseits sind die Niederlande eines der klassischen Reformationsländer wie etwa Deutschland und die Schweiz: Die Verbreitung des Calvinismus spielte eine wichtige Rolle bei der Lossagung von der spanischen Krone im Jahre 1581. Die theologische Bewegung des Reformators Johannes Calvin wurde aber nie Staatsreligion wie etwa die lutherische Konfession bei den Staatskirchen Skandinaviens. Heute sind noch knapp 23 Prozent der Niederländerinnen und Niederländer Mitglied der Katholischen Kirche, 15 Prozent sind Protestanten.

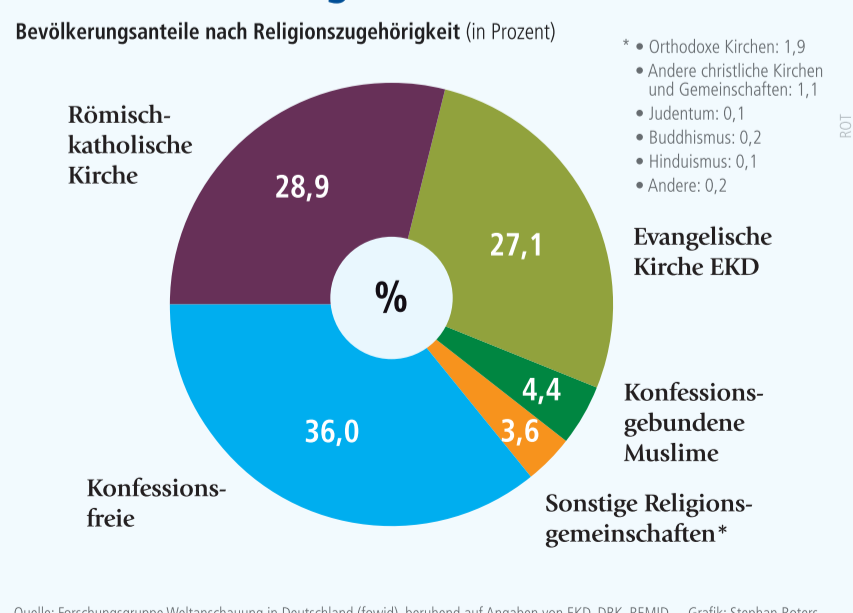
GRIECHENLAND Rund 97 Prozent der Griechen gehören den orthodoxen Kirchen in Griechenland an – und diese Zugehörigkeit bildet einen Kern der griechischen Nation und Identität. Der Kirche von Griechenland mit dem Erzbischof Athen an der Spitze gehören etwa neun Millionen Gläubige an, aber der Heilige Berg Athos, Kreta und auch der Dodekanes sind wiederum dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel unterstellt. Das Oberhaupt, der Patriarch von Konstantinopel, aktuell ist das Bartholomäos I., darf als Primus inter pares auch als Oberhaupt von etwa 350 Millionen orthodoxen Christen weltweit gelten. Seinen Sitz hat der Patriarch in der Georgskathedrale im Istanbuler Stadtviertel Phanar.

POLEN Fast 90 Prozent der Polen sind Mitglieder der katholischen Kirche, acht von zehn Polen geben in Erhebungen an, dass sie religiös oder sehr religiös sind. Die katholische Kirche unterstützte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Widerstand gegen das kommunistische Regime, aber sie spielte auch im 18. und 19. Jahrhundert eine zentrale Rolle für die Identität und das Fortbestehen der polnischen Nation – auch dann, als der polnische Staat während der langen Jahre der „polnischen Teilungen“, also der Aufteilung zwischen Russland, Preußen und Habsburg, nicht existierte. Das Polen der Zwischenkriegszeit war religiös deutlich heterogener etwa mit orthodoxen Christen, mit Juden und Protestanten. Das heute religiös so homogen wirkende Polen ist ein Ergebnis des 2. Weltkriegs und Ergebnis von Völkermord, Vertreibung und der Westverschiebung im Jahre 1945.

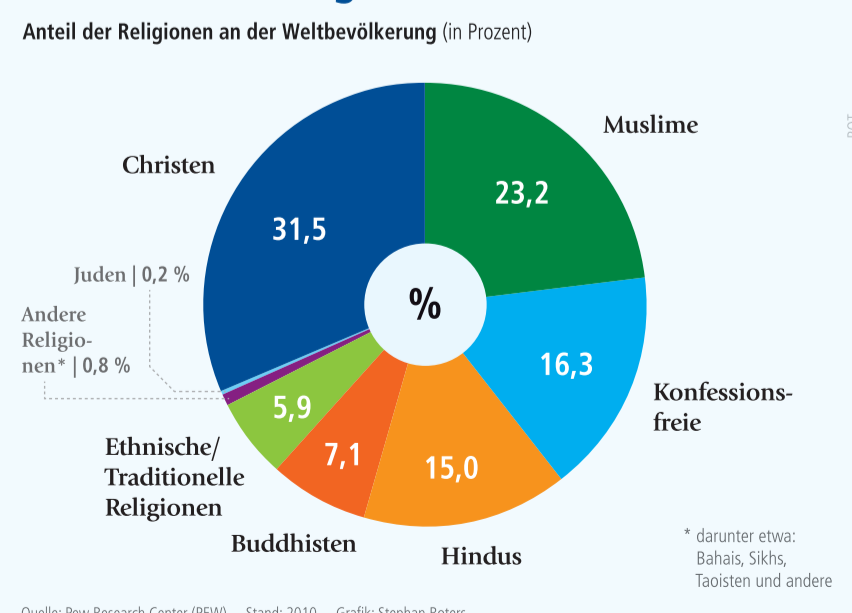
ITALIEN Mehr als 200 Diözesen, Bistümer mit weniger als 100.000 Gläubigen: Kein Land der Welt hat mehr Diözesen und Kirchenprovinzen – und nirgendwo sonst macht diese historische bedingte Vielzahl die Zusammenfassung von Gemeinden, Bistümern oder Kirchenprovinzen in Kirchenregionen, also eigene Verwaltungseinheit, notwendig als bei der Römisch-Katholischen Kirche Italiens. Mehr als ein Jahrtausend, zwischen dem 8. Jahrhundert und der Vereinigung des Königreiches Italien mit dem Kirchenstaat, waren größere Teile des mittleren Italiens, zeitweise von Rom bis nach Bologna und Ravenna, stets weltliches Herrschaftsgebiet der Päpste im Vatikan. Heute sind vier von fünf Italienern Mitglied der katholischen Kirche, das sind rund 50 Millionen Gläubige.

ÄTHIOPIEN Die Äthiopisch-Orthodoxe Tewahedo-Kirche gehört zu jenen altorientalischen genannten Ostkirchen, die sich im 5. Jahrhundert von der römischen Reichskirche trennten. Während sich in den benachbarten Ländern im Laufe der Zeit der Islam ausbreitete, konnte sich die Äthiopisch-Orthodoxe Tewahedo-Kirche als einzige vorkoloniale christliche Kirche Afrikas behaupten – sie entwickelte sich dadurch in recht isolierter Lage. Heute geben etwa 43 Prozent der rund 100 Millionen Äthiopier an, Mitglied der Tewahedo-Kirche zu sein, rund 18 Prozent der Bevölkerung sind protestantisch und weniger als ein Prozent katholisch. Rund ein Drittel der Äthiopier sind Muslime.

Glaubensrichtungen in Deutschland 2015



Glaubensrichtungen weltweit



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Gekreuzte Schwerter

STAAT UND KIRCHE Die weltliche und die geistliche Macht stritten über Jahrhunderte über den Führungsanspruch. So unterschiedlich die Streitpunkte waren, so unterschiedlich fielen die Ergebnisse in den Staaten Europas aus

Die Ansage war unmissverständlich: „Seien Sie außer Sorge, nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig“, schimpfte Otto von Bismarck am 14. Mai 1872 im Reichstag in Berlin vor Rednerpult. Der deutsche Reichskanzler ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass er in der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche und Papst Pius IX. über das Verhältnis von Staat und Kirche, die als Kulturkampf in die Geschichtsbücher eingehen sollte, nicht zurückweichen würde.

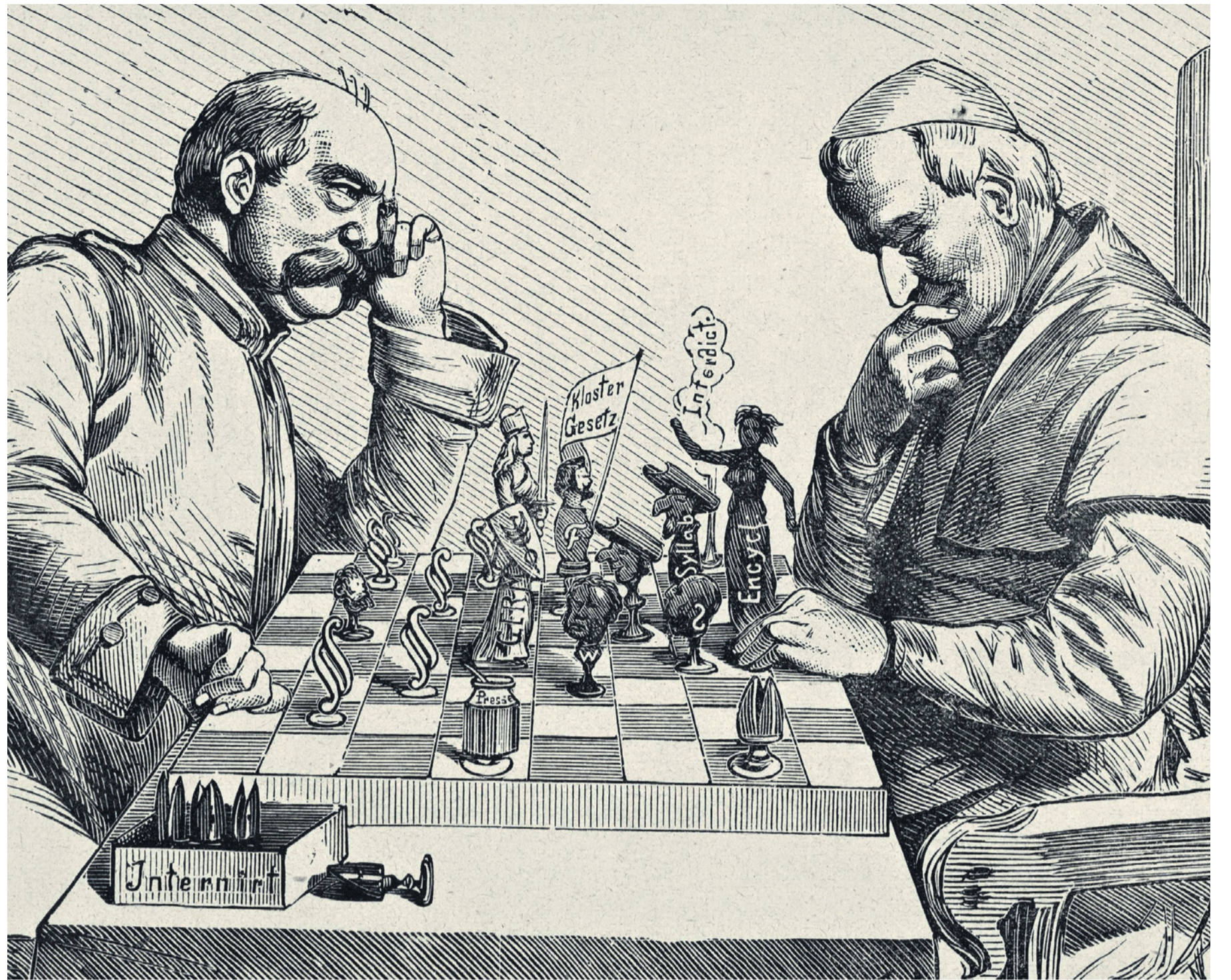
Dass Bismarck den Bußgang des römisch-deutschen Kaisers Heinrich IV. im Jahr 1077 nach Canossa zu Papst Gregor VII. beschwor, war alles andere als Zufall. Ende des 19. Jahrhunderts galt der „Gang nach Canossa“ national-liberal gesinnten Deutschen als Sinnbild nationaler Erniedrigung. Und bis heute zählt er zu einer der herausragenden Ereignisse in einem über Jahrhunderte andauernden Konflikt zwischen weltlicher und geistlicher Macht um den Führungsanspruch.

Bereits im Jahr 494 hatte Papst Gelasius die sogenannte Trennung von den zwei Schwertern als Sinnbild für die weltliche und geistliche Macht, die die Welt regieren, entwickelt. Während des Streits über den Umgang mit den Anhängern des Monophysitismus stellte Gelasius in einem Brief an oströmischen Kaiser Anastasios I. zu gelegentlich fest: „Denn Du weißt allergnädigster Sohn, dass Du, obgleich an Würde über

das Menschengeschlecht gesetzt, dennoch den Vorstehern der göttlichen Dinge fromm den Nacken beugst und von ihnen die Mittel deines Heils erwartest.“ Entschieden war die Machtfrage damit aber nicht, verstanden sich die oströmischen und byzantinischen Kaiser in Konstantinopel bereits als Herrscher von Gottes Gnaden und damit dem „Stellvertreter Jesu Christi“ mindestens ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen. Den Anspruch auf das Gottesgnadentum würd selbst heute noch von gekrönten Häuptern wie Queen Elizabeth II. aufrechterhalten.

Auch im lateinischen Westen bestimmte die Lehre von den zwei Schwertern über Jahrhunderte das Verhältnis zwischen weltlicher und geistlicher Macht. Und immer wieder kreuzten beide Mächte ihre Schwerter. Zu einer Eskalation führte schließlich der sogenannte Investiturstreit. Schon die Könige des fränkischen Reichs nahmen für sich das Recht in Anspruch, Bischöfe in ihre Ämter einzusetzen. Mit der Entwicklung des Reichskirchensystem unter dem römisch-deutschen Kaiser Otto I. bekamen die eingesetzten Bischöfe gleichsam weltliche Macht übertragen und gerieten so zunehmend unter den direkten Machteinfluss des Monarchen.

Ausgehend von der Kirchenreformbewegung in der Abtei Cluny gingen die Päpste schließlich gegen die Verweltlichung der geistlichen Ämter vor. Zwischen Heinrich IV. und Papst Gregor VII. kam es schließlich zum offenen Bruch. Heinrich forderte Gregor zur Abdankung auf, im Gegenzug



Bismarck und Papst Pius IX. als Gegenspieler: Karikatur aus der satirischen Zeitschrift „Kladderadatsch“ von 1875.

© picture-alliance/akg-images

exkommunizierte dieser den deutschen Herrscher. Schließlich musste Heinrich nachgeben und sich durch seinen Bußgang nach Canossa aus dem Kirchenbann befreien. Mit dem Wormser Konkordat 1122 legten Heinrich V. und Papst Calixt II. den Investiturstreit schließlich bei. Die Einsetzung der Bischöfe war fortan ausschließlich Sache der Kirche. Umgekehrt gaben sie ihre weltliche Macht im Reich jedoch nicht auf. Dies sollte noch bis zum Reichsdeputationshauptschluss von 1803 dauern. Die konkreten Gründe, warum die weltliche und die geistliche Macht immer wieder in Konflikt gerieten, konnten ganz unterschiedlicher Natur sein und zu ebenso un-



Kaiser Heinrichs Bußgang nach Canossa (Darstellung von 1863)

terschiedlichen Resultaten führen. Englands König Heinrich VIII., ursprünglich ein treuer Anhänger des Papsttums und erklärter Gegner der Reformation – Papst Leo X. verlieh ihm deshalb gar den Titel „Verteidiger des Glaubens“ – kreuzte die Klinge mit der römischen Kurie aus einem auf den ersten Blick sehr privaten Anliegen. Er wollte die Ehe mit Katharina von Aragon durch den Papst annullieren lassen, um seine Geliebte Anne Boleyn heiraten zu können. Doch Clemens VII. verweigerte 1531 dem König diesen Wunsch und drohte offen mit Exkommunikation. Sollte sich Heinrich darüber hinwegsetzen. Doch in diesem Fall verheißte die Bannandrohung ihre Wirkung. Heinrich heiratete Boleyn zunächst heimlich und ließ die Ehe mit Katharina durch ein Gericht nachträglich scheiden. Als der Papst erneut drohte, sagte sich Heinrich von Rom los und mit der Verabschiedung der Suprematsakte von 1534 im Parlament wurde der englische König zum weltlichen Oberhaupt der anglikanischen Kirche von England.

Auch auf der anderen Seite des Ärmelkanals kam es im katholischen Frankreich im Zuge der Revolution von 1789 zum Bruch mit Rom. Dort führte der Konflikt im Endergebnis zu einer völligen Trennung von Staat und Kirche. Auch für Napoleon I. stand fest, welche der beiden Mächte den Vorrang genießt und demonstrierte dies in einem erdrutschsieg von landesweit 75 Prozent. In 26 der 28 Landeskirchen stellten „Deutsche Christen“ den Bischof „Theologisch“ zielt die Bewegung auf eine „Entjudung“ des Christentums – man versuchte den Mythos eines „Arischen Jesus“ zu etablieren, auch das Alte Testament sollte auf die Bibel getilgt werden. Allerdings blieb ihr Einfluss begrenzt: Die „Deutschen Christen“ wurden nie eine Massenorganisation, sie hatten nur 600.000 Mitglieder.

Historisch bedeutsam ist die Bekenntliche Kirche: Sie wurde zum Sammelbecken für kircheninterne Oppositionelle, die als Theologen oder mutige Gemeindepfarrer aufgrund ihrer christlichen Überzeugung teilweise schon früh auf Distanz gegangen waren. Auf ihrer Bekenntnissynode in Wuppertal-Barmen positionierten sich 139 Vertreter aus 18 Landeskirchen klar gegen die „Deutschen Christen“

schied von der Tradition der Kaiser des Heiligen Römischen Reichs, die als Ausdruck des Gottesgnadentums durch den Papst gekrönt worden waren. Der anwesende Papst Pius VII. musste sich mit der Rolle des Zuschauers begnügen.

Bereits als Konsul der französischen Republik hatte Napoleon mit dem Konkordat von 1801 für klare Verhältnisse zwischen Staat und Kirche gesorgt. Die katholische Religion wurde zwar als „die der großen Mehrheit der französischen Bürger“ anerkannt, verlor aber endgültig den Status einer „Staatsreligion“. Das Konkordat regelte das kirchliche Leben in Frankreich grundlegend und galt bis zum Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche von 1905, das bis heute gilt.

In Deutschland sollte die endgültige Klärung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche deutlich länger dauern. Infolge der Säkularisation im Zuge der französischen Revolution und der napoleonischen Besatzung hatte sich auch hier ein staatliches Selbstverständnis fern konfessioneller Bindungen oder päpstlicher Einflussnahme herausgebildet. Ende des 19. Jahrhunderts ging die katholische Kirche jedoch auf Gegenkurs. In seinem 1864 veröffentlichten „Verzeichnis der Irrtümer“ übte Papst Pius IX. scharfe Kritik nicht nur an der Trennung von Staat und

Kirche, sondern auch andere vermeintliche Irrtümer in Politik, Kultur und Wissenschaft, darunter die Religionsfreiheit. Und durch das Erste Vatikanische Konzil (1870) wurde die Stellung des Papstes durch die Formulierung des Unfehlbarkeitsanspruches in der Glaubens- und Sittenlehre noch einmal gestärkt. Den Vorrang der Politik wollte Rom nicht akzeptieren, sah sich der Papst als Herrscher über den Kirchenstaat durch den Einigungsprozess in Italien auch in seiner weltlichen Macht bedroht.

Im gerade gegründeten Deutschen Reich (1871) und vor allem im protestantischen Preußen führte dies zum sogenannten Kulturkampf, in dessen Verlauf der Einfluss der Kirche durch eine Reihe von Gesetzen massiv zurückgedrängt wurde. Der Kulturkampf trieb die Trennung von Staat und Kirche zwar voran. Abschließend klärt wurde das Verhältnis beider Mächte dann mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919, die die Religionsfreiheit, die Selbstbestimmung aller Religionsgemeinschaften und die weltanschauliche Neutralität des Staates festschrieb. Diese Prinzipien gelten bis heute. Zu einer strikten Trennung von Staat und Kirche kam es allerdings nicht, da eine Kooperation zwischen beiden Mächten ausdrücklich ermöglicht wurde.

»Seien Sie außer Sorge, nach Canossa gehen wir nicht.«

Otto von Bismarck, Reichskanzler

Alexander Weinlein

Das WILL ICH ONLINE LESEN!
 Jetzt auch als E-Paper.
 Mehr Information.
 Mehr Themen.
 Mehr Hintergrund.
 Mehr Köpfe.
 Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
 parlament@fs-medien.de
 Telefon 069-75014253

Zwischen Anpassungsstrategien und Widerstandsaktivitäten

KIRCHEN IN DER DIKTATUR In der NS-Zeit wurde die Bekennende Kirche zum Sammelbecken der Auflehnung. Opposition gegen die SED begann in Kirchen

In beiden Diktaturen in Deutschland des 20. Jahrhunderts lassen sich auf Seiten der Kirchen jeweils deutliche Anpassungsstrategien wie auch Widerstandsaktivitäten beobachten. Bei einer Einschätzung der jeweiligen Staat-Kirche-Beziehungen ist es jedoch wichtig, die „grundlegend verschiedene Situation“ zu berücksichtigen, wie die Historikerin Anke Silomon betont. Tatsache ist, dass die Kirchen Ende der 1920er Jahre den aufkeimenden Nationalsozialismus nicht prinzipiell ablehnten. Im Gegenteil: Anlässlich der Machtgreifung der Nazis im Jahr 1933 gab es sogar Festgottesdienste. Protestanten sympathisierten traditionell eher mit einer starken Obrigkeit. Das Ende des Kaiserreichs und die unruhige Weimarer Zeiten stürzten viele evangelische Christen in eine Identitätskrise. Viele sehnten sich nach „Recht und Ordnung“.

Der Katholizismus stand schon zu Bismarcks Zeiten („Kulturkampf“) in Opposition zum Staat, Bischöfe betonten die

Wahrung religiöser Rechte und die kulturelle Autonomie ihrer Kirche. Karl-Dietrich Bracher sah auf Seiten der evangelischen Kirche in der NS-Zeit nicht nur ein stärkeres gesellschaftliches Gewicht, sondern beschrieb die Protestanten auch als „ungleich anfälliger, verführbarer“. Der katholische Publizist Andreas Püttmann erinnert allerdings daran, dass schon lange „vor der nationalsozialistischen Herrschaft“ auch Rechtskatholiken tatkräftig geholfen haben, die Weimarer Demokratie sturmreif zu schießen. Und im Schicksalsjahr 1933 dauerte es nur Wochen, bis auch die Parteien des politischen Katholizismus (Zentrum und Bayerische Volkspartei) auf Linie waren: Im März stimmten sie für das Ermächtigungsgesetz. Adolf Hitler hatte Papst Pius XI. in Stellung gebracht – das in Rom ausgehandelte Konkordat garantierte „die Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre“.

Bereits im Herbst 1932 hatten sich unter Führung nationalsozialistisch gesinnter Pfarrer die „Deutschen Christen“ formiert. Erklärtes Ziel: Die Angleichung des Protes-

tantismus an die Ideologie des Nationalsozialismus. Führerprinzip und Antisemitismus gehörten zur Grundausrüstung. Bei der Kirchenwahl im Juli 1933 gelang ihnen ein Erdrutschsieg von landesweit 75 Prozent. In 26 der 28 Landeskirchen stellten „Deutsche Christen“ den Bischof „Theologisch“ zielt die Bewegung auf eine „Entjudung“ des Christentums – man versuchte den Mythos eines „Arischen Jesus“ zu etablieren, auch das Alte Testament sollte auf die Bibel getilgt werden. Allerdings blieb ihr Einfluss begrenzt: Die „Deutschen Christen“ wurden nie eine Massenorganisation, sie hatten nur 600.000 Mitglieder.

Historisch bedeutsam ist die Bekenntliche Kirche: Sie wurde zum Sammelbecken für kircheninterne Oppositionelle, die als Theologen oder mutige Gemeindepfarrer aufgrund ihrer christlichen Überzeugung teilweise schon früh auf Distanz gegangen waren. Auf ihrer Bekenntnissynode in Wuppertal-Barmen positionierten sich 139 Vertreter aus 18 Landeskirchen klar gegen die „Deutschen Christen“

»Die Kirchen konnten niemals voll in das Regime integriert werden.«

Peter Maser, Kirchenhistoriker

und die Vereinnahmung der Kirche durch die NS-Ideologie. „Wir verwerfen die falsche Lehre“, heißt es in der „Barmer Theologischen Erklärung. Zu prägenden Persönlichkeiten des Kirchenkampfes wurden der Theologieprofessor Karl Barth, der Theologe Dietrich Bonhoeffer oder der Berliner Pfarrer Martin Niemöller.

Die Bekennende Kirche verhinderte eine völlige Gleichschaltung der evangelischen Kirche mit dem NS-Staat. Sie kann als Ganzes jedoch nicht als Widerstandsorganisation gesehen werden: Ihre Aktivitäten zielten vor allem auf die Selbstbehauptung kirchlicher Strukturen. Vertreter wie Dietrich Bonhoeffer zählen jedoch zu jenen, die sich trotz ethischer Bedenken bewusst am aktiven Widerstand beteiligten – mit dem Ziel, Adolf Hitler gewaltsam zu beseitigen. Auch der katholische Jesuit Alfred Delp war aktiver Widerständler. Beide verloren ihr Leben im Kampf gegen Hitler.

Kennzeichnend für die DDR war die atheistische Staatsideologie. Die Verfolgung Andersdenkender im SED-Staat erfolgte subtiler als im NS-Regime. Vor allem in den 1950er Jahren kam es zu gewaltsamen Übergriffen gegen Protestanten, es gab Haftstrafen. Auch später mussten Christen wegen ihres Glaubens Schikanen und Einschränkungen bei Ausbildung und Berufs-

wahl hinnehmen – etwa weil sie die atheistische Jugendweihe ablehnten.

Seit Beginn der 1980er Jahre formierte sich die staatskritische kirchliche Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung. Der damalige sächsische Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider entwickelte 1980 das biblisch angelehnte Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ – es wurde zum Logo der Friedensbewegung. Unter dem Dach der Kirchen, mit Kerzen und Friedensgebeten, versammelte sich schließlich die Bürgerrechtsbewegung, die im Herbst 1989 mit Massenprotesten die DDR zum Einsturz brachte. Seit Jahren aktiv waren Kirchenleute wie Rainer Eppelmann, Friedrich Schorlemmer oder Joachim Gauck, die später im vereinten Deutschland wichtige Aufgaben übernahmen – bis hin zum Amt des Bundespräsidenten.

Die Kirchen waren nach Überzeugung des Kirchenhistorikers Peter Maser „die einzige gesellschaftliche Massenorganisationen in der DDR, die niemals voll in das Regime der SED-Diktatur integriert werden konnten und zäh ihre Selbstständigkeit behaupteten.“

Christoph Irion

Der Autor ist Journalist, Politologe und Geschäftsführer des Christlichen Medienverbands KEP in Wetzlar.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Zwischen Kreuz und Burka

RELIGIÖSE SYMBOLE Heute wird vor allem um Kopftücher und Ganzkörperschleier gestritten

Deutschland im Jahr des großen Reformationsgedenkens: pluralistisch, multikulturell und multi-religiös. Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem „Kruzifix-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts, das wie ein Blitz in die kirchliche Landschaft einschlug, wird wieder über Begriffe wie Religionsfreiheit und Neutralität des Staates gestritten. Doch anders als in den späten 1990ern geht es diesmal nicht mehr so sehr um das zentrale Symbol der Christenheit, dem seine Verteidiger eine überreligiöse Bedeutung als Zeichen von Humanität und ethischer Gesinnung beimessen. Die Debatte ist auf das Kopftuch und die Burka von Muslimen fokussiert. Ein Blick zurück: Im Sommer 1995 hatten die Verfassungsrichter die in Bayern geltende Pflicht für unzulässig erklärt, in Klassen-

Kruzifix in Schulen), keine flächendeckenden pauschalen Verbote (von Kopftüchern etwa bei muslimischen Lehrerinnen). Und 2011 befand der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seiner auf Italien bezogenen Entscheidung, Kruzifixe in Klassenzimmern („passive Symbole“) verletzten keine Grundrechte.

Aktuell ist die Ganzkörperschleierung muslimischer Frauen Streitfall Nummer eins. Ist sie durch die vom Grundgesetz geschützte Religionsfreiheit abgedeckt? Ja, sagte der wissenschaftliche Dienst des Bundestags, die Burka gehöre für bestimmte muslimische Gruppen zu ihrem Glaubensverständnis. In dem Gutachten von 2010 heißt es: „Das Tragen einer Burka fällt (damit) in den Schutzbereich des Artikel 4 GG, soweit die Trägerin dies als verbindlich von den Regeln ihrer Religion vorgeschrieben empfindet.“ Dieser Satz führte natürlich zu

»Wie dürfen die Unterschiede im Glauben nicht zur Seite wischen.«

Heinrich Bedford-Strohm,
EKD-Ratsvorsitzender

kritischen Nachfragen: Kann die Burka nicht auch als bewusstes Zeichen von mangelnder Integrationsbereitschaft verstanden werden? Dem halten die Fachleute in der Parlamentsverwaltung allerdings entgegen: Diese Zumutung müsse ertragen werden, der Einzelne habe kein Recht darauf, von fremden Religionsüberzeugungen verschont zu bleiben. Im Übrigen sei es schwierig, jeweils konkret

festzustellen, ob die Burka aus religiösen Überzeugungen getragen werde oder als politische Demonstration. Allerdings sprechen die Gutachter von einer schwierigen Abgrenzung. Deshalb komme ein Verbot „nur im Einzelfall als Ergebnis einer Abwägung mit kollidierenden Verfassungsgütern in Betracht“. Ein Spannungsfeld, das nicht leicht aufzulösen ist. Der bayerische Justizminister Winfried Bausback (CSU) riet in der „FAZ“, höhere Anforderungen an die Plausibilität der Behauptung zu stellen, eine Bekleidung sei Teil der Religionsausübung: „Wenn der Koran eine solche Bekleidung nicht unmissverständlich vorschreibt und nur fundamentalistische Is-lamgelehrte dies herauslesen, zählt sie in keinem Fall zum Kernbereich der Religionsausübung, sondern allenfalls zu ihrem Randbereich.“

Fabeln und Lügen Vor allem im Protestantismus tut man sich schwer, in der Islam-Debatte auf einen Nenner zu kommen. Martin Luther hatte wortstarke Reden gegen den Islam („eine schändliche Ketzerei“) gehalten: Der Koran sei voller Fabeln und Lügen. In ihm möge vieles zunächst nach



Religiöse Symbole wie die Burka (links, eine Frau in Berlin) oder das Kreuz wie in einer Schule in Bayern sind in der säkularen Gesellschaft umstritten. © picture-alliance/360-Berlin/dpa

christlicher Lehre klingen, aber es fehle alles, was wichtig sei, oder es werde grotesk verzerrt: die Lehre von Jesus Christus, vom Sohn Gottes, von der Trinität (Dreifaltigkeit), von der Sünde, vom Kreuz, von der Auferstehung und von der Vergebung allein aus Gnade. Das war die Position des Reformators, die von seinen geistlichen Erben nicht mehr so klar vertreten wird. Islam und Christentum, meint etwa Martin Hein, Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, seien „Geschwister, die sich näher sind, als ihnen oft bewusst und auch lieb ist“. Hein zeigt sich auch offen für multireligiöse Feiern. Vor einem gemeinsamen Gebet von Christen und Muslimen warnt der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm. Warum? „Weil wir Unterschiede

im Glauben nicht einfach zur Seite wischen wollen. Ich kann als Christ nicht einfach darüber hinweggehen, wenn man mir ganz ausdrücklich sagt ‚Christus kann nicht Gottes Sohn sein‘. Deswegen bin ich zurückhaltender und spreche vom ‚multireligiösen Gebet‘. Ich sehe das aber nicht als Distanzierung oder Abwertung von anderen Religionen, sondern ich trete gerade dafür ein, die eigene Identität nicht aus der Abgrenzung heraus zu definieren.“ Wolfgang Huber, einer der Amtsvorgänger von Bedford-Strohm, hatte stets dafür gewarnt, die Unterschiede zwischen Christentum und Islam zu verdunkeln: „Wir haben als Christen keinen Grund zu sagen, wir würden uns zum gleichen Gott wie die Muslime bekennen.“ In Hubers Amtszeit entstand 2006

die Islam-„Handreichung“ des EKD-Rates mit dem Titel „Klarheit und gute Nachbarschaft“. Darin wurde unmissverständlich klargestellt, dass das interreligiöse Beten aus theologischen Gründen nicht in Betracht komme. Auch jegliches Missverständnis, es finde ein gemeinsames Gebet statt, sei zu vermeiden: „Ihr Herz werden Christen schwerlich an einen Gott hängen können, wie ihn der Koran beschreibt und wie ihn Muslime verehren.“ Auch beim Thema Kopftuch nahm der Rat der EKD unter Bischof Huber eine Haltung ein, die in den eigenen Reihen heftigen Widerspruch hervorrief: Das Kopftuch begründe Zweifel an der Eignung einer Bewerberin für den öffentlichen Dienst und den Lehrerberuf. In Interviews legte der damalige Ratsvorsitzen-

de nach: Das Kopftuch sei zwar ein religiöses Zeichen, symbolisiere aber auch eine Haltung im Verhältnis der Geschlechter, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei: „Wer sagt, mit dem kleinen Kreuz an meinem Revers dürfe ich nicht in die Schule, muss begründen, warum das ein antidemokratisches Zeichen sein soll. Nur dann ist es vergleichbar.“ Verteidigt wurde die umstrittene „Handreichung“ vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), die die Islamkonferenz ins Leben rief. Sein Appell, an Kirche und Politik gleichermaßen gerichtet: „Nicht nur geben, sondern auch fordern.“ Gernot Facius

Der Autor war stellvertretender
Chefredakteur der „Welt“

»Rente« seit zwei Jahrhunderten

PRIVILEGIEN Die beiden Großkirchen werden vom Staat mit Milliardengeldern begünstigt – das geht zurück bis zu Napoleon

Es begann mit Napoleon. Als Ausgleich für die Gebietsabtretungen an den Franzosen-Kaiser wurden mit dem Reichsdeputationshauptschluss (1803) die deutschen Fürstentümer unter anderem mit kirchlichem Besitz und Vermögen entschädigt. Kirchenjuristen dient diese „Enteignung“ als Begründung dafür, auf staatlichen Geldleistungen als eine Art Schadensersatz zu bestehen – obwohl bereits die Weimarer Reichsverfassung (1919) in Artikel 138 auf eine „Ablösung“, bei angemessener Entschädigung, durch die Landesgesetzgebung pochte und erklärte: „Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.“ Das Grundgesetz übernahm diesen Auftrag in Artikel 140. Erfüllt wurde er indes nicht. Steuergeld fließt weiter ohne Zweckbindung an die Kirchen. 2015 hatten die Bundesländer mehr als 500 Millionen Euro dafür eingeplant. Experten schätzen, dass seit 1949 etwa 15 Milliarden Euro gezahlt wurden.



Standesgemäßes Domizil für den Erzbischof: Palais Holnstein in München © picture-alliance/dpa

Erregungsthema Wie viel an Geld an beide Großkirchen insgesamt schon geflossen ist, kann niemand so genau sagen. Und unbeantwortet bleibt die Frage, ob die Zahlungen noch in irgendeinem Verhältnis zu den Vermögensverlusten im 18. und 19. Jahrhundert stehen. Die (kirchenkritische) Humanistische Union spricht von einer „ewigen Rente“ für die Kirchen. Die Katholische Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) beteuern seit Jahren ihre „Gesprächsbereitschaft“ über eine Änderung. Doch müsste der Impuls von staatlicher Seite ausgehen, wie der Bonner Staatskirchenrechtler Ansgar Hense 2010 im Auftrag der katholischen Oberhirten erklärte. Zugleich wurde den Ländern signalisiert, dass eine Ablösung sehr teuer werden würde. In der SPD heißt es deshalb, solange aus den Ländern keine Signale kommen, die auf die Länderhaushalte zukommenden Folgen tragen zu wollen, könne der Bund nicht mit einer Rahmengesetzgebung vorpreschen.

Und die CDU/CSU betonte, man sehe keinen Handlungsbedarf, durch ein Bundesgesetz die Länder zu verpflichten, „die von diesen gewährten Staatsleistungen an die Kirchen abzulösen“. So bleibt „Napoleons Vermächtnis“ (Überschrift eines Kommentars in „Die Zeit“) noch Mitte des 21. Jahrhunderts ein kirchenpolitisches Erregungsthema.

Nicht zu den Staatsleistungen zählt die Kostenersatzung aus staatlichen Mitteln für die Wahrnehmung öffentlicher Ausgaben (Kindergärten, Altenheime und Kliniken), Gelder für Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, für Theologische Fakultäten, Kirchliche Hochschulen, Kirchliche Entwicklungsdienste und Hilfswerke etc. Und auch nicht die Kirchensteuer, die vom Staat eingezogen wird und beiden Kirchen zusammen derzeit rund elf Milliarden Euro im Jahr er-

bringt; auch diese Abgabe der Kirchenmitglieder wurde aus der Weimarer Zeit ins Grundgesetz übernommen. Dass das Bundesverdienstleistungsministerium die Seelsorge an Soldaten finanziert, geht auf Artikel 27 des weiter geltenden Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 zurück. Apropos Konkordate. Als Apostolischer Nuntius in München hat der spätere Papst Pius XII. mit dem Freistaat Bayern einen Vertrag abgeschlossen, in dem unter anderem steht, dass etwa 50 hochrangige katholische Geistliche vom Staat eine „ihrem Stande und ihrer Würde angemessene“ Wohnung gestellt bekommen. Für den Münchner Erzbischof war das das Palais Holnstein. In ihm wohnt heute, nach einer Millionen Euro teuren Renovierung, Kardinal Reinhard Marx. Allerdings wird Marx, wie 138 andere hochrangige bayerische Geistliche, nicht mehr direkt

aus der Besoldungskasse des Landes bezahlt: Das Geld wird an die erzbischöfliche Finanzkammer überwiesen, welche dann die Pauschalsumme aufteilt. Der evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm wird auf ähnliche Weise besoldet. Mit Ausnahme der Hansestädte Hamburg und Bremen zahlen die Bundesländer aus ihren Etats einen Großteil der Gehälter kirchlicher Würdenträger. Neuerdings war vermehrt die Frage aufgetaucht, ob Konkordate möglicherweise europäischem Recht widersprechen, heißt es doch im Bayern-Konkordat: „Im Hinblick auf die Aufwendungen des Bayerischen Staates für die Bezahlung der Geistlichen wird die Kirche nur Geistliche verwenden, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben“ und an einer deutschen oder päpstlichen Hochschule studiert haben.

Und wie steht es um die „Staatsnähe“ zum Beispiel bei der Bischofswahl? Das Reichskonkordat bestimmt in Art. 14 Abs. 2, dass die Bulle für die Ernennung erst dann ausgestellt wird, nachdem der Name des Gewählten dem „Reichsstatthalter“ (heute den Ministerpräsidenten) mitgeteilt und festgestellt wurde, dass gegen ihn „Bedenken allgemeinen-politischen Natur nicht bestehen“. Wenn nach 20 Tagen der Staat sich nicht äußert, kann der Heilige Stuhl annehmen, dass keine Bedenken vorliegen. Ein Vetorecht steht dem Staat also nicht zu. Nach der „Freundschaftsklausel“ haben beide Seiten allerdings einen Einigungsversuch zu unternehmen. Sollte der Versuch erfolglos bleiben, so ist Rom in der Ernennung frei. Der Heilige Stuhl, so heißt es bei Gerhard Hartmann in seinem Buch „Der Bischof“, habe gegenüber politischen Bedenken die „höchste moralische Verpflichtung“, sie zu würdigen, sei aber an sie rechtlich nicht gebunden. Das sei auch verfassungsrechtlich von Bedeutung, hält der Konkordatsexperte fest. Denn damit sei gesichert, dass es „keinerlei Mitwirkung des Staates an innerkirchlichen Personalentscheidungen gibt.“ fac

Freiraum für Glauben

PARTEIEN Von Staatsferne bis striktem Anti-Islam-Kurs

Religion ist in allen (Wahl-)Programmen der Parteien ein Thema. CDU und CSU bekennen sich „ausdrücklich zur christlichen Prägung unseres Landes wie auch zum Respekt vor jeder Glaubensüberzeugung“. Dabei sei das „bewährte Staatskirchenrecht“ auch eine geeignete Grundlage für eine umfassende partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Religionsgemeinschaften, heißt es etwa zur Bundestagswahl 2013. An den aus dem 19. Jahrhundert herrührenden Staatsleistungen hält die Union im Grundsatz fest, begrüßt es aber, wenn Möglichkeiten zur Ablösung einzelner dieser Zahlungen an die Kirchen genutzt werden, wie es einige Bundesländer getan haben. Für die SPD ist wichtig, dass Religionen „Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens“ haben. Sie unterstützt daher Bemühungen islamischer Gemeinschaften, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen. Am Staatskirchenrecht hält sie ebenfalls fest. Im Einvernehmen von Bund, Ländern und Kirchen sollten Gespräche über eine Ablösung von Staatsleistungen geführt werden. Auch die FDP nimmt das „Ablösungsgebot des Grundgesetzes ernst“, befürwortete eine Regelung „unbedingt im gegenseitigen Einvernehmen“. An der Kirchensteuer will die Partei nach den Worten ihrer zuständigen Sprecher „nicht rütteln“. Diese Steuer werde nicht als Privileg, sondern als eine „der möglichen Optionen der Kirchenfinanzierung“ gesehen. Die Grünen haben sich auf ihrem jüngsten Parteitag in Münster für die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ausgesprochen, zudem müsse Transparenz bei den Finanzen herrschen: „Unser Ziel ist, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts sowohl ihr Vermögen als auch die Einnahmen und Ausgaben offenlegen.“ Der Kirchenaustritt soll kostenlos sein. Auch kirchliches Arbeitsrecht müsse überarbeitet werden. „Außerdienstliches und privates Verhalten“ dürfe für Bedienstete der Kirchen keine arbeitsrechtlichen Auswirkungen haben. Dazu sagte

der religionspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck: „Wie wir leben und lieben, geht den Arbeitgeber nichts an.“ In den in Münster verabschiedeten Grundsätzen wird auch eine – inzwischen vom Bundesverfassungsgericht erlaubte – Lockerung des „Tanzverbotes“ an religiös begründeten „stillen Tagen“, etwa an Karfreitag, gutgeheißen: „Alles, was nicht stört, soll erlaubt sein.“

Eine Überprüfung der Feiertagsgesetze verlangte auch die Partei Die Linke, die die komplette institutionelle Trennung von Staat und Kirche anstrebt und die kirchlichen „Privilegien“ abschaffen will, wie sie schon in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2013 ankündigte. Auch die Verfassungen sollen keine religiösen Bezüge mehr aufweisen dürfen. Die Linke betont dabei „das Recht aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer Weltanschauung oder Religion“ sowie den „Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten“. Gleichzeitig trat sie für die Abschaffung der Militärseelsorge, für die Entfernung religiöser Symbole in staatlichen Schulen und für eine Überprüfung des Blasphemiegesetzes (Paragraph 166 Strafgesetzbuch) ein.

Einen strikten Anti-Islam-Kurs steuert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Bestimmte muslimische Praktiken und Symbole gehörten verboten. Das Minarett und der Ruf des Muezzin seien „Ausdruck eines politischen Anspruchs an die Gesellschaft, den wir nicht haben wollen und den wir natürlich nicht teilen“, sagte AfD-Vize Alexander Gauland. Die EKD-Spitze wirft der Partei vor, die Religionsfreiheit infrage zu stellen. fac

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Bunte Kindergartenwelt: Künftig soll dies nicht nur für die Kleinen in kirchlichen Kitas gelten. Auch die Zusammensetzung der Mitarbeiter könnte sich künftig vielfältiger gestalten.

© picture-alliance/dpa

Kirchliche Sonderwege

ARBEITGEBER Die Kirchen lockern ihre arbeitsrechtlichen Regeln für Mitarbeiter – auch um neue Fachkräfte zu werben

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und ihr Wohlfahrtsverband Diakonie Deutschland wollen ihre Arbeitsplätze künftig stärker für nicht oder anders gläubige Menschen öffnen. Eine entsprechende Richtlinie hat der Rat der EKD am 9. Dezember 2016 verabschiedet. Insbesondere für die rund 30.000 sozialen Einrichtungen der Diakonie sollen in Zukunft mehr Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen als Mitarbeiter gewonnen werden.

Ob in der Alten- und Krankenpflege, der Kinderbetreuung oder der Seelsorge: In weiten Teilen des sozialen Dienstleistungssektors haben die kirchlichen Wohlfahrtsverbände weiterhin eine marktbeherrschende Stellung – auch was die Arbeitsplätze angeht. Nach eigenen Schätzungen beschäftigt die Diakonie rund 464.000 hauptberufliche Mitarbeiter, die Caritas zählt sogar 617.000 hauptamtlich Beschäftigte in ihren Betrieben, zu denen ein Großteil der deutschen Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten, Jugendzentren und Behindertenwerkstätten gehören. Damit gehören die kirchlichen Sozialdienste zu den größten Arbeitgebern im Land.

Der »Dritte Weg« Wer in Deutschland eine Anstellung als Kindergärtner oder Krankenpflegerin sucht, kommt an den kirchlichen Arbeitgebern häufig nicht vorbei. Christen hatten hier bisher deutlich bessere Chancen auf eine Anstellung. Wer dagegen einer anderen Religionsgemeinschaft angehört, geschieden und wiederverheiratet, homosexuell oder aus der Kirche ausgetreten ist, hat besonders bei der katholischen Kirche tendenziell schlechte Karten auf einen Job, denn die Kirchen verlangen von ihren Mitarbeitern, dass sie sich beruflich wie privat zur Kirche und ihren Lehren bekennen. Festgeschrieben ist das in besonderen Loyalitätspflichten, denen die Mitarbeiter bei Vertragsunterzeichnung zustimmen müssen. Ein Verstoß kann zu arbeitsrechtlichen Sanktionen bis hin zur Kündigung führen.

Eine Scheidung soll künftig kein zwingender Kündigungsgrund sein.

Dass ein Arbeitgeber seinen Angestellten vertraglich vorschreibt, wie sie sich privat zu verhalten haben, ist im Rahmen des deutschen Arbeitsrechts eigentlich undenkbar. Für die Kirchen gelten jedoch weitreichende Sonderregeln. Das Grundgesetz sichert ihnen ein umfassendes Selbstbestimmungsrecht zu. Auf dieser Basis dürfen sie auch ihre Arbeitsverhältnisse selbst regeln – in Form eines eigenständigen Dienst- und Arbeitsrechts. In Abweichung vom Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (»Erster Weg«) oder den Tarifverhandlungen in der Privatwirtschaft (»Zweiter Weg«) haben die Kirchen im »Dritten Weg« ein eigenes Arbeitsvertragsrecht entwickelt.

Anders als bei Tarifverhandlungen in der freien Wirtschaft, wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, verstehen sich die Kirchen und ihre Betriebe grundsätzlich als christliche Dienstgemeinschaft, in der Arbeitgeber und Mitarbeiter partnerschaftlich am gemeinsamen Verkündigungsauftrag mitwirken. Dieses Leitbild bringt – neben den besagten Loyalitätspflichten – weitere arbeitsrechtliche Besonderheiten mit sich, insbesondere wenn es um die Interessenvertretung der Mitarbeiter geht. Arbeitskämpfe sind dem Verständnis der Kirchen nach unvereinbar mit dem Prinzip der christlichen Dienstgemeinschaft und werden daher ausgeschlossen. Statt gewerkschaftlich organisierten Betriebs- und Personalräten gibt es in Kirchenbetrieben »Mitarbeitervertretungen«, die ein Mitspracherecht haben, aber bei weitem nicht die gleichen Befugnisse wie Betriebsräte. Über Lohnerhöhungen und andere grundlegende Arbeitsvertragsbedingungen verhandeln arbeitsrechtliche Kommissionen, die paritätisch aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gebildet werden und die nach dem Konsensprinzip entscheiden sollen. Kommt keine Entscheidung zustande, werden Schlichter eingeschaltet, deren Urteil verbindlich ist. Vereinbarte Regelungen können anders als im herkömmlichen Tarifvertragssystem nicht einseitig aufgekündigt werden. Das funktionierte über Jahrzehnte hinweg gut.

Kritik und Prozesse In den vergangenen Jahren sind diese kirchlichen Sonderwege jedoch verstärkt Gegenstand öffentlicher Kritik und gerichtlicher Prozesse gewesen. Insbesondere die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi bezichtigt die kirchlichen

Wohlfahrtsverbände der »Lohndrückerei« und fordert ein Streikrecht für Kirchenmitarbeiter. Aufgrund des steigenden Konkurrenzdrucks durch private Anbieter würden auch die kirchlichen Sozialdienste verstärkt auf Ausgründungen und Leiharbeit setzen, um Lohnkosten zu senken, so Verdi. Insbesondere unter dem Dach der Diakonie sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Beschäftigte in Leiharbeitsfirmen ausgelagert oder in niedrigere Gehaltsgruppen eingestuft wurden. Die Kirchen wehren sich vehement gegen solche Vorwürfe.

Ein weiterer Kritikpunkt: Seit den 1990er Jahren ist die finanzielle Eigenbeteiligung der Kirchen an ihren Sozialdiensten immer weiter gesunken. Mittlerweile werden die

meisten Einrichtungen der Caritas und Diakonie komplett aus staatlichen Mitteln finanziert. Das ist im Sinne der Subsidiarität politisch auch so gewollt. Der Staat überträgt seine sozialen Aufgaben an freie Träger und zahlt dafür. In der Regel ist das die günstigere Lösung, als wenn die Kommunen die sozialen Einrichtungen selber aufbauen und verwalten müssten. Kritiker monieren aber, wo der Staat als Auftraggeber und Financier fungiert, müsse er auch die eigenen rechtlichen Standards für Mitarbeiter durchsetzen.

Reaktion der Verbände Trotz Streikverbots organisierte Verdi mehrfach Warnstreiks von Diakonie-Mitarbeitern, woraufhin einzelne diakonische Betriebe und

Landeskirchen im Jahr 2009 vor Gericht zogen. Nach langem Rechtsstreit errang Verdi im November 2012 vor dem Bundesarbeitsgerichts (BAG) einen Teilerfolg. Dem Urteil des Gerichts nach sei der »Dritte Weg« der Kirchen zwar grundsätzlich verfassungskonform. Die Richter forderten die Kirchen aber auf, die Gewerkschaften künftig an den arbeitsrechtlichen Kommissionen zu beteiligen. Ausgehandelte Verträge und Schlichterprüche müssten zudem verbindlich eingehalten werden. Solange dies nicht gewährleistet sei, dürfe Verdi zu weiteren Streiks aufrufen.

Nach dem BAG-Urteil haben die Kirchenverbände entsprechende Neuregelungen beschlossen, die den Gewerkschaften und Mitarbeitervertretungen mehr Mitsprache-

rechte einräumen. Bei der Auslegung ihrer Loyalitätspflichten ist die katholische Kirche nun ebenfalls großzügiger geworden und betont, dass eine Scheidung, Wiederheirat oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft kein zwingender Kündigungsgrund mehr sei. Nur schwerwiegende Loyalitätsverstöße wollen die Kirchen noch ahnden – etwa das Propagieren von Fremdenhass oder den Kirchenaustritt eines aktiven Mitarbeiters. Die EKD ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat in ihrer neuen Richtlinie die Einstellung von kirchenfernen Fachkräften ausdrücklich befürwortet, mit dem Ziel, die multikulturellen Kompetenzen in ihren Betrieben zu fördern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Florian Zimmer-Amrhein

Religion als neuer Schwerpunkt

ENTWICKLUNGSPOLITIK Lokale religiöse Organisationen werden für den Staat als potenzielle Partner immer wichtiger

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller (CSU), ist bekennender Katholik. Das ist nicht bloß eine biografische Randnotiz, wenn man bedenkt, dass unter seiner Führung das Thema Religion zu einem Schwerpunkt in der deutschen Entwicklungspolitik geworden ist.

»Religion kann Brücken bauen und Menschen motivieren, sich für Andere einzusetzen. Dieses Potenzial haben wir viel zu lange vernachlässigt«, wird Müller in einer der vielen Broschüren, die sein Ministerium in den letzten zwei Jahren zum Thema veröffentlicht hat, zitiert. Es sind Worte, die einen gewissen Paradigmenwechsel verkünden. In der Entwicklungszusammenarbeit galt lange die Annahme, dass mit der technischen und sozialen Modernisierung in den Entwicklungsländern automatisch ein Bedeutungsverlust der Religionen einhergehen würde, so wie man es in vielen westlichen Ländern beobachtet hatte.

Steigender Einfluss Viele Studien aus den vergangenen Jahren belegen, dass das nicht der Fall ist. Während die Säkularisierung in den Industrieländern voranschreitet, nimmt der Einfluss von Religion in den ärmsten Regionen der Welt zu. In Nigeria beispielsweise geben 97 Prozent der Bevölkerung an, dass Religion eine wichtige Rolle in ihrem Leben spielt. Ähnlich sieht es in anderen afrikanischen Staaten wie Uganda oder im Kongo, aber auch in Ländern wie Sri Lanka oder Bangladesch aus. Laut des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit

(BMZ) fühlen sich 80 Prozent der Weltbevölkerung einer Religionsgemeinschaft zugehörig. Die internationalen Forschungen zum Thema zeigen auch: Religiöse Institutionen wie Kirchen und Moscheen, aber auch kleinere, religiös motivierte Organisationen genießen in Entwicklungsländern oft ein weitaus größeres Vertrauen in der Bevölkerung als staatliche Behörden oder große internationale Hilfsorganisationen. In manchen Ländern, insbesondere im Subsahara-Raum Afrikas, finanzieren und verwalten religiöse Träger weite Teile des Ge-

STICHWORT

Kirchliche Hilfswerke

> Brot für die Welt ist ein Hilfswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland. Gegründet 1959, unterstützt das Werk aktuell mehr als 1.600 Entwicklungsprojekte und ist in über 90 Ländern aktiv. Im Jahr 2012 fusionierte Brot für die Welt mit dem Bundesverband Diakonie Deutschland zum Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE).

> Misereor ist ein Bischöfliches Hilfswerk der römisch-katholischen Kirche in Deutschland. Es wurde 1958 gegründet und hat über 105.000 Entwicklungsprojekte weltweit unterstützt. Im Rahmen seiner jährlichen Fastenaktion rückt das Werk 2017 Menschen aus Burkina Faso in den Mittelpunkt.

sundheits- und Bildungssystems. Als lokale Akteure sind sie Teil einer Infrastruktur, sind mit den regionalen Gepflogenheiten, der Sprache und den individuellen Bedürfnissen der Menschen vor Ort vertraut und bleiben für diese auch dann ein Ansprechpartner, wenn die internationalen Helfer wieder abgezogen sind. Das alles sind Vorteile, die Müller für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft stärker nutzen möchte.

Mittlerweile hat sein Ministerium eine ganze Reihe an Studien und Projekten initiiert, die ausloten sollen, unter welchen Bedingungen religiöse Akteure vor Ort künftig besser in die Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden können. Seit 2014 gibt es im BMZ eine Task Force zum Thema. Auch die Zivilgesellschaft wurde im Rahmen einer Themengruppe mit an den Tisch geholt. Die staatliche Entwicklungsorganisation Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat den Auftrag bekommen, die Bedeutung von Religion in der Entwicklungszusammenarbeit besser zu erforschen und die eigenen Mitarbeiter für das Thema zu sensibilisieren. Seit Januar 2016 liegt nun auch ein Strategiepapier vor, in dem das BMZ Leitlinien und Maßnahmen für die künftige Arbeit mit religiösen Partner absteckt.

Bei den großen Entwicklungsorganisationen der deutschen Kirchen »Brot für die Welt« und Misereor begrüßt man die Vorstöße des BMZ, äußert aber auch Bedenken. Grundsätzlich sei es gut, dass das BMZ Religion als gesellschaftspolitischen Faktor nun auch systematisch mitdenkt. Seit 1962 ar-

beiten Staat und Kirche bei der Entwicklungshilfe eng zusammen. Im Jahr 2016 unterstützte das BMZ die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke mit 225 Millionen Euro. Weitere Mittel kamen aus verschiedenen Sonderinitiativen hinzu. Bei den damit finanzierten Projekten mischt sich der Staat in die Durchführung nicht ein. Die kirchlichen Hilfswerke arbeiten eigenverantwortlich und sind in diesem Rahmen auch für die Auswahl der zivilgesellschaftlichen Partner vor Ort zuständig.

Grenzen der Kooperation Dass das BMZ nun selbst stärker auf religiöse Akteure zugehen und eigene Partnerschaften knüpfen möchte, sieht man bei den Hilfswerken skeptisch. Dies dürfe nicht dazu führen, dass Religion für staatliche Interessen instrumentalisiert und lokale Partner gegeneinander ausgespielt werden, kritisiert Misereor. Es sei bisher unklar, wo das BMZ die Grenzen der Kooperation zwischen Staat und Religion ziehe. Ein wenig schwingt auch die Befürchtung mit, dass das Ministerium künftig an den Hilfswerken vorbei arbeiten könnte.

Das BMZ versichert dagegen, an der guten Zusammenarbeit mit den Kirchen werde sich nichts ändern. Die neuen Vorhaben stünden nicht in Konkurrenz zu deren Arbeit, sondern seien zusätzliche Anstrengungen. Diese seien nötig, wenn man die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung erreichen wolle, die die Vereinten Nationen 2015 beschlossen hat und die unter anderem vorsieht, extreme Armut und Hunger bis 2030 weltweit zu beenden. fza



»Uns verbindet mehr als uns trennt«

INTERVIEW Die Prälaten Martin Dutzmann und Karl Jüsten vertreten die Interessen der Kirchen im politischen Berlin. Und setzen dabei auf die Gemeinsamkeiten beider Konfessionen

Deutschland blickt in diesem Jahr zurück auf 500 Jahre Reformation. Herr Dutzmann, welches Gefühl überwiegt? Freude oder Trauer über die bis heute anhaltende Kirchenspaltung?

Dutzmann: Es existieren beide Gefühle. Für einen evangelischen Christen ist die Erinnerung an die Reformation natürlich zunächst positiv besetzt. Die Reformatoren haben Hindernisse beiseite geräumt, die den Menschen damals den Weg zum Evangelium verstellten. Das ist von bleibender Bedeutung. Gleichwohl führte die Reformation zu einer Kirchenspaltung, auch wenn Martin Luther dies nicht gewollt hat. Er wollte seine katholische Kirche reformieren. Die Spaltung hat Kriege und viel Leid verursacht. Im Vergleich zu früheren Jubiläen sehen wir heute deutlicher die Schattenseiten der Reformation. Als ein Beispiel nenne ich auch Luthers Einstellung zu den Juden, die 1523 zunächst noch von Zuneigung bestimmt war, 20 Jahre später aber in einer fürchterlichen Schrift mündete und auf die sich später Antisemiten und Nationalsozialisten bezogen.

Wie blickt der Katholik auf Luther, Herr Jüsten?

Jüsten: Die Motivation Luthers war eindeutig die Reformation der katholischen Kirche. Das hat auch Papst Franziskus während des ökumenischen Gottesdienstes im schwedischen Lund Ende Oktober vergangenen Jahres noch einmal betont. Natürlich ist die Spaltung der westlichen Kirche ein Hindernis für die Christenheit. Deshalb bin ich froh, dass die evangelische Kirche uns eingeladen hat, das Reformationsgedenken gemeinsam zu begehen und aufeinander zuzugehen. In diesem Sinne ist es dann auch ein Grund zum Feiern.

Gerade in Deutschland äußern viele Christen dezidiert den Wunsch, die Kirchenspaltung zu überwinden. Wird es von den Kirchenführungen immer mit Wohlwollen betrachtet, wenn die Basis dabei mitunter weitergeht als offiziell vorgesehen, beispielsweise wenn Protestanten an einer katholischen Eucharistiefeier teilnehmen?

Jüsten: Es gibt immer noch theologische Differenzen, etwa bei der Eucharistie oder dem Amts- und Kirchenverständnis. An diesen Punkten haben unsere Theologen auf beiden Seiten noch viele Hausaufgaben zu erledigen und müssen auch über den eigenen Schatten springen. Es ist in der ökumenischen Bewegung aber auch schon viel geschehen. Die Rechtfertigungslehre, die zu den Grundpfeilern der Reformation gehört, ist beispielsweise kein Anlass mehr für die Kirchenspaltung. Deshalb bin ich froh, dass wir auch in anderen Fragen weiterkommen. Es war auch in beiden Kirchen schon immer so, dass die Glaubenspraxis an der Basis vieles vorgelebt hat, was das Lehramt später vollzogen hat. Umgekehrt ist es aber die Aufgabe des Lehramtes, für eine gute Theologie abseits von Formelkompromissen zu sorgen, an die niemand wirklich glaubt. Dies kann natürlich auch zu dauerhaften Wunden in der Ökumene führen.

Dutzmann: In den vergangenen 50 Jahren seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist in der Ökumene mehr bewegt worden als in den 450 Jahren davor. Es verbindet uns erheblich mehr als uns trennt. Auch im politischen Berlin tragen die beiden Kirchen ihre relevanten Anliegen überwiegend und gern gemeinsam vor.

Bundestagspräsident Norbert Lam-

mert hat die Kirchenspaltung wiederholt scharf kritisiert. Verantwortlich dafür seien auch die Kirchen, die sich „für wichtiger als den Zweck, für den sie existieren“ hielten. Ist dieser Vorwurf gerechtfertigt?

Dutzmann: Wie Prälat Jüsten eben schon sagte, müssen wir Dinge, die wir theologisch tun, auch theologisch verantworten. Das braucht Zeit – so viel Sympathie ich für das Drängen nach Gemeinschaft auch habe.

Was meint Ökumene konkret? Reden wir über eine Art der Wiedervereinigung der beiden Kirchen oder doch eher von guter Zusammenarbeit im Zeichen des gemeinsamen Glaubens?

Dutzmann: Wir hatten in der evangelischen Kirche mit ihren unterschiedlichen Traditionen lange Zeit keine Abendmahlsgemeinschaft zwischen Lutheranern und Reformierten. Mit der so genannten Leuenberger Konkordie wurde erst 1973 die Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft zwischen lutherischen, reformierten und unierten Kirchen in Europa auf den Weg gebracht. Dafür erwies sich die Formel von der „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ als tragfähig. Vielleicht ist sie ja auch geeignet, das Verhältnis zwischen evangelischer und römisch-katholischer Kirche zu beschreiben.

„In den vergangenen 50 Jahren seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist in der Ökumene mehr bewegt worden als in den 450 Jahren davor.“

Prälat Martin Dutzmann

Jüsten: Ich glaube nicht, dass ein ernstzunehmender Ökumeniker heute eine Vereinigung der Kirchen im Stile einer Verhandlung herbeiführen möchte. Der Weg, der uns gewiesen ist, ist ein anderer. Und den hat Papst Benedikt XVI. während seines Deutschlandbesuches gut auf den Punkt gebracht, als er sagte, wir müssen gemeinsam Jesus Christus mehr entdecken in unserem Leben und in unseren Kirchen. In Deutschland kommt zudem der Gedanke manchmal zu kurz, dass es ja nicht nur eine Ökumene zwischen der katholischen und evangelischen Kirche gibt. In Nordamerika und Afrika kommt es aktuell immer wieder zu Abspaltungen von der evangelischen Kirche mit den pentakostalen Kirchen und den Freikirchen. Hinzu kommt das große Schisma zwischen der Westkirche und der orthodoxen Ostkirche. Und im Nahen Osten haben sich die altorientalischen Kirchen von Anfang an selbstständig ausgebildet. Außerdem gibt es noch die Anglikanische Kirche sowie zahlreiche Episkopalkirchen, die Altkatholiken und viele andere kirchliche Gemeinschaften. Wenn wir mit all diesen christlichen Kirchen zusammenkommen wollen, dann kann der Weg zur Einheit nur über Jesus Christus führen.

Bei großen christlichen Kirchen leiden seit Jahren unter einer großen Zahl von Austritten. Bei Gründung der Bundesrepublik waren noch 96 Prozent der



Der katholische Prälat Karl Jüsten (l.) und sein protestantischer Kollege Martin Dutzmann.

© Florian Gaertner/photothek.net

Westdeutschen Kirchenmitglieder. Heute sind es im wiedervereinigten Deutschland gerade noch 56 Prozent. Ist Deutschland noch ein christliches Land oder doch schon eher ein laizistisches?

Jüsten: Nicht jeder Mensch, der aus der Kirche austritt, ist deshalb automatisch kein Christ mehr. Wenn er getauft wurde, bleibt er nach unserem Verständnis auch nach einem Kirchenaustritt Christ. Ich glaube, dass deutlich mehr Menschen weiterhin in der Tradition beider Kirchen stehen, auch wenn sie ausgetreten sind. Darüber hinaus prägt der christliche Glaube unser Land weit über die Konfessionsgrenzen hinaus. Deutschland hat aber mit dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus zwei antichristliche Diktaturen erlebt, die den größten Aderlass für beide Kirchen darstellten. Hinzu kommt ein Säkularisierungsschub, der je nach Lesart bereits im 19. Jahrhundert oder mit der 68-Bewegung einsetzte und bis heute anhält.

Dutzmann: Die Entwicklung gibt durchaus Anlass zur Sorge. Die evangelische Kirche führt alle zehn Jahre eine Kirchmitgliedschaftsuntersuchung durch. Die letzte Untersuchung hat sehr deutlich gezeigt, dass die selbstverständliche Weitergabe des Glaubens in den Familien weitgehend unterbrochen ist. Auch in Freundeskreisen sind Religion und Glaube kaum noch Thema. Besorgniserregend für uns ist vor allem, wenn selbst Kinder aus evangelischen Elternhäusern nicht mehr getauft werden.

Dieses Schicksal teilen sie mit den politischen Parteien. Die verlieren auch immer mehr Mitglieder, obwohl die Menschen nicht apolitisch sind. Es stellt sich also die Systemfrage, oder?

Jüsten: Ja, wir erleben eine große Krise der großen Institutionen. Betroffen sind nicht nur die Kirchen, sondern eben auch Parteien und Gewerkschaften. Selbst die Institutionen des Rechtsstaates erleiden einen

Vertrauensverlust. Und alle Institutionen müssen sich fragen, warum sie die Bindung zu den Menschen nicht mehr wie früher halten können. Aber die Menschen müssen sich umgekehrt fragen, was sie alles verlieren, wenn sie diese Bindungen aufgeben, was Arbeitnehmer beispielsweise verlieren, wenn keine starken Gewerkschaften mehr ihre Interessen vertreten oder was die Gesellschaft insgesamt verliert, wenn die großen Volksparteien ihre prägende und integrierende Kraft verlieren.

Woran liegt es bei den Kirchen? Kommt die christliche Botschaft bei den Menschen nicht mehr an? Oder liegt es an den Botschaftern, dem „Bodenpersonal“ Gottes?

Dutzmann: Ich sehe für die evangelische Kirche mindestens zwei Gründe. Zum einen: Zum christlichen Menschenbild gehört, dass der Mensch als unendlich wertvoll und zugleich als unvollkommen wahr-

ZUR PERSON

Prälat Karl Jüsten
Der katholische Priester, geboren 1961 in Bad Honnef, leitet seit März 2000 das Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin.

Prälat Martin Dutzmann
Der evangelische Theologe, geboren 1956 in Essen, ist seit Oktober 2013 Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.

genommen wird. Mit der Akzeptanz von Unvollkommenheit, Endlichkeit und Zerbrechlichkeit tun sich die Menschen heute schwerer als früher. Zum andern: Nach evangelischem Verständnis steht der Mensch als Einzelner vor Gott. Nicht wenige evangelische Christen halten deshalb den Glauben für eine Privatangelegenheit, die ohne die Kirche auskommt. Natürlich muss die christliche Botschaft elementar und wirklichkeitsbezogen verkündet werden, was manchmal hervorragend und manchmal weniger überzeugend gelingt.

Jüsten: Weltweit ist das Christentum die am stärksten wachsende Religion, und die Menschen erkennen in Jesus Christus die faszinierendste Gestalt. Das zeigt, dass die Botschaft noch immer ankommt. Richtig ist, dass Glaube immer über Personen vermittelt wird. Das fängt in der Kindheit an. Das können die Eltern sein, Seelsorger oder Religionslehrer. Wir haben heute wahrscheinlich den besten Religionsunterricht, der jemals erteilt wurde, weil er ständig unter Legitimationsdruck steht. Das einzige Fach, das Schüler aber abwählen können, ist der Religionsunterricht. Dass wir Probleme haben, steht außer Frage.

Weltweit wächst das Christentum, in Europa aber nicht. Vor allem in armen Ländern zieht es die Menschen in die Kirchen. Würde in Europa die soziale Frage vernachlässigt zugunsten der Frage, wie sich die Menschen in ihrem Schlafzimmer zu verhalten haben?

Jüsten: Die soziale Frage steht in der katholischen Kirche seit dem 19. Jahrhundert auf der Tagesordnung. Uns wird doch oftmals eher der Vorwurf gemacht, dass wir die soziale Frage zu oft hervorheben, zu sehr politisieren und uns mit innerweltlichen Themen auseinandersetzen. Relevant ist es, zu vermitteln, dass der Glaube eine persönliche Relevanz für die Menschen hat und keine Moralanstalt in Fragen der Sexualität ist. Religion muss eine Antwort auf die Frage nach der Wahrheit des Lebens geben.

Gibt es denn politische Fragen, aus denen sich die Kirche besser heraushalten sollte? Oder darf sie immer den Finger heben?

Dutzmann: Sie hat mitunter sogar die Pflicht dazu. Das lässt sich aus dem christlichen Glauben ableiten: Weil wir daran glauben, dass Gott durch die Geburt von Jesus Christus Mensch geworden ist, kann es uns nicht egal sein, wie es den Menschen in dieser Welt geht. Wenn wir uns dann zu Wort melden, muss allerdings erkennbar sein, warum wir das als Kirche tun, und es muss nachvollziehbar argumentiert werden. Dabei wollen wir Kirche und Staat getrennt sehen. Es ist nicht Aufgabe der Kirchen, Politik zu machen. **Jüsten:** Kirche und Politik haben den Menschen gleichermaßen im Blick. Die Politik will Gesetze für die Menschen und das Gemeinwohl machen. Und wenn wir eine politische Entscheidung aus christlichen Gründen nicht mittragen können, dann sagen wir das, wie etwa beispielsweise in unserer gemeinsamen Stellungnahme zu den Rüstungsexporten.

Das Interview führten Jörg Biallas und Alexander Weinlein. ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Was sie eint, was sie trennt

ÖKUMENE I Katholische und evangelische Kirche kooperieren erfolgreich. Doch grundsätzliche Differenzen über Priesteramt, Abendmahl und Kirchenverfassung bleiben bestehen

Das 500-jährige Reformationsjubiläum ruft nicht nur viele positive Impulse in Erinnerung, die aus der Reformation im 16. Jahrhundert hervorgingen. Ein Blick fällt auch auf die Konflikte, die mit dem reformatorischen Aufbruch in eine neue Zeit einhergingen. Menschen wurden wegen ihrer anderen Konfession unterdrückt, verfolgt, vertrieben oder gar getötet. Diese Ereignisse haben wiederum Narrative hervorgebracht, die bis in die Gegenwart die Wahrnehmung der jeweils anderen Konfession einseitig prägen. Unter der Überschrift „Erinnerung heilen – Jesus Christus bezeugen“ haben die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die katholische Deutsche Bischofskonferenz 2016 deshalb eine gemeinsame Studie publiziert, die der wechselseitigen Vergebung der Schuld und des Leids dienen soll, die in der Geschichte der Konfessionalisierung Europas entstanden sind. Die Deutsche Bischofskonferenz und die EKD sehen im Jubiläumsjahr den Zeitpunkt für eine Heilung dieser belastenden Erinnerung gekommen.

Kooperation in Deutschland Trotz ihrer Konfliktgeschichte praktizieren die evangelischen Kirchen und die katholische Kirche

in Deutschland schon seit vielen Jahrzehnten vertrauensvolle Kooperationen. Dazu gehören Begegnungen der Kirchenleitungen, theologische Dialoge und vielfache Begegnungen evangelischer und katholischer Kirchengemeinden vor Ort. Dennoch sind in Deutschland die Erwartungen an eine irgendwann erfolgende Heilung der vor 500 Jahren erfolgten Kirchenspaltung besonders hoch. Anders als beispielsweise in Skandinavien oder in den romanischen Ländern ist Deutschland ein konfessioneller Flickenteppich. Das Bild von der Spaltung der Kirche suggeriert dabei, dass etwas gewaltsam gespalten wurde, was nun heilend wieder zusammengebracht und homogenisiert werden sollte. Im Gegensatz dazu wird die Reformation von anderen Zeitgenossen als ein erfreulicher Pluralisierungsprozess interpretiert. Demnach wird durch die Reformation deutlich, dass das Christentum gar keine einheitliche Organisationsform anstrebt, sondern sich als Bewegung in vielfältigen Organisationsformen entfalten will.

In Deutschland sind die Erwartungen an eine Heilung der Spaltung hoch.

Die Frage, wie die Einheit der Kirche aussehen soll, gehört ohnehin zu den strittigsten und unklarsten Themen in den evangelisch-katholischen Dialogen. In der katholischen Kirche ist das Modell der Unionskirchen am populärsten, auf evangelischer Seite das Modell der „Einheit in versöhnter



Papst Franziskus (l.) und Pfarrer Martin Junge, Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, bei den Feierlichkeiten zum Reformationsjubiläum im schwedischen Lund am 31. Oktober 2016
© picture-alliance/AP Photo

Verschiedenheit“. Eine gemeinsame Auffassung ist aktuell nicht absehbar. Lutheraner und Katholiken haben aber inzwischen gelernt, dass sie mehr verbindet als trennt. Zum Auftakt des Jubiläumjahres am 31. Oktober 2016 im schwedischen Lund konnten der Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB), Bischof Munib Younan, und Papst Franziskus auf 50 Jahre intensiven bilateralen Dialog zurückblicken. Dieser Dialog war eine Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils. Dort war die katholische Kirche von der Exklusivität ihres Wahrheitsanspruchs abgerückt und hatte sich zudem die Wiederherstellung der Einheit aller Christen zu einer ihrer Hauptaufgaben gemacht. 1967 wurde von der katholischen Kirche dann der erste theologische Dialog auf Weltebene mit dem LWB aufgenommen. Dialoge mit der Methodistischen Kirche, dem Reformierten Weltbund und der Anglikanischen Kirche folgten. In Deutschland war bereits 1946 der später dann so genannte „Ökumenische Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen“ (ÖAK) initiiert worden. Dieser Arbeitskreis hat mit seinen wissenschaftlichen Untersuchungen mit einer ganzen Reihe wechselseitiger theologischer Verurteilungen aufgeräumt und zur ökumenischen Verständigung über zentrale theologische Themen beigetragen. Allerdings sind einige der verbleibenden Differenzen von ganz grundsätzlicher Art. Eine ökumenische Annäherung ist bei ihnen nicht zu erwarten. Die für die Öffent-

lichkeit sichtbarste Differenz betrifft das Priesteramt. Die evangelischen Kirchen in Deutschland ordnen Männer und Frauen ins Pfarramt, während in der katholischen Kirche nur Männer zu Priestern geweiht werden können. Dasselbe gilt für das Bischofsamt.

Differenz beim Abendmahl Mit der sehr unterschiedlichen Bedeutung des Priester- und Bischofsamtes hängen die grundsätzlichen Differenzen zusammen, die einer Abendmahls- beziehungsweise Eucharistiegemeinschaft von evangelischen und katholischen Christen im Wege stehen. Zwar liegen das evangelische und das katholische Verständnis des Abendmahls beziehungsweise der Eucharistie sachlich kaum auseinander. Doch aus katholischer Sicht erfüllen evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer nicht die Bedingungen des Priesteramtes und können deshalb keine Eucharistiefeiern durchführen. Zudem darf an katholischen Eucharistiefeiern nur teilnehmen, wer als Mitglied der katholischen Kirche den vollen katholischen Glauben teilt. Zu evangelischen Abendmahlsfeiern sind alle eingeladen, die in irgendeiner christlichen Kirche getauft worden sind. Selbst moderatere Vorschläge einer wechselseitigen eucharistischen Gastfreundschaft bei familiären Feiern oder der Begegnung von evangelischen und katholischen Kirchengemeinden werden von der katholischen Kirche meist gleich verworfen. Die grundsätzlichen Differenzen setzen sich fort beim Verständnis der Kirche über-

haupt. Offensichtlich ist dies bei den Kirchenverfassungen. In evangelischen Kirchen liegt die gesamte Kirchengewalt bei den Synoden, in denen Laien (Nicht-Geistliche) die deutliche Mehrheit haben. Zudem sind die meisten evangelischen Kirchen – insbesondere die lutherischen – strikt gewaltenteilig verfasst. Entsprechende Änderungen sind derzeit bei der katholischen Kirche nicht vorstellbar. Umgekehrt ist aus evangelischer Sicht eine Akzeptanz des Papstamtes nicht denkbar. Aus evangelischer Sicht ist es zudem besonders irritierend, dass die katholische Kirche die evangelischen Kirchen nicht wirklich als Kirchen betrachtet und als gleichwertige Organisationen anerkennt.

Globaler Blick Es könnte im Jubiläumsjahr hilfreich sein, den Blick über Deutschland und über das evangelisch-katholische Verhältnis hinaus auf die globale ökumenische Bewegung zu richten. Deren zentrale Institution ist der 1948 gegründete Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), der heute 348 Mitgliedskirchen hat. Leider hat sich die römisch-katholische Kirche einer Beteiligung am ÖRK verweigert, weil die Idee eines gemeinsamen Forums aller gleichberechtigten christlichen Kirchen der Welt ihrem eigenen globalen Anspruch widerstreitet. Die globale ökumenische Bewegung spie-

gelt sich freilich auch schon innerhalb Deutschlands wider. Unter den Flüchtlingen, die in den vergangenen Jahren nach Deutschlands gekommen sind, sind auch Christen, die beispielsweise zur altorientalischen Syrisch-Orthodoxen Kirche gehören. Es gehört zur ökumenischen Kooperation, dass evangelische und katholische Kirchengemeinden syrisch-orthodoxe Christen und Gemeinden willkommen heißen und ihnen ihre Räumlichkeiten für ihre Gottesdienste und Begegnungen zur Verfügung stellen. Ganz ähnlich wurde mit orthodoxen Gemeinden verfahren. Selbiges gilt im Blick auf viele andere christliche Migrationsgemeinden, seien es asiatische, afrikanische oder südamerikanische. Diese reichhaltige Ökumene in Deutschland zeigt, dass christliche Kirchen trotz aller Unterschiede höchst produktiv miteinander kooperieren und so ihre Einheit auch ohne eine gemeinsame Organisationsform zum Ausdruck bringen. *Hans-Peter GrobHans II*

Die globale ökumenische Bewegung spiegelt sich in der Bundesrepublik wider.

Der Autor ist Professor für Systematische Theologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster. Er leitet das Institut für Ökumenische Theologie und ist Mitglied des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ an der Universität Münster.

Gefährdete Gemeinschaft im Leipziger Westen

ÖKUMENE II Ausgerechnet zu DDR-Zeiten entstand in Leipzig-Grünau ein Musterbeispiel gelebter Zusammenarbeit der Kirchengemeinden

Im Leipziger Stadtteil Grünau läutet der Kirchturm für Katholiken und Protestanten gleichermaßen. Wenn am Sonntag die Glocken zum Gottesdienst rufen, strömen die Mitglieder gleich zweier Gemeinden herbei. Die evangelisch-lutherische Pauluskirche und die katholische Sankt-Martinskirche stehen in direkter Nachbarschaft, kaum 100 Meter entfernt voneinander, am Rande einer der größten Plattenbausiedlungen Ostdeutschlands. Auch das gemeinsame Wappen am Eingang beider Kirchen – zwei Fische, die sich schwimmend umkreisen – hat eine klare Botschaft: Die Grünauer Christen gehören zusammen. Sonntag, 10 Uhr, Ortsbesuch in der katholischen Sankt-Martins-Kirche. Pfarrer Eberhard Thieme erwartet ein volles Haus, die Kirche ist bis auf den letzten Platz besetzt. Die Gemeinde verabschiedet die langjährige Leiterin des christlichen Kindergartens. Die Trägerschaft des Kindergartens liegt zwar bei der Sankt-Martins-Gemeinde, die Kinderbetreuung findet aber überkonfes-

sionell statt. Insbesondere sind es die Nachbarn aus der Paulus-Gemeinde, die das Betreuungsangebot mitnutzen.

Etwa zur selben Zeit tritt nebenan in der Pauluskirche Pfarrer Matthias Möbius vor seine Gemeinde. Möbius kam 1985 als junger Vikar nach Grünau und ist heute der letzte von einst drei evangelischen Pfarrern vor Ort. Fragt man ihn nach den Gründen dafür, warum die Grünauer Christen enger verbandelt sind als anderswo, verweist er auf die noch junge Gründungsgeschichte der beiden Gemeinden. „Kirchenarbeit in Grünau war von Anfang an ökumenisch“, sagt Möbius.

Das war angesichts der damaligen politischen Umstände auch kaum anders möglich. In der DDR hatten Christen einen schweren Stand. Wer sich offen zu Gott und Kirche bekannte, musste Repressionen fürchten. Mitte der 1970er Jahre entspannte sich das Verhältnis zwischen Staatsmacht und Kirchen aber zeitweilig. Zum einen, weil vor allem die evangelische Kirche unter dem Motto „Kirche im Sozialismus“ der SED-Führung

die Hand reichte. Zum anderen entdeckte der klemme Staatsapparat die Kirchen als Devisenquelle für Westgeld. Das wurde unter anderem dringend benötigt, um die Wohnungsnot in der DDR in den Griff zu bekommen.

Eines der größten Neubauprojekte in der DDR war Leipzig-Grünau. 1976 wurde der erste Grundstein auf den Äckern im Leipziger Westen gelegt, drei Jahre später lebten bereits 16.000 Menschen hier, bis zur Wende sollten es 90.000 werden. Unter strengen Auflagen erlaubte der Staat auch den Kirchen, in den Neubaugebieten zu bauen. „Neue Kirchen für neue Städte“ lautete die Losung des Sonderbauprogramms, das sich als gutes Geschäft für den Staat entpuppte. Allein die Evan-

„Kirchenarbeit in Leipzig-Grünau war von Anfang an ökumenisch.“

Matthias Möbius, evangelischer Pfarrer

gelische Kirche in Westdeutschland habe damals zehn Millionen D-Mark für zehn neue Gotteshäuser in den Osten überwiesen, erzählt Pfarrer Möbius. Die DDR tauschte das Geld eins zu eins in Ostmark um und behielt den Differenzwert ein. Im Grünauer Siedlungsgebiet mussten sich die Christen erst einmal finden. Kaum wa-

ren die ersten Wohnblöcke gebaut, wurden eine ökumenische Planungsgruppe, Hauskreise und Besuchsdienste ins Leben gerufen. Katholiken und Protestanten gingen gemeinsam von Tür zu Tür, notierten Kirchenmitglieder und Sympathisanten. „Die ursprüngliche Idee war es, eine gemeinsame Kirche zu bauen, mit zwei Sakralräumen, die durch Gemeinschaftsräume verbunden sind“, erzählt Möbius. Dass es mit einer solchen Simultankirche in Grünau nicht geklappt hat, bedauert Möbius bis heute. Letztlich sei es am Willen der Landeskirchen gescheitert, die eine gemeinsame Finanzierung abgelehnt hätten.

Schlüssel überreicht 1983 wurde die Pauluskirche geweiht, zwei Jahre später die Sankt-Martins-Kirche. Gleich beim ersten Gottesdienst in der Sankt-Martins-Kirche überreichten sich die damaligen Pfarrer feierlich die Schlüssel ihrer Kirchen. Das damalige Credo „Mein Haus ist Dein Haus“ hat bis heute Bestand. So feiert die Pauluskirche beispielsweise ihren Hauptgottesdienst am Heiligabend traditionell in der größeren Sankt-Martins-Kirche. Für die Chorproben oder die zahlreichen ökumenischen Veranstaltungen, über die das gemeinsame Gemeindeblatt informiert, weicht man dafür auf die Pauluskirche aus.



Eberhard Thieme (l.) und Matthias Möbius vor dem gemeinsamen Kirchturm

Matthias Möbius und Eberhard Thieme betonen allerdings auch: Längst nicht alle Gemeindeglieder seien überzeugte Ökumeniker. Es sei vielmehr ein enger Kreis an Engagierten, der das gemeinsame Programm am Leben halte. Zudem würden die weiterhin bestehenden theologischen Differenzen zwischen den beiden Konfessionen zuweilen eine engere Zusammenarbeit verhindern, auch wenn die im Gemeindeleben kaum eine Rolle spielen. Gern würden die Pfarrer in ihren ökumenischen Gottesdiensten gemeinsam das Abendmahl feiern. Doch das scheitert bis-

her am Votum der katholischen Kirche, nach deren Selbstverständnis nur römisch-katholisch ordinierte Priester die Sakramente spenden dürfen.

Seit der Wende haben der Stadtteil und seine Kirchen dramatische Veränderungen durchlebt. Die Bevölkerung schrumpfte auf weniger als die Hälfte, und mit ihr auch die Gemeinden – die Pauluskirche von rund 6.000 Mitgliedern auf 2.760, die Sankt-Martins-Gemeinde von 2.000 auf 1.200. Die Grünauer Christen, die dageblieben sind, sind mittlerweile alt geworden. Neben dem weiterhin überproportionalen Leerstand hat Grünau zunehmend ein Altersproblem.

Den Gemeinden stehen einschneidende Strukturereformen bevor. Eberhard Thiemes Pfarrei wurde bereits mit einer anderen zusammengelagert. Bald sollen weitere Fusionen folgen. Dasselbe Schicksal könnte auch Matthias Möbius ereilen. Schon jetzt komme er mit der dringend benötigten Seelsorge in den Seniorenheimen nicht mehr hinterher. Er fordert: Nicht nur die Politik, auch die nationalen Kirchenverbände müssten sich Grünau wieder stärker zuwenden. Um dem aktuellen Wandel zu trotzen, müssen die Grünauer Christen mehr denn je zusammenrücken. *Florian Zimmer-Amrhein II*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Verwandtschaft und Differenz

INTERRELIGIÖSER DIALOG Der Austausch zwischen Juden, Christen und Moslems braucht Interesse füreinander

Es hilft nicht viel weiter, die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen des Dialogs zwischen Judentum, Christentum und Islam abstrakt zu stellen, losgelöst von der Geschichte und vor allem von der aktuellen Situation der drei monotheistischen Religionen. Hier gilt: Die Zeichen stehen derzeit eher auf Konflikt denn auf Religionsfrieden und Dialog. Im weltweiten Islam haben vielerorts Strömungen an Einfluss gewonnen, die unter Parolen wie „Der Islam ist die Lösung“ die eigene Religion und Tradition kompromisslos eng auslegen und teilweise Gewaltanwendung gegen „Ungläubige“ legitimieren. Als Reaktion darauf herrscht in Europa, wo die Muslime inzwischen in vielen Ländern ansehnliche religiöse Minderheiten bilden, oft ein Generalverdacht gegen den Islam, dem prinzipielle Unverträglichkeit mit einer freiheitlich-demokratischen Ordnung oder sogar Eroberungsabsichten unterstellt werden. Man will das „christliche Abendland“ retten und hält Christen, die sich um einen Dialog mit dem Islam bemühen, Naivität angesichts einer vermeintlichen islamischen Bedrohung vor.

Die Zeichen stehen derzeit eher auf Konflikt denn auf Dialog.

Innerhalb der Weltchristenheit wiederum gibt es vor allem eine „Wachstumsbranche“, nämlich die Pfingstbewegung und die von ihr geprägten Kirchen und Gemeinschaften. Das gilt für Asien und Afrika wie für Lateinamerika, weniger allerdings für Europa. Es gehört zu den Kennzeichen dieser Bewegung, dass sie im Verhältnis zu anderen Religionen in erster Linie auf Missionierung und Bekehrung setzt und für Dialog mit Nichtchristen entsprechend wenig übrig hat. Die katholische Kirche, mit weitem Abstand die mitgliederstärkste christliche Gemeinschaft und weltweit verbreitet, hat dagegen an ihrer offiziellen Dialogbereitschaft gegenüber dem Judentum wie dem Islam, zu der sie sich in der epochenmachenden Erklärung über die nichtchristlichen Religionen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) bekehrt hat, nichts geändert. Auf der gleichen Linie bewegen sich weitgehend auch die protestantischen Traditionskirchen in Europa: So hat etwa die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) bei ihrer jüngsten Synodaltagung eine Erklärung verabschiedet, die der „Judenmission“ eine unmissverständliche Absage erteilt. Das Judentum ist die kleinste und gleichzeitig die älteste der drei monotheistischen

Religionen. Sowohl Christentum wie Islam sind im 1. beziehungsweise 7. Jahrhundert maßgeblich in Auseinandersetzung mit dem jüdischen Erbe und seinen Vertretern entstanden. Als religiöser Minderheit erging es Juden über Jahrhunderte hinweg in der islamischen Welt, etwa im Osmanischen Reich, besser als im christlichen Abendland. Im traditionell christlich geprägten Europa wurde von den Nationalsozialisten der Holocaust ins Werk gesetzt. Allerdings ist das Verhältnis zwischen Judentum und Islam schon seit Jahrzehnten und auch aktuell vor allem durch den ungelösten Konflikt um Palästina belastet, in den der jüdische Staat Israel verwickelt ist. Juden in Europa machen sich Sorgen wegen einer neuen, von Muslimen getragenen Welle des Antisemitismus.

Unabhängig von aktuellen Konstellationen im Verhältnis von Judentum, Christentum

und Islam gilt: Es ist nicht unproblematisch, von Monotheismus als gemeinsamer Grundlage der drei Religionen zu sprechen. Das Bekenntnis zu dem einen Gott hat nämlich jeweils eine ganz spezifische Färbung. Das wird beim Blick auf das Christentum besonders deutlich. Schließlich gewannen die Christen der Antike sehr bald die Überzeugung, dass der gekreuzigte und auferstandene Jesus von Nazareth auf einzigartige Weise in die Sphäre Gottes gehört, und entwickelten so die Lehre vom dreieinigen Gott, vom einen Wesen Gottes in drei „Personen“, nämlich Vater, Sohn und Heiliger Geist. Diese trinitarische Gottesvorstellung ist ein christliches Alleinstellungsmerkmal und bildet für Juden wie für Muslime dementsprechend einen gewaltigen Stolperstein und einen Verstoß gegen den Glauben an den einen Gott. Dagegen gehört für Muslime zum Bekenntnis zu dem einen Gott untrennbar die Überzeugung, dass Muhammad der Gesandte Gottes ist. Außerdem ist für sie der Koran in einem stärkeren Maß ewiges Wort Gottes als die Bibel für Christen. Nach traditioneller jüdischer Auffassung wiederum hat sich der eine und einzige Gott in besonderem Maß an das Volk Israel gebunden und ihm sein Gesetz als verbindliche Richtschnur gegeben.

Fest etabliert Gerade dieses Nebeneinander von Verwandtschaft und Differenz nicht zuletzt in den Vorstellungen über Gott und sein Handeln macht den theologischen Dialog zwischen den drei Religionen zu einem durchaus heiklen Unterfangen. Für den christlich-jüdischen Dialog kommt noch dazu, dass er sich seit dem Holocaust immer im Horizont dieser massiven Zäsur abspielt und von der christlichen Seite eine entsprechende Sensibilität gefordert ist. Trotz aller Schwierigkeiten ist aber der Dialog zwischen Juden und Christen nicht zuletzt in Deutschland fest etabliert, wie sich etwa bei den Evangelischen Kirchentagen und den Deutschen Katholikentagen mit ihren Programmangeboten zeigt. Zumindest punktuell gibt es hierzu inzwischen auch ermutigende Bemühungen um das theologische Gespräch zwischen Christen und Muslimen, beispielsweise unter der Ägide der Katholischen Akademie des Bistums Rottenburg-Stuttgart. Kompetente und geschäftsfähige

Partner für einen solchen Dialog findet man allerdings nicht gerade auf der Straße, nicht nur was den Islam betrifft.

Andere Strukturen Die drei monotheistischen Religionen sind als Gemeinschaften sehr unterschiedlich strukturiert. Nur das Christentum verfügt neben einer Vielzahl freier Gemeinschaften über die Form der Kirche mit festen Ämtern und Instanzen, wenn auch in unterschiedlichen konfessionellen Ausprägungen. Das Judentum kennt nur lockere Dachorganisationen für seine verschiedenen Strömungen; im Islam gibt es keine verbindliche Autorität und auch kein autoritatives Lehramt. Das wirkt sich natürlich auch beim Thema interreligiöser Dialog aus. Zu entsprechenden Beschlüs-

sen von evangelischen Synoden oder gar eines katholischen Ökumenischen Konzils, die die Richtung für eine ganze Kirche festlegen können, gibt es auf jüdischer wie auf islamischer Seite keine Parallelen. Dort hängen Möglichkeiten und Grenzen eines Dialogs stärker von Einzelpersonlichkeiten ab, die unter Umständen in der eigenen Gemeinschaft Außenseiter oder einsame Vorreiter sind – allerdings können im christlichen Bereich Beschlüsse kirchenleitender Gremien nicht garantieren, dass deren Inhalt in der Breite der Mitglieder auch akzeptiert und umgesetzt werden. Das Verhältnis der drei Religionen zueinander entscheidet sich letztlich weder auf der Ebene ihrer Führungspersonlichkeiten noch auf der der Fachtheologen, sondern



Die heiligen Schriften der drei Buchreligionen: Bibel, Thora und der Koran, in einem Regal vereint.

© picture-alliance/dfa

Begrenzter Königsschutz

JUDEN Über Jahrhunderte wurde die Minderheit in Deutschland immer wieder verfolgt

Die Anfänge jüdischen Lebens in Deutschland verliefen keineswegs ungetrübt. Vor den zunehmenden Auseinandersetzungen im Mittelmeerraum zwischen Byzantinern, Lateinern und Muslimen hatten die Angehörigen der Minderheit Schutz im Bereich der aufstrebenden fränkischen Könige und ihrer Nachfolger im Norden gesucht. 937 ließ der Mainzer Erzbischof Friedrich prüfen, ob es ihm anstehe, Juden zu dulden oder ob sie zur Taufe gedrängt beziehungsweise vertrieben werden sollten. Auf der anderen Seite erklärte der Speyerer Bischof Rüdiger einige Generationen später, im Jahr 1084, er habe Juden zur Hebung der Ehre seines Sitzes, den er zu einer Stadt ausbauen wollte, angesiedelt. Offensichtlich erhoffte er sich, wie auch andere bischöflichen Stadtherren an Rhein, Mosel und Donau, Vorteile von solchen Juden, die politische und sprachliche Grenzen zu überschreiten wussten, weil sie mit den gelehrten Zentren im Zweistromland und im Heiligen Land verkehrten. Denn diese oft jahrelangen Reisen zur Einholung rabbinischer Rechtsgutachten für alltagspraktische und kultische Fragen wurden mit dem Handel mit begehrten Waren wie Seide, Gewürzen und anderem finanziert. Zwar gibt es auch Hinweise auf jüdische Grundherren und Bauern, aber solche Juden waren nicht die Adressaten von Privilegien, die Könige, Stadtherren und Fürsten seit dem späten 11. Jahrhundert zur Gestaltung des Verhältnisses von Christen und Juden vergaben. Grundsätzlich war die Präsenz der Juden durch das auf den Kirchenvater Augustinus zurückgehende Theorem von der „blinden Zeugenschaft“ der Juden für die christliche Wahrheit legitimiert. Über die Position der

Am Vorabend der Reformation gab es Juden nur noch in wenigen Städten.

Minderheit im christlichen Gesellschaftsgefüge entschieden aber ganz pragmatische Nützlichkeitsabwägungen. Das reichte von der aktiven Förderung jüdischer Niederlassungen in den neu gegründeten Königstädten im 12./13. Jahrhundert bis hin zur Vertreibung der Juden aus diesen Städten, sobald sie als unliebsame Konkurrenten galten oder mannigfache innere Spannungen im komplexen Gefüge des christlichen Gemeinwesens sich gegen die eigentlich unbeteiligte Minderheit entluden. Judenschutz war ein königliches Vorrecht, das an nachgeordnete Gewalten vergeben konnte. In Zeiten instabiler Herrschaft, so während des Ersten Kreuzzugs 1096, oder erst recht, wenn – wie während der Pestzeit 1348/49 geschehen – der König selbst, hier in Person Karls IV., den Schutz der Juden für kurzfristige Ziele preisgab, versagte das sorgsam gestaltete Gefüge.

Judenfeindliche Bewegungen kamen meist im Gewand religiöser Eifers daher, aber die tieferen Triebkräfte und Auslöser blieben dahinter verborgen. Wäre es nach jenen gegangen, die für alles Übel – in Regensburg 1519 selbst für den Hagel – die Juden verantwortlich machen wollten, dann wären am Ausgang des Mittelalters keine Juden in Deutschland geblieben. Immer wieder in Umlauf gebrachte Ritualmordvorwürfe und Legenden von geschändeten Hostien oder vergifteten Brunnen führten ein ums andere Mal zu mörderischen Pogromen. Am Vorabend der Reformation waren auch nur in wenigen Städten wie Frankfurt am Main, Friedberg/Wetterau oder Worms und nur in wenigen Territorien Juden erhalten geblieben. Luthers Judenfeindschaft ist in diesem Zusammen-

hang zu sehen. Zum einen bedurfte die alten Traditionsballasts entledigte evangelische Lesart der Bibel keiner jüdischen Bezeugung der „hebräischen Wahrheit“ in Augustinus' Sinne mehr. Zum andern gerieten die Juden in den Auseinandersetzungen der Reformationszeit endgültig zur historisch etablierten negativen Referenz für die Bestimmung von wahren und falschem Glauben. „Schlimmer als die Juden“ waren zwar seit jeher die „Häretiker“, aber im schlagwort- und pamphletgeleiteten reformatorischen Übertönungsdiskurs standen sich gleichgroße christliche Lager gegenüber, die virtuos das neue Medium des Schriftendrucks nutzen. Wenig fehlte für eine Situation wie in England oder Frankreich, von wo die Juden auf Befehl der Könige um 1300 völlig vertrieben wurden.

Neue Gemeinden In Deutschland verlief die Entwicklung anders. Gewiss hat das zergliederte Herrschaftssystem mit schwacher Zentralgewalt die Wirkung des königlichen Judenschutzes weithin beeinträchtigt. Zugleich schützte eben diese Situation die Juden vor unmittelbarem Zugriff durch die Zentralgewalt und schuf auskömmliche Nischen. Das gilt erst recht für die Zeit nach den Verheerungen des Dreißigjährigen Kriegs (1618 bis 1648), als geistliche wie weltliche Territorialherren ihre Länder auch durch Aufnahme von Juden wiederbevölkerten. Vor allem in ländlichen Regionen, aber auch in aufstrebenden Residenzstädten wie Mannheim, Kassel oder Berlin entstanden Gemeinden, die langfristig jenes Judentum hervorbrachten, das bis zu den Verfolgungen der NS-Zeit für die Entwicklung Deutschlands prägend wurde.

Johannes Heil

Der Autor ist Professor für Religion, Geschichte und Kultur des europäischen Judentums an der Hochschule für jüdische Studien Heidelberg.

Drei Religionen unter einem Dach

INITIATIVE In Berlin wollen Juden, Christen und Muslime ein gemeinsames Bethaus bauen

Ein Blick auf die Internetseite verrät den aktuellen Spendenstand. „4.333.340 Euro“ waren es an Neujahr. Das ist schon etwas. Auch wenn ein paar größere Förderzusagen von staatlichen Institutionen dabei sind – offenbar vertrauen eine Menge Menschen der Idee, am Petriplatz in Berlins historischer Mitte eine große Idee zu verwirklichen. Drei Religionsgemeinschaften wollen dort das „House of One“ errichten. Das soll ein gemeinsames sakrales Gebäude für Christen, Muslime und Juden sein. Drei Religionsgemeinschaften wollen sich unter einem Dach verbinden. Im Namen dieser Religionen schlagen sich Menschen an vielen Orten der Welt die Köpfe ein. Es ist mühsam, eine Vision wahr werden zu lassen – zumal als gebauten Raum. Aber in

Berlin soll ja auch etwas weltweit Einmaliges entstehen: ein Haus, das gleichzeitig Synagoge, Kirche und Moschee ist. Für jede der drei Religionen soll es in dem 40 Meter hohen Gebäude je einen sakralen Raum geben. In der Mitte soll ein Raum der Begegnung entstehen. So kann es ein Haus des Gebets und Austauschs über die Religionen werden – offen auch für Menschen, die nicht glauben. Bisher braucht man freilich auch etwas Glauben daran, dass aus dem Projekt etwas wird. Der Bauplatz an der Getraudenstraße ist eine staubige Brache an einer stark befahrenen Verkehrsachse. Es gibt ein Modell des Hauses und es haben bereits einige öffentlichkeitswirksame Termine stattgefunden. Die Vision eines friedlichen Zusammenspiels der drei

großen monotheistischen Religionen auf dem Petriplatz wächst aber bisher nur virtuell. Die Initiatoren brauchen 12,5 Millionen Euro, um mit Bauphase 1 beginnen zu können.

Im August hatte Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) eine Förderzusage des Bundes in Höhe von 2,2 Millionen Euro gemacht. Schließlich handele es sich um ein Projekt für Integration und Dialog, so die Ministerin. Weitere 1,1 Millionen kommen aus Mitteln des Landes Berlin. Der Bundestag will 800.000 Euro geben. Insgesamt müssen aber 42 Millionen Euro zusammen kommen. Auf eine solche Summe wurden die Baukosten für dieses Projekts veranschlagt. Und es soll aus Spenden finanziert werden. Planungen für das Projekt laufen seit Jahren. Ein internationaler Architektenwettbewerb wurde abgeschlossen, der Entwurf des Büros Kuehn Malvezzi preisgekrönt. Zu dem Projekt haben sich die evangelische Gemeinde St. Petri-St. Marien, von der die Initiative ausging, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, im Verbund mit dem Rabbinerseminar Abraham-Geiger-Kolleg, und die zur Bewegung des in der Türkei verfeimten Predigers Fethullah Gülen zählende muslimische Dialoginitiative Forum Dialog zusammen getan. Sie gründeten den Verein Bet- und Lehrhaus Petriplatz. Am Hausbau kann sich jeder beteiligen. Kleinstspender können auf der Internetseite (house-of-one.org.de) einen Ziegelstein für zehn Euro kaufen. Mit einer weltweiten Kampagne wird auch von Großspendern Geld gesammelt.

Julia Haak

Die Autorin ist Redakteurin der „Berliner Zeitung“.



Modell des geplanten „House of One“ in Berlins historischer Mitte

© KuehnMalvezzi

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Es ist paradox: Mehr als vier Fünftel der weißen evangelikalen Christen in den USA haben bei den Präsidentschaftswahlen für Donald Trump votiert. Und das, obwohl sich viele führende Evangelikale zuvor von Trump distanziert hatten, vor allem wegen seines eher unfremden Lebenswandels. „Die Wahl von Trump ist ein Lehrstück über die Verquickung von Politik und Evangelium“, kommentierte der Kasseler Theologieprofessor Tobias Faix daraufhin in der „Zeit“. Die sonst so bibeltreuen Evangelikalen hätten Trump gewählt, weil sie ihr konservatives Amerika zurückhaben wollten, urteilte er. Sie hätten weggewollt vom humanistisch-liberalen Weltbild der Clintons und Obamas, hin zu klaren konservativen Werten bei den Themen Familie, Abtreibung und Homosexualität. Den Wunsch nach einer „moralischen Wende“ gebe es auch bei konservativen Evangelikalen in Deutschland, warnte Faix. „Es könnte zu einer ähnlichen Situation führen wie in den Vereinigten Staaten, gerade wenn es darum geht, welche Parteien die eigenen Werte und Themen vertreten“, meinte Faix, der selbst der evangelikalen Szene in Deutschland zugeordnet wird.

Neues Leben eingehaucht Gibt es also auch in Deutschland eine solche „fromme Macht“ theologisch konservativer Christen, die bei Wahlen bald eine wichtige Rolle spielen könnten? „Ich glaube, dass der Evangelikalismus in Deutschland sich nie als eine Bewegung verstanden hat, die mit politischen Mitteln ihre Interessen, etwa ein Gesetz gegen Abtreibung, durchsetzen will“, meint der Leipziger Theologieprofessor Peter Zimmerling. Er forscht seit Jahren über geistliche Gemeinschaften wie die charismatische und evangelikale Strömung und die Pfingstkirchen. Konservative Christen in Deutschland hätten keine moralische Mehrheit hinter sich, die mit einem politischen Programm verbunden sei wie in den Vereinigten Staaten, sagt Zimmerling. Dies liege vermutlich an der Herkunft des deutschen Evangelikalismus, „der doch im Wesentlichen aus der pietistischen Gemeinschaftsbewegung vor etwas mehr als 100 Jahren hervorging, den sogenannten „Stillen im Lande“. Anders in den USA: Dort setzt sich die einflussreiche konservative Tea-Party-Bewegung fast ausnahmslos aus Christen der evangelikalen Bewegung zusammen.

Die evangelikale Glaubensrichtung in Deutschland gibt es, seit der heute 98-jährige US-amerikanische Erweckungsprediger Billy Graham Mitte der 1970er Jahre die Lausanner Bewegung begründet hatte – bis heute eine Art Dachverband und Netzwerk der Evangelikalen. „Graham hauchte der deutschen pietistischen Bewegung neues Leben ein, auch nachdem diese in großen Teilen durch ihre Rolle im Dritten Reich diskreditiert war“, sagt Zimmerling. „Durch Billy Graham und seine Kampagne kam es zu einer Verbindung von kontinentaleuropäischem Pietismus und Evangelikalismus aus Amerika.“ Eine stark politische Dimension wie im amerikanischen Evangelikalismus habe sich in Deutschland dennoch nie etablieren können, dazu seien die Spielarten des Pietismus in Deutschland zu verschieden. So sei der niederheinische Pietismus immer links gewesen, „und der süddeutsche war immer für die CDU“. Parteien wie die früheren „Bibeltreuen Christen“ blieben eine Randerscheinung im politischen Spektrum.

Großer Gegenpol Über die Frage, was man als Christ glauben und wie man als solcher leben will, gibt es seit jeher unterschiedliche Meinungen. Gegenüber den großen historisch gewachsenen Strömungen – wie Protestantismus, Katholizismus

Die Bibeltreuen

EVANGELIKALE Die Bewegung ist vor allem in Lateinamerika, Asien und Afrika auf dem Vormarsch. In Deutschland ist sie erstaunlich schwach



Evangelikaler Gottesdienst in Boston: Intensive Gebete und unmittelbare Nähe zu Jesus Christus

© picture-alliance/AP Photo

oder Orthodoxie – versteht sich die evangelikale Bewegung seit ihren Anfängen als großer Gegenpol, auch wenn viele evangelikal oder charismatisch geprägte Christen oder Pfingstler weiter Mitglied ihrer traditionellen Kirche bleiben.

Den meisten Evangelikalen, Charismatikern oder Pfingstlern sind die traditionellen Kirchen zu liberal und politisch zu links. Entsprechend entstand die evangelikale Bewegung im 19. Jahrhundert als Reaktion auf aufgeklärte und liberale Strömungen in den Kirchen, erklärt der Verhal-

tsbiologie und Weltanschauungsexperte Hansjörg Hemminger. Global gesehen schätzt er die Zahl evangelikaler Christen – ohne diejenigen der Pfingstbewegung – auf über 300 Millionen, mit der Pfingstbewegung auf das Doppelte bis Dreifache. Zum Vergleich: Die katholische Kirche zählt weltweit rund 1,2 Milliarden Christen. Die Evangelikalen einschließlich der pfingstlichen und charismatischen Kirchen oder Glaubensgemeinschaften machen seriösen Schätzungen zufolge weltweit 28 Prozent der organisierten Christen aus. In Europa

und vor allem in Deutschland sind sie laut Hemminger, verglichen mit der globalen Christenheit, aber „erstaunlich schwach“. Sie stellen drei bis vier Prozent der kirchlich organisierten Christen. „Außerdem verlieren sie, wie alle christlichen Konfessionen, laufend an Mitgliedern“, fügt er hinzu.

In Lateinamerika, Asien und Afrika indes bilden evangelikale, charismatische und pfingstkirchlich geprägte geistliche Gemeinschaften seit Jahrzehnten den am schnellsten wachsenden Zweig des Chris-

tentums. Dort sind sie daher auch die größte Konkurrenz für die historisch gewachsenen Kirchen. „In Afrika haben sich lutherische Kirchen nur halten können, weil sie sich für charismatische Frömmigkeitsformen geöffnet haben“, erklärt Theologe Zimmerling. So könne man zwischen der lutherischen Kirche in Tansania und den charismatischen Gruppen nur ganz schwer unterscheiden.

Kritiker wie der britische Biologe und atheistische Denker Richard Dawkins werfen evangelikalen Christen eine naive Bibel-

gläubigkeit vor. Als Beispiel nennt er deren wortwörtlichen Glauben an die biblischen Schöpfungsmythen und die kategorische Ablehnung der von Charles Darwin (1809-1882) begründeten wissenschaftlichen Evolutionstheorie. Dawkins wiederum wird vorgeworfen, er missbrauche einige extreme Ansichten für seine grundsätzliche Kritik an Religion überhaupt.

Was aber macht evangelikale, charismatische und pfingstkirchliche Bewegungen für Millionen von Menschen so attraktiv? Unter anderem wohl ihre hohe Emotionalität: Bei ihren Gottesdiensten stehen die Themen Heilung und Versöhnung im Mittelpunkt. Wichtig für beide Strömungen ist zudem eine unmittelbare Beziehung zu Jesus Christus und den Heiligen Geist durch intensives Gebet und leidenschaftliche Gottesdienste. Die Nähe zu Gott äußert sich charismatischer Lehre zufolge auch durch Wunder und Zeichen wie spontane Krankenheilung oder das Reden in fremden Sprachen im Gottesdienst („Zungenrede“).

Die traditionellen Kirchen wie auch der Weltkirchenrat stehen dieser Form des Christseins oft skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie meinen, sie würden oft unrealistische Hoffnungen – etwa bei Gottesdiensten zur Krankenheilungen – wecken.

Tief empfundene Spiritualität Die Pfingstkirchen erinnern mit ihrem Namen an die Anfänge des Christentums und die in der Bibel geschilderte Ausgießung des Heiligen Geistes am Pfingstfest. Die Bewegung entstand Anfang des 20. Jahrhunderts. Die charismatische Bewegung – vom griechischen Wort „charisma“ für Geschenk – entstand etwas später in den 1960er Jahren. Sie findet heute besonders viele Anhänger in der lutherischen, anglikanischen und der römisch-katholischen Kirche, von denen sie auch von offizieller Seite unterstützt wird. Auch hier spielt eine besonders tief empfundene Spiritualität eine große Rolle. Freies Gebet, meist mit erhobenen Händen, alltagsbezogene Predigten und moderne Gottesdienstlieder sprechen vor allem junge Menschen an. Beide christliche Bewegungen gelten zugleich als wertkonservativ. Sex außerhalb der Ehe, praktizierte Homosexualität oder Abtreibung werden überwiegend als unbiblich abgelehnt.

Gerade in Deutschland öffnet sich die evangelikale Bewegung zunehmend der modernen Gesellschaft. So gibt es immer mehr Evangelikale – auch in leitenden Positionen –, die die ablehnenden Aussagen zur Homosexualität der Bibel als zeitbedingt betrachten. „Das wäre vor 40 Jahren noch undenkbar gewesen“, gibt Zimmerling zu bedenken. Aber auch in den USA gebe es neben biblischen Fundamentalisten eine ganze Bandbreite ernsthafter und nachdenklicher evangelikal geprägter wissenschaftlicher Theologen. Viele Experten warnen ohnehin vor einer Gleichsetzung der evangelikalen Bewegung mit christlichen Fundamentalisten.

Kein Platz für Kreationismus In Deutschland beobachtet Zimmerling eine Art „aufgeklärte evangelikale Bewegung“. So seien die evangelikalen Ausbildungsstätten hierzulande inzwischen fast alle staatlich anerkannt. Dies sei nur möglich gewesen, weil sie sich für den Diskurs mit der wissenschaftlichen Theologie geöffnet hätten. Für den in den USA verbreiteten Kreationismus – nach dem der biblische Schöpfungsbericht wörtlich zu nehmen ist und die Erde vor rund 6.000 Jahren entstanden sein soll – sei hierzulande offiziell kein Platz.

Stephan Cezanne II

Der Autor ist Fachredakteur für Kirche und Politik beim Evangelischen Pressedienst (epd).

Wechselvolle Geschichte

RUSSLAND Rund 75 Prozent der Einwohner bekennen sich zum russisch-orthodoxen Glauben, Religion ist nationale Tradition. Der Einfluss der Kirche steigt stark an

Umfragen zufolge steht die orthodoxe Kirche bei den Russen auf Platz zwei der größten Vertrauensträger im Land – nach Präsident Wladimir Putin. Dessen Verhältnis zum Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill I. von Moskau, scheint von außen gesehen ein sehr gutes zu sein. Als einfacher Pilger nahm Putin in Begleitung von Kyrill I. an den Feierlichkeiten anlässlich der tausendjährigen Präsenz der Russen auf dem heiligen Berg Athos teil. Anlässlich seines 70. Geburtstags verlieh der Präsident dem Patriarchen den „Orden für Verdienste um das Vaterland“ und lobte den kirchlichen Würdenträger dafür, dass er „konsequent und hart“ die Werte und Ideale der russisch-orthodoxen Kirche schütze. Mit seinem Engagement für den Dialog unter den Glaubensgemeinschaften und Ethnien trage er zudem zur „Stärkung des Friedens und der gesellschaftlichen Eintracht“ im Land bei. Die neue russisch-orthodoxe Kathedrale und das angeschlossene orthodoxe Zen-

trum in Paris wurden vom russischen Staat finanziell unterstützt, genauso wie das in vielen Regionen neu eingeführte verpflichtende Schulfach „Grundlagen der orthodoxen Kultur“ und das Kirchenaufbauprogramm für die Moskauer Außenbezirke. Der Patriarch selbst hat sich zwar mehrfach für eine klare Trennung zwischen Kirche und Staat ausgesprochen. Zugleich bezeichnet er das Verhältnis zueinander aber mit dem alten byzantinischen Ausdruck der „Sinfonie“ – dem idealisierten Zusammenwirken von geistlicher und weltlicher Macht zum Wohle der ihnen anvertrauten Bevölkerung. Das kommt nicht von ungefähr: Die orthodoxen Würdenträger in Russland sorgen sich, dass die christlichen Werte „im Westen“ zu verschwinden drohen und dieser Werteverfall auf die Russische Föderation übergreife. Um das zu verhindern, müssten Staat und Kirche eng zusammenwirken, fordern sie.

Wie stark die Verbindung ist, zeigt sich an einigen Beispielen: So wurde die Begegnung von Papst Franziskus und dem russischen Patriarchen im Flughafengebäude in Havanna (Kuba) vom Kreml offiziell begrüßt. In einer gemeinsamen Erklärung stellten beide das Engagement Russlands im Syrienkonflikt zum Schutz der verfolgten Christen positiv heraus. Auch hat die

russisch-orthodoxe Kirche die Annexion der Krim und das Engagement Russlands in der Ost-Ukraine bislang in keiner Weise kritisiert. Ihrer Ansicht nach geht es darum, die historische Einheit der russischen Völker zu fördern. Den Bestrebungen der Ukraine nach Neuorientierung in Richtung Westen und den Unabhängigkeitsbestrebungen der ukrainischen orthodoxen Kir-

che müsse daher entgegengewirkt werden. In gesellschaftspolitischen Fragen sind Kirche und Kreml ebenfalls enge Verbündete: Gemeinsam kämpfen sie gegen die Gleichstellung von Homosexuellen, die Trennung von Kirche und Staat und den Individualismus der westlichen Kultur.

Den hohen Stellenwert in der russischen Gesellschaft hat die Kirche erst nach dem

Fall des Kommunismus erlangt. Die Kirchenvertreter hatten danach auf die historisch bedeutsame Rolle der Orthodoxie für das russische Volk und die russische Kultur verwiesen und darauf gepocht, dass der Staat diese in seinem eigenen Interesse schützen und fördern müsse. Sie warnten vor der Verbreitung ausländischer Sekten, pseudoreligiöser Gruppen und protestantischer Freikirchen, wetteten aber auch gegen die katholische und lutherische Kirche, die sie als westliche Eindringlinge auf dem „kanonischen Territorium“ der russischen Orthodoxie ansahen. 1997 erreichte die orthodoxe Kirche gegen heftige Kritik aus dem Ausland die Reform des Gesetzes zur Gewissensfreiheit, welches zu einer Bevorzugung der Orthodoxie gegenüber anderen Religionsgemeinschaften führte. Im Gegenzug ließen die Patriarchen Alexij II. und Kyrill I. vor Präsidentschaftswahlen immer klar erkennen, welchen Kandidaten sie für besonders geeignet hielten.

Derartige Allianzen hat es in dieser Form in der mehr als tausendjährigen Geschichte der russischen Orthodoxie nie zuvor gegeben. Im Gegenteil: Peter der Große (1672-1725) schaffte das erst 1589 mühsam errichtete russisch-orthodoxe Patriarchat einst wieder ab und machte die Bischöfe zu staatlichen Beamten. Zu Beginn des 20. Jahrhun-

derts ließ Regierungschef Wladimir Iljitsch Lenin dann alle Kirchen und Religionsgemeinschaften liquidieren. Kirchlicher Besitz wurde enteignet, Kirchengebäude für profane Zwecke verwendet. Zigttausende mussten ins Gefängnis, Zehntausende wurden hingerichtet. Erst während des Zweiten Weltkriegs verbesserte sich die Lage: Weil die orthodoxe Kirche sich für die Verteidigung des Vaterlandes einsetzte, ließ Stalin 1944 als Gegenleistung erstmals wieder die Wahl eines Patriarchen zu. Auch durften einige theologische Ausbildungsstätten auf bescheidenem Niveau ihre Arbeit wieder aufnehmen. Letztlich blieb die Kirche unter Kontrolle der Sowjetführung; Stalins Nachfolger, Nikita Chruschtschow, verschärfte die Situation sogar wieder.

Erst unter Michail Gorbatschow wurde das kirchliche Leben in Russland wiedergeboren. Pfarrgemeinden wurden gegründet, Geistliche, die wegen ihres Glaubens haben sterben müssen, heiliggesprochen. Unter Putin ist die Orthodoxie schließlich Staatskirche geworden. Den ideologischen Überbau bildet die „Sinfonie“ aus orthodoxer Glaubenslehre und großrussischem Nationalismus.

Rudolf Prokschi II

Der Autor lehrt Ostkirchenkunde an der Universität Wien.

> STICHWORT

Orthodoxe Kirche in Russland

> **Christianisierung** Im zuvor heidnischen Russland begann die Christianisierung 988 mit der Taufe des Kiewer Großfürsten Wladimir. Im 11. Jahrhundert spalteten sich schließlich die östlich-orthodoxe und die römisch-katholischen Kirche – der sogenannten Ostkirche war der Einfluss des katholischen Papstes zu groß geworden.

> **Abspaltung** Ende des 16. Jahrhunderts löste sich die Russisch-Orthodoxe Kirche vom Griechisch-Orthodoxen Patriarchat in Konstantinopel und gründete ihr eigenes Patriarchat in Moskau. Heutiges Oberhaupt ist Patriarch Kyrill I. (auf dem Foto links neben Präsident Wladimir Putin).

> **Gläubige** Heute zählt die Russisch-Orthodoxe Kirche etwa 100 Millionen Mitglieder.



© picture-alliance/AP Photo

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Reiches Erbe

KIRCHENBAUTEN In kaum einem Land gibt es so viele und vielfältige Sakralgebäude wie in Deutschland. Um ihren Erhalt und den Neubau von Gotteshäusern wird teilweise heftig gestritten

Streit und Liebe sind keine Gegensätze. Gerade über das, was einem besonders am Herzen liegt, lohnt es sich zu streiten. Das gilt auch für die Kirchbauten in Deutschland. Sie werden nicht nur von vielen Menschen geschätzt und geliebt, besucht und gepflegt. Über sie wird auch an vielen Orten heftig gestritten und dies aus guten Gründen. Denn im Umgang mit den Kirchbauten zeigt sich, wie es um unsere Kultur bestellt ist. Das war schon immer so, hat sich aber in den vergangenen Jahren zugespitzt. Das hat auch damit zu tun, dass die Wertschätzung der christlichen Sakralarchitektur gestiegen ist. Nur auf den ersten Blick kann dies erstaunen. Gerade in unseren hochbeschleunigten Zeiten wächst das Bedürfnis nach Orten der Stille, der Tradition, der seelischen Vergewisserung, der Transzendenz. Dies lässt sich an der neuen Beliebtheit eines Kirchentyps ablesen, den man lange verachtet hat: die historischen Kirchen des 19. Jahrhunderts. Noch vor wenigen Jahrzehnten galten sie als minderwertiger Abklatsch des klassischen Erbes – der Romanik, der Gotik und des Barocks. Doch inzwischen ziehen sie gerade kirchenferne Menschen an, erfüllen sie doch deren Vorstellungen davon, was eine „richtige“ Kirche ist. Sie besitzen eine Wiedererkennbarkeit und sakrale Ausdruckskraft, die man bei den funktional-modernistischen Kirchbauten der 1970er Jahre vermisst. Je rasanter die Modernisierung fortschreitet, umso größer wird die Seh-

sucht nach anderen Orten, die sich dem Zwang nach Effizienz und Profitabilität verweigern. Zudem wächst in einer Zeit, in der sich so vieles ins Digitale verlagert und dort verflüchtigt, der Wunsch nach wirklichen Räumen aus Stein, Holz und Glas, in denen man seelisch wie körperlich etwas erfahren kann.

Aus dem Stadtbild getilgt Diese neue Wertschätzung der Kirchen führt jedoch auch zu Konflikten. Der schärfste betrifft derzeit die Friedrichswerdersche Kirche in Berlin. An manche Baukatastrophe haben sich die Berliner gewöhnt. Doch das Schicksal der Schinkel-Kirche gegenüber dem Außenministerium empört sie immer noch. Dieses Kleinod des 19. Jahrhunderts wurde von Luxusimmobilien so zugebaut, dass es aus dem Stadtbild fast getilgt wurde. Zudem wurde es durch Baufehler in der Substanz beschädigt. Es ist ein Hoffnungszeichen, dass die Verantwortlichen signalisiert haben, aus diesem Unglück Lehren ziehen zu wollen. Doch ein Folgekonflikt kündigt sich schon an. Am Berliner Kulturforum soll ein neues Museum für moderne Kunst gebaut werden. Der ausgewählte Entwurf ist aber so massiv, dass er die in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene St. Matthäus-Kirche, die als Kunstort in ihrer Art einzigartig ist, zum Verschwinden zu bringen droht. Wiederholt sich hier das Schicksal der Friedrichswerderschen Kirche? Beide Beispiele stehen für eine Entwicklung, die sich in allen deutschen Ballungs-



Die Friedrichswerdersche Kirche in Berlin wurde in den vergangenen Jahren völlig zugebaut und durch Baufehler in der Substanz beschädigt.

© picture-alliance/Westend61

gebieten beobachten lässt. Die historischen Kirchen werden von der Bevölkerung geliebt, aber der öffentliche Raum wird enger. Das, was eigentlich die Qualität einer Stadt ausmacht, wird der Öffentlichkeit zunehmend entzogen. Daran sind nicht nur „böse“ Investoren schuld, sondern häufig genug die öffentliche Hand selbst. Hier stellen sich Grundsatzfragen, über die noch viel deutlicher gestritten werden müsste: Was ist der öffentliche Raum wert? Wer bestimmt über ihn? Welche Bedeutung hat hier das kulturelle Erbe, das ebenso oft beschworen wie missachtet wird? Und welchen Stellenwert haben die Kirchbauten als wesentlicher Teil des kulturellen Erbes im öffentlichen Raum? Indem

die Vertreter der christlichen Kirchen hier Position beziehen, verteidigen sie nicht bloß Eigeninteressen, sondern treten für die kulturelle Ökologie Deutschlands ein. Doch auch in den Kirchen selbst haben die Konflikte um die eigenen Gebäude zugenommen. Eine reiche Baugeschichte vom frühen Mittelalter an hat eine unüberschaubare Fülle an architektonischen Schätzen entstehen lassen. Es dürfte kein anderes Land auf der Welt geben, das so viele und so vielfältige Kirchbauten hervorgebracht und auf einem so hohen Niveau bewahrt hat: romanische Klöster und gotische Kathedralen, elegante Bürgerkirchen und anrührende Dorfkapellen, historische Kirchbauprogramme und avantgardis-

tische Provokationen, Repräsentationstempel und soziale Bauten. Man staunt, welcher Reichtum an christlicher Kultur in Deutschland entstanden ist. Man bedenke aber auch, wie dies bisher bezahlt wurde: durch die Unterstützung der öffentlichen Hand und viele Spenden, vor allem aber durch die Kirchensteuer. Letzteres wird sich ändern, nicht allein wegen der sinkenden Kirchenbindung der Deutschen, sondern vor allem wegen des demografischen Wandels. Deshalb wird in der evangelischen und katholischen Kirche intensiv darüber beraten und gestritten, welche Gebäude man auf Dauer sinnvoll unterhalten kann und nutzen will.

Gegenwart die Sehnsucht nach Beheimatung wächst, haben es fortschrittlich gemeinte Kirchbauten schwer. Dies zeigt sich auch bei einer Reihe von Renovierungen. Die St. Hedwigs-Kathedrale zu Berlin oder der Dom St. Nikolai zu Greifswald wurden nach dem Krieg einer Neugestaltung unterzogen, die die ursprüngliche Raumlogik aufbrach, um den Bruch zur vorherigen Epoche zu markieren. In den zum Teil erbitterten Konflikten um ihre Re-Renovierung zeigt sich heute, wie im Kirchbau immer noch die kulturelle Katastrophe der NS-Diktatur bearbeitet wird – mit offenem Ausgang.

In den zahlreichen Konflikten wird sichtbar, wie viel die christliche Sakralarchitektur den Deutschen heute noch bedeutet. Sie sind deshalb auch eine Chance, dieses kulturelle Erbe bewusster wahrzunehmen und für sich in Besitz zu nehmen. Die Bewahrung dieses Erbes ist keineswegs nur Sache kirchlicher Bauämter oder staatlicher Denkmalverwaltung, sie sollte Angelegenheit aller Bürger sein, gleichgültig, wie kirchlich verbunden oder distanziert sie sind. Sie müssen sich entscheiden, was es für sie, ihre Lebensorientierung, die kulturellen Perspektiven in der Gegenwart sowie für die nächsten Generationen bedeutet, und ob sie es annehmen oder ausschlagen wollen.

Johann Hinrich Clausen II
Der Autor ist seit dem 1. Februar 2016 Kulturbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

> STICHWORT

Kirchenbauten in Deutschland

> Welterbestätten Rund 45.000 Gebäude werden in Deutschland gegenwärtig von den Kirchen betrieben. Von den 41 deutschen Stätten, die auf der Welterbestätte der UNESCO stehen, sind ein Drittel in kirchlichem Besitz. Dazu zählt unter anderem der Kölner Dom (siehe Bild).



© picture-alliance/Horst Galluscho/dpa

> Zerstörung Im Zweiten Weltkrieg wurden viele Kirchen zerstört. Während die Überreste in der DDR meist abgerissen und kaum neue Kirchen gebaut wurden, kam es in der Bundesrepublik zu umfangreichen Wiederauf- und Neubaumaßnahmen. Heute werden nur noch wenige Kirchen errichtet. Neue Gotteshäuser ersetzen meist Bauten der 1960er und 1970er Jahre, die wegen Baumängeln oder Beschädigungen neu gebaut werden müssen.

Klettern in der Kirche

UMWIDMUNGEN In früheren Sakralgebäuden entstehen Restaurants oder Wohnungen und manchmal sogar Moscheen

Viele Menschen nennen ihre Wohnung ihre heiligen Hallen. Doch nur wenige können von sich behaupten, dass ihre vier Wände früher tatsächlich einmal geweiht waren: Sie leben in ehemaligen Kirchen. Im sächsischen Demitz-Thumwitz ist das etwa möglich, aber auch in Hamburg und Mönchengladbach. Hier entstanden hinter den Mauern einer Basilika 23 Sozialwohnungen. Ihre Bewohner leben dort, wo früher gepredigt und getauft wurde, ihre Wohnungen gruppieren sich um die Laubgänge des ehemaligen Kirchenschiffs. Die wunderschönen Bleiglasfenster und das beeindruckende Kreuzrippengewölbe erinnern an die Geschichte des Gebäudes. Nicht immer bleibt die so sichtbar wie in Mönchengladbach. Hunderte Kirchen wurden in Deutschland in den vergangenen Jahren entweiht und neuen Bestimmungen zugeführt. Aus vielen wurden Pflegeeinrichtungen, Jugendtreffs, Museen oder Ausstellungshallen. Die Kirchenumwidmungen sind angesichts schrumpfender Gemeinden und einer sinkenden Zahl von Menschen, die kirchlich gebunden sind, vor allem ökonomischen Erwägungen geschuldet. Der Kunsthistoriker Martin Brendenbeck hat sich ausführlich mit dem Thema befasst und weiß, wie schwierig das ist: „Bistümer und Landeskirchen sind ge-

zwungen, sich genau anzuschauen, was es kostet, die Gebäude weiter zu unterhalten – oder ob es nicht günstiger wäre, den Ort, manchmal auch nur das Grundstück, anders zu nutzen. Häufig sehen sie sich dann gezwungen, Kirchen rein als Immobilien ohne besondere emotionale und kunsthistorische Werte zu sehen.“ Für die Bewohner ist genau das aber häufig schwierig. „Auch wenn Kirchen für viele Menschen nicht zu ihrem täglichen Leben gehören, stehen sie doch für einen vertrauten Ort, zu dem man immer gehen kann. Fällt der Weg, ist das schmerzhaft.“ Bisher haben die Umwidmungen vor allem Kirchenbauten getroffen, die in den 1950er und 1960er Jahren gebaut wurden, und nicht die alten prunkvollen Dome. Betroffen ist vor allem der Westen Deutschlands. Das hat überwiegend zwei Gründe: Zum einen wurden im Osten in den vergangenen Jahrzehnten deutlich weniger Kirchen gebaut, zum anderen gibt es hier ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement, das für den Bestand der Sakralbauten kämpft, um vor al-

Hunderte Kirchen wurden entweiht und neuen Bestimmungen zugeführt.

lem in den zunehmend entvölkerten und alternden ländlichen Regionen den Mittelpunkt von Dorf oder Stadt zu erhalten – auch um den Preis, dass die Kirchen kaum besucht und nur selten genutzt werden. Werden Kirchen in ihrem Unterhalt zu teuer, weil zu wenige Menschen sie nutzen, und es wird die Entscheidung getroffen, sie nicht mehr als sakrale Stätte zu nutzen, kommt ein bestimmtes Prozedere in Gang: die so genannte Profanierung. Die Entweihung katholischer Kirchen ist meist mit einer letzten Messe verbunden, dann müssen die Reliquien und das Allerheiligste entfernt werden. Danach gilt die frühere Kirche nicht mehr als heiliger Raum, sondern als normales Gebäude, das abgerissen oder anderweitig genutzt werden kann. Bei den evangelischen Kirchen wird eine förmliche Entwidmung durchgeführt und meist mit einer würdigen Zeremonie begleitet. Während in Großbritannien oder den Niederlanden der Verkauf ehemaliger Kirchen und ihre Neuverwendung als Hotels, Diskotheken und Bars kaum Grenzen kennt,

ist man hierzulande noch vorsichtiger. Dass frühere Sakralbauten wie in Magdeburg und Bielefeld zu Restaurants umgebaut werden, ist eine Ausnahme. Auch die Kletterhalle in der Mönchengladbacher Kletterkirche ist einzigartig. Häufiger wird entschieden, die Orte einer besonderen Bestimmung zuzuführen: In Marl, Rheine oder Datteln beherbergen ehemalige Kirchen heute Kolonien – Gebäude mit kleinen Kammern, in denen Urnen beigesetzt werden. Selten werden Kirchen anderen Religionen zur Verfügung gestellt. So wurde die Kreuzkapelle im Kölner Stadtteil Riehl Anfang 2016 einer jüdischen Gemeinde übergeben, die das Gebäude seither als Synagoge nutzt. Auch Brandenburgs erste Synagoge gehörte bis vor wenigen Jahren der evangelischen Gemeinde. Ein Schritt, der allerdings nicht unkritisch gesehen wird: Als die Hamburger Kapernaumkirche 2015 zur Moschee umgebaut wurde, sorgte das in der Öffentlichkeit für hitzige Diskussionen. Aus den Reihen der Evangelischen Kirche in Deutschland hieß es, die Umwandlung einer Kirche in eine Moschee sei „kein angezeigter Weg“. Susanne Kailitz II

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.

In neuem Glanz

JUBILÄUM Das Lutherjahr wird weltweit gefeiert

Zwei Jahre lang war sie wegen Renovierungsarbeiten geschlossen, doch pünktlich zum Reformationsjubiläum erstrahlt die Schlosskirche in Wittenberg in neuem Glanz. Hier soll Martin Luther am 13. Oktober 1517 seine 95 Thesen angeschlagen haben; die Reformation nahm ihren Lauf. Mit der feierlichen Wiedereröffnung durch Bundespräsident Joachim Gauck und Dänemarks Königin Margarethe II. begann bereits im November vergangenen Jahres das Festjahr zum 500. Jubiläum des legendären Ereignisses. Und auch 2017 werden unzählige Veranstaltungen an die Reformation erinnern, darunter drei Nationale Sonderausstellungen, die in Wittenberg, auf der Wartburg in Eisenach und in Berlin unter dem Motto „Die volle Wucht der Reformation“ gezeigt werden. Die Bundesregierung hat unter www.reformationsjubiläum-bund.de ein Online-Portal eingerichtet, auf dem sie über die Vielzahl der Veranstaltungen informiert. Allein aus dem Etat von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) stellt der Bund von 2011 bis einschließlich 2017 rund 44 Millionen Euro für Kulturprojekte und die Sanierung authentischer Reformationsstätten zur Verfügung. Im Ruhrgebiet startete bereits am 30. Ok-

tober eine Reihe mit insgesamt 134 Veranstaltungen. In Wittenberg werden im Rahmen der „Weltausstellung Reformation“ Kirchen aus aller Welt, internationale Institutionen, Organisationen, Initiativen und Kulturschaffende 16 Sommerwochen lang ihre aktuelle Sicht auf die Reformation präsentieren („Weltausstellung Reformation“). Und die documenta in Kassel wird sich mit der Frage beschäftigen, was autonome Kunst und Kirche sich heute zu sagen haben und wie ein freier und offener Dialog beide Seiten bereichern kann. Ein Höhepunkt der Feiern soll der 26. bis 28. Mai in Berlin und Wittenberg sein, zu dem rund 140.000 Teilnehmer erwartet werden. Der Eröffnungsgottesdienst soll vor dem Brandenburger Tor stattfinden. Das Festjahr endet am 31. Oktober 2017, genau 500 Jahre nach dem Thesenanschlag. Einmalig wird dieser Tag bundesweit ein gesetzlicher Feiertag sein. joh II

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Frösche und Sümpfe

Von einem bundesdeutschen Gericht ist hier keine Zustimmung zu erwarten – aber wer den Sumpf trockenlegen will, darf auch nicht die Frösche fragen.“ Das sagte der Chef der Bayernpartei schon vor Jahren. Aus Mangel an Alternativen mussten aber leider doch die „Frösche“ gefragt werden. Und die entschieden sich, erwartungsgemäß, für den Sumpf: Die Karlsruher Verfassungsrichter entschieden nämlich in der vergangenen Woche, dass eine Volksabstimmung über den Austritt Bayerns aus der Bundesrepublik unzulässig ist. Vorerst werden die Bayern also weiter als Teil Restdeutschlands ihr Dasein fristen. Zu allem Überfluss müssen sie auch weiter das Berliner Abitur anerkennen. Das ist bitter. Dabei kann man von Preußen durchaus etwas lernen, wenn es um das Trockenlegen von Sümpfen geht. Hat doch Friedrich II. – getreu dem Motto „sei doch kein Frosch“ – im 18. Jahrhundert erfolgreich das Oderbruch entwässert. Hätte dieses Vorbild nicht einen Haken, es wäre gar zu schön: Denn nachdem das Oderbruch erfolgreich im Trockenlag, betätigte sich Friedrich gewissermaßen als offener Integrationsminister und lockte tausende Österreicher, Franzosen und Pfälzer mit Steuervergünstigungen und dem Versprechen auf Religionsfreiheit in die menschenarme Region. Vielleicht sollte die Bayernpartei das nächste Mal nicht die Frösche, sondern die Wähler fragen. Obwohl auf die auch kein Verlass ist. Wenn die Preufin Merkel bei CSU-Anhängern schon beliebter ist als deren eigener Parteichef, heißt das nichts Gutes für die bayerische Sache. Oder gerade doch? Treibt Merkel gar heimlich die Abspaltung Bayerns voran? Wer könnte ihr das verdenken? *Claudia Heine*

VOR 60 JAHREN...

Dynamik für die Rentner

21.1.1957: Rentenreform verabschiedet Mitte der 1950er Jahre, als die deutsche Wirtschaft sprachlich zum „Wunder“ wurde, lag das mittlere Monatsgehalt bei etwa 350 D-Mark. Ein Durchschnittsrentner musste mit 60 bis 80 D-Mark über die Runden kommen. „Von 64 Mark kann kein Mensch leben“, zitierte damals die „Bild“-Zeitung die Worte eines Rentners an Konrad Adenauer (CDU). Der Kanzler versprach eine Rentenreform – auch aus eigenem Interesse. Am 21. Januar 1957 verabschiedete der Bundestag nach vier Tagen Dauerreden mit den Stimmen der Union, der SPD und der Freien Volkspartei die angekündigte Rentenreform. Sie gilt als eine der größten sozialpolitischen Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Mit ihr erreichte das Wirtschaftswunder auch die Rentner: Deren Bezüge stiegen rückwirkend zum 1. Januar 1957 um durchschnittlich über 60 Prozent und wurden fortan an die Entwicklung der Bruttolöhne der Erwerbstätigen gekoppelt – die dynamische Rente war geboren. Auch die Finanzierung wurde neu organisiert. Die Lösung hieß „Generationenvertrag“, wonach die Jüngeren während ihres Arbeitslebens die Renten der Alten finanzieren. Dass Adenauer die Reform vorangetrieben hatte, hatte auch strategische Gründe. Nicht umsonst erhielt der Unionsausschuss, der vor der Bundestagswahl 1957 mehrere sozialpolitische Vergünstigungen ersann, den Beinamen „Kuchen-Ausschuss“. Zwar standen im Mittelpunkt des Wahlkampfes Außenpolitik und Wiederbewaffnung. Doch die neue Rente verhalf der Union zur absoluten Mehrheit. *Benjamin Stahl*



Der ehemalige Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) im Jahr 1955

auer (CDU). Der Kanzler versprach eine Rentenreform – auch aus eigenem Interesse. Am 21. Januar 1957 verabschiedete der Bundestag nach vier Tagen Dauerreden mit den Stimmen der Union, der SPD und der Freien Volkspartei die angekündigte Rentenreform. Sie gilt als eine der größten sozialpolitischen Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Mit ihr erreichte das Wirtschaftswunder auch die Rentner: Deren Bezüge stiegen rückwirkend zum 1. Januar 1957 um durchschnittlich über 60 Prozent und wurden fortan an die Entwicklung der Bruttolöhne der Erwerbstätigen gekoppelt – die dynamische Rente war geboren. Auch die Finanzierung wurde neu organisiert. Die Lösung hieß „Generationenvertrag“, wonach die Jüngeren während ihres Arbeitslebens die Renten der Alten finanzieren. Dass Adenauer die Reform vorangetrieben hatte, hatte auch strategische Gründe. Nicht umsonst erhielt der Unionsausschuss, der vor der Bundestagswahl 1957 mehrere sozialpolitische Vergünstigungen ersann, den Beinamen „Kuchen-Ausschuss“. Zwar standen im Mittelpunkt des Wahlkampfes Außenpolitik und Wiederbewaffnung. Doch die neue Rente verhalf der Union zur absoluten Mehrheit. *Benjamin Stahl*



ORTSTERMIN: DER ANDACHTSRAUM DES REICHSTAGES



Der Düsseldorfer Künstler Günther Uecker gestaltete den Andachtsraum im Deutschen Bundestag.

© picture-alliance/dpa

Beten im Bundestag

Still ist es im Andachtsraum des Deutschen Bundestages. Nur das leise Rascheln einer Besuchergruppe ist zu hören. Die Gäste betrachten den Granitaltar in der Mitte des Raumes, auf dem ein unbefestigtes Holzkreuz liegt. Manche setzen sich auf einen der 24 hellen Holzstühle mit den hohen Lehnen und lassen die sieben Holztafeln an den Wänden, die mit Sand, Asche, Steinen und Nägeln bedeckt sind, auf sich wirken. Gestaltet wurde der Raum vom Düsseldorfer Künstler Günther Uecker. Es ist ein überkonfessioneller Gebetsraum: Das Kreuz auf dem Altar kann zur Seite gelegt werden; eine Kante im Boden weist in Richtung Osten und im Vorraum liegen Gebets-teppiche bereit.

Joachim Ochel, Oberkirchenrat beim Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, ist oft im Andachtsraum. Er hält hier in Zusammenarbeit mit den katholischen Kollegen regelmäßige Andachten während der Sitzungswochen, jeden Donnerstag- und Freitagmorgen. Für ihn haben die Andachten fast einen symbolträchtigen Charakter, weil „man am Ort, wo das Wort zählt, vorher gemeinsam auf Gottes Wort hört“, erklärt Ochel. Es kämen Abgeordnete aller Fraktionen, ihre Mitarbeiter und Verwaltungsangestellte. Je nach Tagesgeschäft seien es 20 bis 30 Personen. Viele Abgeordnete brächten sich selbst ein, indem sie den Redeteil einer Andacht übernahmen. „Wir machen Vorschläge zur Lieder- und Psalmswahl und der Abgeordnete spricht über ein selbstgewähltes Thema“, erklärt Ochel. Zu Beginn der Legislaturperiode sowie zur Bundesversammlung finden zusätzliche ökumenische Gottesdienste statt.

Der Oberkirchenrat ist außerdem seelsorgerisch tätig. Wichtig ist ihm dabei, dass im Umgang mit den Abgeordneten deutlich werde, dass er an deren Person und nicht an der Funktion interessiert sei. „Natürlich müssen wir auch institutionelle Interessen vertreten, aber wir machen keine Seelsorge, um politische Vorteile daraus zu ziehen. Es geht uns wirklich nur um den Menschen“, betont Ochel. Doch nicht nur die Kirchen unterstützen die Abgeordneten dabei, ihre Religion im Bundestag zu leben. Die Abgeordneten kümmern sich auch selbst darum. So organisieren Volkmar Klein (CDU), Friedrich Ostendorf (Bündnis 90/Die Grünen) und Dietmar Nietan (SPD) ein Gebetsfrühstück für alle Abgeordneten, die Interesse daran haben. „Es findet immer freitagmorgens in der Parlamentarischen Gesellschaft während der Sitzungswochen statt“, sagt Klein. So könne man auf einer anderen Ebene miteinander im Gespräch sein. Die Hektik der Woche werde einen Moment ausgeblendet.

„Unser Leitspruch ist die Verantwortung vor Gott und den Menschen“, sagt Ostendorf. Mit dem Gebetsfrühstück wolle man Brücken bauen zwischen Leuten, die sonst eher wenig miteinander reden. Die drei Organisatoren moderieren das Gebetsfrühstück abwechselnd und bitten immer einen Abgeordneten, einen fünfminütigen Impuls zu geben, beispielsweise zu einem Bibelvers. „Da wird dann in einer freundlichen und persönlichen Atmosphäre drüber geredet“, erläutert Ostendorf. „Und die Dienstkleidung wird vorher an der Garderobe abgelegt.“ *Pia Jaeger*

ordnen kümmern sich auch selbst darum. So organisieren Volkmar Klein (CDU), Friedrich Ostendorf (Bündnis 90/Die Grünen) und Dietmar Nietan (SPD) ein Gebetsfrühstück für alle Abgeordneten, die Interesse daran haben. „Es findet immer freitagmorgens in der Parlamentarischen Gesellschaft während der Sitzungswochen statt“, sagt Klein. So könne man auf einer anderen Ebene miteinander im Gespräch sein. Die Hektik der Woche werde einen Moment ausgeblendet. „Unser Leitspruch ist die Verantwortung vor Gott und den Menschen“, sagt Ostendorf. Mit dem Gebetsfrühstück wolle man Brücken bauen zwischen Leuten, die sonst eher wenig miteinander reden. Die drei Organisatoren moderieren das Gebetsfrühstück abwechselnd und bitten immer einen Abgeordneten, einen fünfminütigen Impuls zu geben, beispielsweise zu einem Bibelvers. „Da wird dann in einer freundlichen und persönlichen Atmosphäre drüber geredet“, erläutert Ostendorf. „Und die Dienstkleidung wird vorher an der Garderobe abgelegt.“ *Pia Jaeger*

„Unser Leitspruch ist die Verantwortung vor Gott und den Menschen“, sagt Ostendorf. Mit dem Gebetsfrühstück wolle man Brücken bauen zwischen Leuten, die sonst eher wenig miteinander reden. Die drei Organisatoren moderieren das Gebetsfrühstück abwechselnd und bitten immer einen Abgeordneten, einen fünfminütigen Impuls zu geben, beispielsweise zu einem Bibelvers. „Da wird dann in einer freundlichen und persönlichen Atmosphäre drüber geredet“, erläutert Ostendorf. „Und die Dienstkleidung wird vorher an der Garderobe abgelegt.“ *Pia Jaeger*

LESERPOST

Zur Ausgabe 52-1 vom 26. Dezember 2016, Themenausgabe: »Nach der US-Wahl«:

Im Editorial „Präsident als Protest“ heißt es: „Eine Katastrophe ist seine Wahl zum US Präsidenten nicht.“ Dies ist die Sichtweise und Einstellung von Menschen, die in Freiheit aufgewachsen sind und immer in Freiheit lebten und glauben, das Gute bleibt automatisch immer erhalten und man müsse nichts dafür tun, obwohl sich die Welt völlig verändert hat. Trump ist sehr wohl eine Katastrophe. Innenpolitisch hat er die USA gespalten und sein unwürdiges, primitives Auftreten hat das allgemeine, politische und gesellschaftliche Niveau negativ beeinflusst. Ein Präsident der USA ist außerdem nicht nur ein Präsident der USA, sondern auch verantwortlich für die ganze Welt. Einen Großteil seiner impulsiven, demagogischen Aussagen kann er hoffentlich gar nicht umsetzen.

Ulrich Hinze, per E-Mail

Was den neuen US-Präsidenten Donald Trump angeht, der ohne klare Gegenfinanzierung die Steuern massiv senken will, ebenfalls unbezahlt in die Infrastruktur investieren will, dazu China mit seinen Billigprodukten die Stirn bieten möchte, eine Mauer zu Mexiko bauen

und nicht zuletzt der größte „Job-produzierende“ US-Präsident werden will, fällt mir eine Sequenz aus der „Ballade von der Unzulänglichkeit menschlichen Strebens“ aus Bertolt Brechts „Dreigroschenoper“ ein, die ich im Abitur analysierte. Sie lautet:

„Ja, mach' nur einen Plan!
Sei nur ein großes Licht!
Und mach' dann noch 'nen zweiten Plan
Geh'n tun sie beide nicht.
Denn für dieses Leben
Ist der Mensch nicht schlau genug. [...] Drum ist all sein Streben
Nur ein Selbstbetrug.“

Andreas Scheuer, Kerpen

SEITENBLICKE



Anhörung zur Gen-Technik

AUSSCHUSSARBEIT Auch in der ersten Sitzungswoche nach dem Jahreswechsel, 16. bis 20. Januar 2017, stehen in den Fachausschüssen des Deutschen Bundestages öffentliche Anhörungen und Fachgespräche auf der Tagesordnung. Eine Auswahl:

Im Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung stehen am Montag, 16. Januar 2017, gleich zwei Anhörungen zu brisanten Themen an. Ab 11 Uhr werden die Abgeordneten mit Sachverständigen über den „Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Düngegesetzes und anderer Vorschriften“ (18/7557) diskutieren. Die Sitzung findet im Sitzungssaal 4.900 im Paul-Löbe-Haus statt.

Im selben Saal kommen die Ausschussmitglieder um 15 Uhr erneut zusammen, um mit weiteren Sachverständigen über zwei Gesetzentwürfe zur Gen-Technik zu debattieren. Gegenstand sind ein Entwurf des Bundesrates (18/6664) und ein Entwurf der Bundesregierung (18/10459). Anmeldungen sind per E-Mail an el-ausschuss@bundestag.de unter Angabe von Name, Vorname und Geburtsdatum möglich. Die Rückholung radioaktiver Abfälle aus der havarierten Schachtanlage Asse II ist am Mittwoch, 18. Januar 2017, Thema eines öffentlichen Fachgesprächs im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Ab 11 Uhr sind dazu Vertreter der Asse-II-Begleitgruppe geladen. Anmeldungen per E-Mail an: umweltausschuss@bundestag.de. scr

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 16. – 20.01.2016

Lebensmittelkennzeichnung (Do)
Programm der EU-Kommission (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Peer Steinbrück
Bundestagsabgeordneter 2009-2016, SPD

Peer Steinbrück wird am 10. Januar 70 Jahre alt. Der aus Hamburg stammende Diplom-Volkswirt trat 1969 der SPD bei. Von 1974 bis 1983 war er in verschiedenen Bundesministerien sowie im Bundeskanzleramt tätig und von 1983 bis 1985 Referent der SPD-Bundestagsfraktion. 1986 wurde er BÜroleiter des NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau, ehe er 1990 als Staatssekretär nach Kiel wechselte. Von 1993 bis 1998 amtierte er als schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister, übernahm anschließend das gleiche Amt in Düsseldorf und war von 2000 bis 2002 nordrhein-westfälischer Finanzminister. Danach trat er die Nachfolge Wolfgang Clements als NRW-Ministerpräsident an, verlor aber die Landtagswahl im Mai 2005. Im folgenden November wurde Steinbrück Bundesfinanzminister und blieb bis Oktober 2009 im Amt. Bei der Bundestagswahl 2013 scheiterte er als Kanzlerkandidat seiner Partei. Ende September 2016 legte der stellvertretende SPD-Vorsitzende von 2005 bis 2009 sein Bundestagsmandat nieder.



>Rosemarie Priebus
Bundestagsabgeordnete 1990-1994, CDU

Am 11. Januar wird Rosemarie Priebus 70 Jahre alt. Die Tierärztin aus Wittstock trat 1990 der CDU bei und ist dort zurzeit stellvertretende Ortsvorsitzende. Von März bis Oktober 1990 gehörte sie der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an. Im Bundestag engagierte sich Priebus, die Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstands war, im Finanzausschuss.

>Marie-Elisabeth Klee
Bundestagsabgeordnete 1961-1972, CDU

Marie-Elisabeth Klee vollendet am 13. Januar ihr 95. Lebensjahr. Die aus Worms gebürtige Archivarin schloss sich 1958 der CDU an, amtierte von 1971 bis 1990 als Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und war von 1985 bis 1993 Vorsitzende von UNICEF-Deutschland. Im Bundestag engagierte sich Klee zumeist im innerdeutschen Ausschuss. Von 1965 bis 1973 gehörte sie der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Westeuropäischen Union an und hatte von 1970 bis 1973 als erste Frau das Amt der WEU-Vizepräsidentin inne. Ihr Großvater war Cornelius Feiherr Heyl zu Hermsheim, über 30 Jahre nationalliberaler Reichstagsabgeordneter.

>Regina Schmidt-Zadel
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Am 20. Januar begeht Regina Schmidt-Zadel ihren 80. Geburtstag. Die aus Ratingen stammende Sozialarbeiterin mit vielfältigem Engagement in der Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalens wurde 1969 SPD-Mitglied. Sie gehörte von 1990 bis 1998 dem Bezirksvorstand Niederrhein an und stand von 1998 bis 2002 an der Spitze des SPD-Unterbezirks Mettmann. Von 1984 bis 1991 war sie Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende. Schmidt-Zadel, von 1998 bis 2002 gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, wirkte im Bundestag zumeist im gleichnamigen Ausschuss mit.

>Heinz-Günter Bargfrede
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Heinz-Günter Bargfrede vollendet am 20. Januar sein 75. Lebensjahr. Der Postbeamte aus Rotenburg/Wümme schloss sich 1971 der CDU an. Von 1981 bis 1991 war er dort Stadtrat und gehört dem Gremium wieder seit 2001 an; zurzeit ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Von 1984 bis 1986 amtierte er zudem als Bürgermeister von Rotenburg. Dem gleichnamigen Kreistag gehörte er von 1976 bis 2016 an und stand von 2006 bis 2016 an der Spitze der CDU-Fraktion. Zudem hatte er von 1987 bis 1991 sowie von 2001 bis 2006 das Amt des stellvertretenden Landrats inne. Im Bundestag gehörte Bargfrede in beiden Legislaturperioden dem Verkehrsausschuss an. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?
Schreiben Sie uns:**

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 23. Januar.

leicht
erklärt!

Reformations-Jahr

Ein wichtiges Ereignis für Deutschland



In diesem Jahr ist das Jubiläum von einem ganz besonderen Ereignis.

Vor 500 Jahren hat Martin Luther einen bestimmten Text geschrieben. Und er hat dafür gesorgt, dass viele Leute den Text lesen konnten.

Das war ein wichtiges Ereignis für die Reformation.

Im folgenden Text steht genauer:

- Was die Reformation ist.
- Wer Martin Luther war.
- Wie gefeiert wird.

Was heißt „Reformation“?

Mit dem Namen „Reformation“ meint man einen besonderen Zeit-Raum.

Und zwar vor vielen hundert Jahren. Genauer: Von 1517 bis 1648.

„Reformation“ ist ein anderes Wort für Erneuerung.

Manche Menschen wollten damals nämlich etwas erneuern.

Und zwar: die katholische Kirche. Das ist ein anderes Wort für die katholische Religion. Es ist nicht das Gebäude gemeint, das man auch „Kirche“ nennt.



Warum eine Erneuerung?

Die katholische Kirche gab es damals schon seit vielen Jahrhunderten.

Und sie war für die Leute viel wichtiger als heutzutage.

Aber: Viele Menschen waren mit der Kirche unzufrieden.

Dafür gab es verschiedene Gründe.

Zum Beispiel:



1) Reichtum in der Kirche

Viele Menschen waren der Meinung: Die Kirche hat zu viel Geld.

Und sie gibt zu viel Geld für bestimmte Dinge aus.

Zum Beispiel für teure Kirchen-Gebäude.

Das fanden die Menschen nicht gut.

Sie sagten: Bei der Religion darf es nicht um Geld und Reichtum gehen.

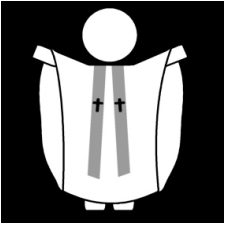
Das Wichtigste ist der Glaube an Gott und an Jesus Christus.



2) Unanständiges Leben

Viele Priester verhielten sich nicht so, wie man das von ihnen erwartete.

Zum Beispiel:



Katholische Priester sollen eigentlich nicht heiraten.

Und sie sollen auch keinen Sex haben.

Das war auch schon so, als Luther lebte.

Aber viele Priester hielten sich nicht daran.

3) Ablass

Zur Zeit von Luther glaubten viele Menschen an das Fege-Feuer.



Sie dachten:

Das Fege-Feuer ist ein Ort. An ihn kommen die Seelen von Menschen nach ihrem Tod.

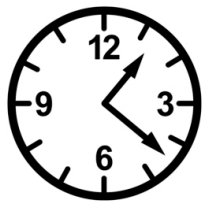
Die Seelen müssen eine Weile im Fege-Feuer bleiben. Dann kommen sie in den Himmel.

Aber:

Das Fege-Feuer ist kein schöner Ort.

Die Seelen haben dort große Schmerzen.

Die Menschen dachten damals auch:



Die Zeit im Fege-Feuer ist für jede Seele unterschiedlich lang.

Es kommt darauf an, wie viele schlimme Dinge man im Leben gemacht hat. Diese Dinge nennt man auch: Sünden.

Wenn man viele Sünden begangen hat, dann muss man lange im Fege-Feuer bleiben.

Wenn man wenige Sünden begangen hat, dann nicht.

Die Kirche hat damals gesagt:

Es gibt eine Möglichkeit, die Zeit im Fege-Feuer kürzer zu machen.

Diese Möglichkeit nennt man: Ablass.

Das funktioniert so:

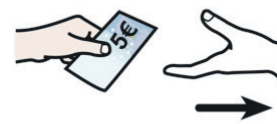
Der gläubige Mensch tut bestimmte Dinge.

Zum Beispiel besucht er einen Gottes-Dienst.

Oder er spricht ein besonderes Gebet.

Oder er macht eine Wall-Fahrt.

Dann muss er nicht mehr so lange im Fege-Feuer bleiben.



Eine Möglichkeit war auch: Man konnte der Kirche Geld bezahlen.

Das fanden viele Menschen nicht gut.

Sie waren der Meinung: Man darf nicht einfach Geld bezahlen, um seine Sünden zu verlieren.

Sondern man muss sie bereuen, an Gott glauben und beten.

Nur so funktioniert der echte christliche Glaube.

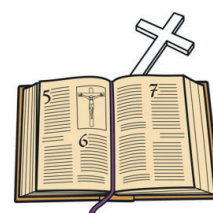
Was wollten die Kritiker?

Es gab also viele Dinge in der Kirche, die viele Menschen nicht gut fanden.

Darum beschwerten sie sich darüber.

Zum Beispiel schrieben sie auf, was ihnen nicht gefiel.

Ihr Ziel war dabei: Die Kirche sollte sich wieder mehr um ihre Aufgaben kümmern. Nämlich den Menschen die Religion zu erklären.



Und die Priester sollten sich wieder mehr an das halten, was in der Bibel steht.

Und sich weniger um Reichtum und Besitz kümmern.

Und sich wieder so benehmen, wie man es von ihnen erwartete.

Wer war Martin Luther?

Die Reformation dauerte lange Zeit.

Und viele Menschen waren daran beteiligt.

Und das in verschiedenen Ländern.

In Deutschland war besonders ein Mann wichtig.

Er hieß: Martin Luther.

Luther war ein Mönch.

Außerdem war er auch Priester.

Und er hat Theologie studiert. Das ist die Lehre vom Glauben und von der Religion.

Martin Luther war also ein Mann, der sich sehr mit der Religion beschäftigt hat.

Und er wusste sehr viel darüber.



Auch Luther fand es schlecht, dass die Kirche so viel Geld hatte.

Und auch das unanständige Leben von vielen Priestern gefiel ihm nicht.

Besonders störte ihn aber der Ablass.



Luther begann, diese Dinge aufzuschreiben.

Er schrieb auf, was er nicht gut an der katholischen Kirche fand.

Und er schrieb auf, wie die Kirche seiner Meinung nach sein sollte.

Luthers Texte wurden von vielen Menschen gelesen.

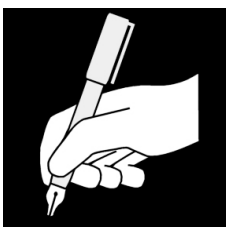
Und die Menschen fingen an, darüber zu sprechen.

Viele Menschen fanden die Ideen gut.

Das gefiel der katholischen Kirche natürlich nicht.

Luther sollte seine Ideen zurücknehmen.

Aber das tat er nicht.



Und die Ideen waren sowieso schon sehr bekannt.

Viele Menschen dachten darüber nach.

Und sie stimmten zu.

Immer mehr Menschen wendeten sich von der katholischen Kirche ab.

Und sie kamen in neuen Glaubens-Gruppen zusammen.

Daraus wurden dann andere christliche Kirchen.

Luther wollte diese Trennung nicht.

Aber es ist trotzdem passiert.

Darum haben wir heutzutage nicht nur eine christliche Kirche.

In Deutschland gibt es zum Beispiel die katholische Kirche und die evangelische Kirche.



Warum ist ausgerechnet dieses Jahr Reformations-Jahr?

Das liegt am bekanntesten Text von Martin Luther.

Er heißt: 95 Thesen.

Viele Menschen finden: Die 95 Thesen von Martin Luther waren ganz besonders wichtig für die Reformation.

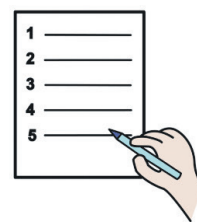
Sie sagen sogar: Mit diesem Text hat die Reformation erst richtig angefangen.

Und diesen Text hat Martin Luther den Menschen vor 500 Jahren zum Lesen gegeben.

Genauer: Am 31. Oktober 1517.

Darum ist dieses Jahr das Jubiläumsjahr.

Es hat auch den Namen: Reformations-Jahr.



Reformations-Jahr

Das Reformations-Jahr feiern wir auf verschiedene Arten.

Am 31. Oktober ist zum Beispiel Reformations-Tag.

Das ist jedes Jahr so.

Aber: Dieses Jahr ist es ein Feiertag.

Das bedeutet:
An diesem Tag muss man nicht arbeiten.
Und man muss nicht zur Schule gehen.



Es gibt auch viele besondere Veranstaltungen.

Zum Beispiel Ausstellungen.

Oder besondere Gottes-Dienste.

Es ist eine neue Version von der Bibel erschienen.

Und die Deutsche Bahn hat sogar einen Zug nach Martin Luther benannt.

Alle Veranstaltungen kann man gar nicht aufzählen.

Bei allen geht es aber darum:

Man will die Leute an die Ideen aus der Reformation erinnern.
Zum Beispiel, dass der Glaube an Gott und Jesus Christus das Wichtigste an der Religion ist.

Und man will an die Personen denken, die für die Reformation wichtig waren.



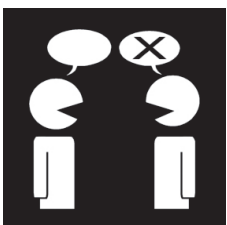
Reformations-Jahr gemeinsam

Es gibt also in Deutschland 2 große Kirchen.

Und der Grund dafür ist die Reformation.

Beide Kirchen haben unterschiedliche Meinungen zu bestimmten Themen.

Darum sind sie sich schon seit langer Zeit uneinig.



Früher waren die beiden Kirchen richtig zerstritten.

Aber in den letzten Jahren haben sie sich immer mehr angefreundet.

Und sie arbeiten immer besser zusammen.

Besonders wichtig für die Zusammen-Arbeit ist: Sie haben beschlossen, sie wollen das Reformations-Jahr gemeinsam gestalten.



Das Reformations-Jahr ist also ein wichtiges Jahr für die christlichen Kirchen.

Und es ist auch ein wichtiges Jahr für die Geschichte von Deutschland.

Darum passiert dieses Jahr so viel zu diesem Thema.

Und darum wird man in den nächsten Monaten bestimmt auch immer wieder davon hören.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von © picture alliance / Bildagentur-online/Schickert, © picture alliance / akg-images und von Picto-Selector, genauer: © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UNOCHA (www.unocha.org) oder © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 2-3/2017
Die nächste Ausgabe erscheint am 23. Januar 2017.